

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis (beim Vorauszahlung):  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich 4 Pfennig  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 5 Mark pro Monat.

Erhältlich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nulle oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Artikel  
 und Veranlassungs-Artikeln 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Insetts für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1942.

Mittwoch, den 17. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1944.

### Kriegsromantik und Volkserziehung.

Die Kriegsgerüchte wollen nicht verstummen. Die „Vossische Zeitung“ stellt heute mit der ernsthaftesten Miene von der Welt Betrachtungen an, ob sich ein Krieg vermeiden lassen werde, wenn es zwischen den an der Marokko-Affäre interessierten Mächten auf der Konferenz von Algeciras zu keiner Einigung käme. Das freisinnige Blatt hält es also wirklich für möglich, daß es wegen eines so lächerlichen Anlasses faktisch zu einem Völkerringen kommen könne, der bei der heutigen Kriegsstärke der Mächte und der vorgefertigten Technik der militärischen Vordränge zweifellos noch ungleich blutiger ausfallen dürfte als der Krieg von 1870/71! Gleich der „Vossischen Zeitung“ behandelt auch eine Reihe anderer Blätter, die Anspruch darauf erheben, politisch ernst genommen zu werden, die Marokko-Affäre als einen Konflikt, bei dem es keineswegs ausgeschlossen sei, daß das letzte Wort durch die Kanonenschläge gesprochen werde. Und nicht nur die Presse gibt sich den Anschein, als ob sie an eine Kriegsmöglichkeit glaube, sondern auch in den „besten Gesellschaftskreisen“ sollen nach glaubwürdigen Versicherungen Stimmungen vorherrschen, die, je nach dem Standpunkt, entweder als Kriegsromantik oder als Kriegspanik zu betrachten sind. So wird der „Köln. Volksztg.“ aus Berlin geschrieben, daß die Berliner, die gemeinlich eine unverwundliche Friedens- und Besonnenheit befehle, gegenwärtig zu den größten Pessimisten geworden seien. Die Bank- und Handelskreise, in denen sonst jeder Mensch, der nur von der Möglichkeit eines Krieges spreche, an dem Deutschland beteiligt sein könne, für geistig nicht normal erklärt würde, teilten diese pessimistische Stimmung. Diese sonst so unwandelbaren Optimisten seien zurzeit vielfach allen vernünftigen Vorstellungen gänzlich unzugänglich. Viel scheinbar Herr v. Rheinbaben zu dieser Stimmung mit seinen Bemerkungen in der Etatsrede beigetragen zu haben, in denen von den „Schatten“ am Horizont die Rede gewesen sei. Manche Leute beteuerten zähneklappernd, so spreche man nur am Vorabend eines Krieges. In einem Wiener Blatt werde versichert, daß in den Berliner Garde-offizierkreisen die Ansicht verbreitet sei, daß ein Krieg mit Frankreich innerhalb 5 bis 6 Monaten mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sei. Angeblich würden entsprechende Vorbereitungen getroffen. Die „Köln. Volksztg.“ meint zwar, daß unsere Gardeoffiziere ja schließlich auch nicht mehr wissen könnten als jeder andere Mensch, daß die Meldung „aber immerhin als Stimmungssymptom bezeichnend sei“. Auch sei nicht zu leugnen, daß die Kriegsstimmung durch angelegene Propaganda befestigt werde, erläutere doch die „Grenzboten“, daß es jetzt das gefährlichste sei, durch fortgesetzte Friedensbeteuerungen in Frankreich und sonst im Auslande den Eindruck herbeizurufen, daß das Reich den letzten Trumpf seiner Politik niemals ausspielen, daß es dem Kriege grundsätzlich ausweichen werde!

Wir haben alle diese Ausstreunungen bisher mit der größten Kalblütigkeit aufgenommen und sind auch zur Stunde noch der Ansicht, daß es ausgeschlossen ist, daß die verantwortlichen Stellen der Regierung sich wirklich mit irgend welchen Kriegsgebanken trügen, ja Kriegseventualitäten überhaupt in den Bereich ihrer Berechnungen zögen. Daß es aber eine ungeheuerliche Frivolität ist, daß in den nicht verantwortlichen aber zweifellos einflussreichen Kreisen ein künstliches Kriegsfeber geradezu erzeugt wird, möchten wir auch heute wieder mit allem Nachdruck betonen. Wenn gewisse ausländische Mächte tatsächlich eine solche Abneigung gegen Deutschland empfinden sollten, wie das ja gerade von der Regierungspresse bei der Beratung der Marinevorlage behauptet worden ist, wenn diese Mächte nur den Augenblick herbeisehnten, um sich des verhassten handels- und marinepolitischen Rivalen Deutschland entledigen zu können, so bedeutet es eine geradezu aberwitzige Provokation, bei einer so kritischen internationalen Lage Kriegsdrohungen auszusprechen und bramarbasierend mit dem Säbel zu räkeln! Wenn diese Kreise den Anschein zu erwecken suchen, als ob Deutschland den geringfügigsten Konflikt geradezu als Vorwand benutzen würde, um sich in ein furchtbares Kriegsabenteuer zu stürzen, so verlieren alle Friedensbeteuerungen, die in den letzten Wochen von den Regierungsvertretern abgegeben worden sind, jede Glaubwürdigkeit. Denn wenn schon ein wirtschaftlicher Streit von so untergeordneter Bedeutung wie die Handelsinteressen Deutschlands in Marokko als ausreichender Anlaß zu einer kriegerischen Auseinandersetzung bezeichnet werden, so müßte mit Naturnotwendigkeit in den weltpolitisch mit Deutschland rivalisierenden Mächten die Ueberzeugung befestigt werden, daß Deutschland künftig jedes Mittel recht sein werde, sich weltpolitische Vorteile zu erringen.

Wir halten, wie gesagt, diese Drohungen der Presse sowie die angebliche Kriegsromantik gewisser militärischer Kreise für nichts als törichte Neuromantereien. Für eine Renommisterei freilich, die auf die Dauer nicht ohne den verhängnisvollsten Einfluß auf das Verhältnis der Nationen zu einander bleiben könnte. Daß dem aber so ist, daß die frivolsten Kriegsromanzen gewissenloser Feber schließlich in der Tat die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören können, stößt die friedensliebenden Elemente der Nation, namentlich also die große Masse des arbeitenden Volkes förmlich mit der Nase auf das Haupt, daß, an dem die internationale Politik

krankt: auf den unerhörten Zustand, daß nicht die Masse des Volkes selbst über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, sondern daß die Geschicke der Völker von der winzigen Schicht der herrschenden Klasse bestimmt werden, ja daß es in dem Verliehen einiger weniger Personen liegt, einen Weltbrand der ungeheuerlichsten Art zu entzünden.

Daß die besitzlosen Klassen, also die große Masse der Bevölkerung, ja daß auch die breite Masse des Mittelstandes friedliebend ist, daß sie keinen Krieg wollen, steht außer allem Zweifel; das Gegenteil dürften unsere Kriegsbeher nicht zu bestreiten wagen. Was speziell den Marokkohandel anlangt, so ist er für mindestens neunzehn Zwanzigstel der Bevölkerung diesseits und jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle vollständig heilig. Die Handelsinteressen Deutschlands in Marokko sind so minimale, daß sie für die deutsche Handelsentwicklung so gut wie gar nicht in Betracht kommen. Die deutsche Ausfuhr nach Marokko beträgt wenig über 5 Millionen Mark, also kaum den tausendsten Teil der deutschen Ausfuhr überhaupt! Selbst wenn sich aber die Handelsbeziehungen in Zukunft noch ganz bedeutend entwickeln würden, so stellten sie nicht im entferntesten den Preis auch nur für einen Kolonialkrieg von dem Umfang des südwestafrikanischen, geschweige denn für die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich verschlingen würde! Genau so liegen die Dinge in Frankreich. Als der Abschluß des englisch-französischen Marokkovortrages bekannt wurde, aus dem schon deutlich genug hervorging, daß Frankreich beabsichtigte, sich nach 30 Jahren eventuell handelspolitische Monopole in Marokko zu sichern, erregte sich in Deutschland kein Mensch darüber. Es mußte erst das deutsche Vorgehen im Anfang des vorigen Jahres, es mußte erst die Marokkoreise hinzutreten, um diesen ganz belläufigen Interessentkonflikt zu jener wichtigen Frage aufzubauschen, als die man den Marokkohandel in den scharfmacherischen Blättern gegenwärtig behandelt. Und jetzt muten diese Blätter dem deutschen Volke, das dem ganzen Marokkorummel kühl bis an Herz hinan gegenüber steht, mit einemmal zu, daß er unter Umständen zur Kriegsfrage gemacht werden soll, daß für die elenden paar Millionen einer deutschen Ausfuhr nach Marokko Hunderttausende deutscher Soldaten ihr Leben und ihre gesunden Knochen aufs Spiel setzen sollen! Die ganze Sache ist so aberwitzig, daß man sie nicht für möglich halten sollte, wenn nicht das hysterische Geschrei unserer scharfmacherischen Blätter den Beweis dafür lieferte, daß es sich hier um Wirklichkeit und nicht um den Fiebertraum einer überreizten Phantasie handelt!

Die Marokko-Affäre zeigt also dem Volke wieder einmal, wie unerträglich die gegenwärtigen Zustände sind, die einer Handvoll von Kriegsromantikern und Prozentpatrioten ermöglicht, einen wüsten Kriegslärm zu entfesseln. Denn im Grunde sind an der ganzen Affäre nur einige wenige Handelsfirmen interessiert und ein paar Kriegslieferanten, die bei dem Ausbruch eines internationalen Nordens ihr Schäffchen ins Trockene zu bringen hoffen. Daneben käme höchstens noch die Kriegsschwärmerie einer Anzahl von Militärs in Betracht, denen der Frieden schon viel zu lange dauert und die gern einmal an einem Ernstfalle erproben möchten, ob die deutschen Waffen an ihrer Schneidigkeit noch nichts eingebüßt haben. Man weiß ja aus den Auslassungen des Feldmarschalls Roltke und des Generals Boguslawski, daß es hohe Offiziere gibt, die den Frieden nur für ein notwendiges Uebel halten und gerade im Krieg ein Mittel erblicken, die moralisch erschöpfte Menschheit wiederum zu regenerieren! Diese Handvoll Leute, denen sich höchstens noch eine Anzahl lediglich avancementalistischer Offiziere zugesellen läßt, würde einen Krieg freudig begrüßen, ganz einzeln, welches immer seine Ursache gewesen sein möchte. Und das Ungeheuerliche ist es, daß die große Masse der Nation, das friedliebende, jedes Blutvergießen hassende Volk durch solche Elemente unter Umständen tatsächlich in den Krieg hineingetrieben zu werden vermag!

Es gibt nur ein Vorbeugungsmittel gegen die sinnlose Anzettelung derartiger Kriegsabenteuer: die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk selbst! Nur wenn das Volk selbst seine auswärtige Politik macht, nur wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden bei ihm liegt, ist eine Garantie dafür geboten, daß nicht eines schönen Tages das Volk durch eine Kriegserklärung überrascht wird. Das naive Vertrauen in die Friedensliebe einzelner leitender Personen ist der denkbar schlechteste Schutz gegen internationale Kriegshändel. Kein Geringerer als Friedrich II., der sogenannte Große, war es, der in seinem Antimachabell über den Krieg folgenden beherzigenswerten Ausspruch tat:

„Ich bin überzeugt, würden die Monarchen ein wahres und treues Bild des Elends sehen, das eine einzige Kriegserklärung über ein Volk bringt, sie könnten nicht mehr gefühllos sein. Ihre Eindrucksfähigkeit ist eben nicht lebendig genug, um ihnen die Leiden ganz natürlich vorzustellen, die sie selbst nicht erfahren haben, und vor denen ihre Lebensstellung sie schützt. Sie könnten sie diese Steuern fühlen, die ihre Völker niederdrücken, den Raub an der Jugend des Landes, den die Rekrutierungen mit sich bringen, die verheerenden Seuchen, die die Armeen verüben, den Schrecken der Schlachten und die noch mörderischeren Belagerungen, die Verzweiflung der Verwundeten, die das

feindliche Geschick eines ihrer Glieder beraubt hat, die doch die einzigen Hülfsmittel ihrer Arbeit und ihres Erwerbes sind, den Schmerz der Waisen, die mit dem Tode des Vaters den einzigen Halt in ihrer Schwäche verloren haben, den Verlust so vieler nützlicher Menschen im Staate, die der Tod vor der Zeit hinwegrafft?“

Diese Sätze aber schrieb Friedrich II. nur wenige Monate vor dem Ausbruch des ersten schlesischen Krieges nieder, den er selbst aus dynastischen Interessen und aus brennendem Ehrgeiz begann! Dies eine Beispiel beweist schon, wie wenig auf die diplomatischen Friedensbeteuerungen, ja selbst auf die Versicherungen im Augenblick ganz ehrlich gemeinter Stimmungen gekönter Häupter zu bauen ist. Will das Volk in seiner friedlichen Kulturarbeit, in dem freiesittlichen Ausbau der Gesellschaft gegen blutige Katastrophen geschützt sein, die durch die rücksichtslose Jagd der winziger Kapitalistenkreise oder durch die unberechenbaren Stimmungen einzelner Personen heraufbeschworen werden können, so muß es sich mit eiserner Energie als eines der elementarsten Volksrechte auch das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden erkämpfen!

### Nachlese vom roten Sonntag.

In unserer gutmütigen Garmlosigkeit haben wir die preussische Polizei und ihre Schwester, die Staatsanwaltschaft, wieder einmal zu günstig beurteilt. Wir glaubten, mit unseren geistigen Ausführungen über die Scherereien, deren sich unsere Genossen bei der Flugblattverbreitung zu erfreuen hatten, die Materie für diesmal erschöpft zu haben. Und nun schauen wir in unsere Parteipresse und in unseren Briefkasten. Was finden wir? Berge von Nachrichten über Konfiskationen, Hausdurchsuchungen und ähnliche behördliche Scherze mehr. Wir haben leider nicht genügend Raum, hier die ganze Fülle der uns zugegangenen Mitteilungen zu veröffentlichen, sondern sind gezwungen, nur das Wichtigste herauszugreifen.

Am Niederrhein muß die Angst vor der drohenden „Revolution“ noch viel größer sein, als aus unseren geistigen Betrachtungen hervorzugehen schien. Hat doch die Eisenbahnverwaltung des niederrheinischen Industriebezirks sich gedrungen gefühlt, folgende „Warnung“ in den Güterschuppen und an sonstigen ihr geeignet erscheinenden Stellen der einzelnen Stationen anschlagen zu lassen:

„Nach einer in der Zeitung „Vorwärts“ erfolgten Veröffentlichung wird die sozialdemokratische Partei am Sonntag, den 14. Januar, Flugblätter in großem Umfange öffentlich verteilen und an dem darauf folgenden Sonntag, den 21. Januar, öffentliche Kundgebungen für (i) das bestehende Landtagswahlrecht veranstalten.“

Wir erinnern aus diesem Anlaß die Beamten und Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung des Eisenbahnbezirks Offenburg daran, daß es mit dem zwischen ihnen und der Stationsverwaltung bestehenden Treuerverhältnis — mit ihren besonderen Pflichten und ihrer besonderen Stellung als Bedienstete einer Staatsverwaltung nicht vereinbar sein würde, wenn sie sich an der Verteilung jener Flugblätter oder an den öffentlichen Kundgebungen in irgend einer Weise beteiligen.

Für die Beurteilung einer solchen Beteiligung würde es kein Unterläßend sein, ob es im Bahnbereich oder durch Verteilen von Flugblättern außerhalb des Bahnhofs geschähe. Es wird immer als eine sozialdemokratische Agitation angesehen werden, welche mit Entlassung oder mit hoher Strafe bestraft wird. Diese Teilnahme ist allen als verboten bekannt.

Offen, den 13. Januar 1906.  
Kgl. Eisenbahn-Direktionsbezirk Offen.“

In Köln-Stadt und in Kalk war die Verbreitung bei einer bisher in dieser Stärke noch nicht dagewesenen Beteiligung binnen einer Stunde ohne nennenswerte Zwischenfälle erledigt. Dagegen sind in Köln-Land Verhaftungen, Beschlagnahmen in Hülle und Fülle beliebt worden. In Mühlheim am Rhein wurde die ganze Auflage beschlagnahmt, aber noch im Laufe des Sonntags wieder herausgegeben, so daß die Flugblätter nachträglich verteilt werden konnten. In Koblenz, Ahr ufm. fanden Konfiskationen statt. Aus den Bemerkungen der Exekutivbeamten, die etwas von „höherem Auftrage“ murmelten, glauben die Genossen allenthalben schließen zu dürfen, daß von Berlin her geradezu eine Parole ausgegeben sei!

In Danzig haben die Dinge sich weniger „tragisch“ abgespielt, als unsere ersten Nachrichten es darstellten. Von den für die Verbreitung in der Stadt Danzig bestimmten 40 000 Blättern kaperte die Polizei nur 5-6, und auch von den für das Land bestimmten Exemplaren ist nur ein Restchen von einigen Tausend in die Polizeihände gefallen. — Auch in Graudenz erlebte die Nachwohllöbliche einen Reinsfall, denn sie erbeutete nur den schätzigen Rest von 500 Flugblättern. Uebrigens müssen wir der Danziger Staatsanwaltschaft das Kompliment machen, daß sie recht schnell arbeiten kann — wenn sie will. Die Vorwärts-Buchdruckerei ist bereits im Besitz des Beschlusses der Danziger Staatsanwaltschaft, die die Beschlagnahme des Flugblattes anordnet und uns darüber befehrt, daß eine Verteilung der Staatsregierung und der Volksvertretung, eine Verteilung des Herrenhauses, ja sogar eine strafbare Verächtlichmachung dieses hochhehrwürdigen Hauses (§ 131 des Strafgesetzbuches) insbesondere in Ausführungen auf der zweiten Seite des Flug-



Wahles zu erblicken sei, die an Bismarcks Bewertung der beiden Stammern anknüpfen! Da im Flugblatt darauf hingewiesen ist, daß sich im Osten das Rechtsempfinden des Volkes regt, so soll auch eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 130 des Strafgesetzbuches) vorliegen.

Nähern wir uns wieder den märkischen Gefilden, so hören wir selbstverständlich aus Strassburg in der Uckermark, dessen Geschichte seit vielen Jahren vom berühmten Bürgermeister und Sozialistenfresser Herrn Merd gelenkt werden, von einer Art kleinem Belagerungszustand nebst Gendarmen- und Nachwächteraufgebot, Flugblätterbeschlagnahme u. s. w. Trotzdem wurde das Städtchen Haus bei Haus von unseren Genossen mit der Konterbaube belegt.

In Tempin mußte natürlich der preussische Staat auch gerichtet werden. Das dortige Amtsgericht verkennt in seinem Beschlagnahmebeschlusse keineswegs, daß nicht zu Gewalttätigkeit aufgefordert ist. Da aber zu einer Erhebung gegen das Dreiklassenwahlrecht und zur „lauten und nachdrücklichen“ Kundgabe des festen Willens gegen das Dreiklassenwahlrecht Sturm zu laufen abgezielt wird, so wirkte bei der Nähe Rußlands, Oesterreichs und Sachsens der Inhalt des Flugblatts wie eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten verschiedener Klassen der Bevölkerung. Welcher Klassen? Je nun: derer, die das Wahlrecht nicht haben, gegen die, die es haben. —

In Drewitz (bei Potsdam) wurden etwa 40 Flugblätter konfisziert — der Rest war schon vorher fein säuberlich verteilt! Die liebliche Kolonie Grunewald mußte es erleben, daß die roten Kreuzer ihren Frieden fürten. Dem wachsamem Gendarmen fielen etwa 15 Blättlein zur Beute. Ein nicht uniformierter Kollege von ihm schnüffelte dem nach Schmargendorf pilgernden „Vorwärts“-Spediteur die Zeitungstasche nach! Ein Flugblatt fand er nicht.

In Tassdorf (Niederbarnim) wurden vier Genossen arreziert und um die „ausführlichen“ Flugblätter erleichtert. In Müdersdorf (Dorf) erwischte der Herr Gendarm einen der Verteiler, die übrigen erfüllten ihre Parteipflicht, ohne gefaßt zu werden!

Dem Genossen Brezgang ist mittlerweile der Beschluß des Amtsgerichts Kallberge Müdersdorf zugegangen. Es verurteilt mit einem Male nichts von „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“, sondern es soll plötzlich (§ 94 Strafprozessordnung, § 40 Strafgesetzbuch) vorliegen: „Verleumdung der vereinigten Häuser des Landtages, der gesetzgebenden Versammlung des preussischen Staates“.

Woher diese Wendung? Sollten diejenigen Recht haben, die davon sprechen, daß „von oben“ eine bestimmte Parole ausgegeben sei? —

Genug für heute des mehr als grausamen — Spiels. Die Scharfmacher riechen bereits Blut und Leichen. Die „konservative Korrespondenz“ erfährt von „geschäster“ Seite, daß in sozialdemokratischen Kreisen des Berliner Nordens und Südens schon am vergangenen Mittwoch die Parole ausgegeben worden ist, zu den Massenversammlungen am nächsten Sonntag Revolver und Schlagringe mitzubringen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Wie hoch die „konservative Korrespondenz“ jene „Seite“ schätzt, sagt sie nicht. Wir schätzen sie auf acht Groschen!

Man faßt sich an den Kopf und fragt: In welchem Monat leben wir eigentlich? Im Narrenmonat April? Ein Blick auf den Kalender belehrt uns, daß wir tatsächlich noch immer Januar schreiben.

Unglaublich — aber wahr!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

### Reichstag.

Der Reichstag hatte heute eine ganze Reihe kleinerer Regierungsvorlagen zu erledigen. Er beschäftigte sich zunächst mit einem Gesetzentwurf auf Erhöhung der Quartiergelder und des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten. Ebenso wie die inhaltgleiche Vorlage für Preußen, die gleichfalls eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse um durchschnittlich 50 Proz. vorsieht und heute im preussischen Landtag verhandelt wurde, ist diese kleine Aufbesserung in der Lage der Reichsbeamten nur als eine geringfügige Abschlagszahlung anzusehen, die auch nur einem Teile der Beamenschaft zugute kommt. Die bürgerlichen Parteien, denen viel daran liegt, sich die Stimmen der zum Teil noch rückständigen Proletarier im Staatsdienste zu erhalten, bewiesen großen Eifer, eine ausgiebigere Erhöhung der bisherigen Sätze für alle Subalternbeamten zu fordern. Nur die Konservativen waren unanständig genug, sich wieder zu ihrer alten Auffassung zu bekennen, daß die Sklaven des Staates, in dem sie herrschen, nicht einmal fast zu essen und anständig zu wohnen brauchen. Praktisch werden natürlich auch die anderen Parteien nichts für diese schlecht bezahlten Beamten durchsetzen, da ihr Eifer nicht so weit geht, die Minister, deren Gehalt erst jüngst ausgiebig erhöht wurde, zu einer kleinen Konzession auch an die unteren Beamten zu zwingen. Immerhin war die Debatte ganz wertvoll durch einige Jugendaussagen, die den Vertretern der bürgerlichen Parteien fast wider Willen einschläuften. Der Zentrumsgesandte Tischer erklärte die Wohnungsverhältnisse in ganz Deutschland für höchst unbefriedigend — und trotzdem wird uns ein Reichswohnungsgesetz stets verweigert — der freisinnige Volksparteiler Eichhoff wies nach, wie ungeheuerlich die Mieten gestiegen seien, und selbst der nationalliberale Dreier räumte ein, daß die Bezahlung der unteren Beamten in Preußen und Deutschland so miserabel sei, daß sie in Versuchung geführt würden, etwas von dem vielen Gelde zu unterschlagen, das täglich durch ihre Hände geht.

Der zweite Regierungsentwurf, über den der Reichstag heute verhandelte, betraf die Ergänzung des dreiviertel bankrotten Invalidenfonds, eines der traurigsten Kapitel der reichsdeutschen Finanzwirtschaft. Bekanntlich haben wir es nach 30 glorreichen Jahren des Friedens und Wohlstandes noch nicht einmal zu einer halbwegs angemessenen Unterstützung der Kriegsinvaliden gebracht, und auch die neue rein verwaltungstechnische Reform wird daran nicht das mindeste bessern.

Dann trat der Reichstag seine übliche Kolonialreise an, die bekanntlich alles eher als eine Gratisreise ist. 2½ Millionen wurden als dritter Nachtragsetat für die Bekämpfung des Aufstandes in Deutschsüdwestafrika, 30½ Millionen als vierter Nachtragsetat für 1905 zur Niederwerfung der Empörung in Südwestafrika gefordert. Eine größere Debatte rief nur die ostafrikanische Vorlage hervor — über das Elend der deutschen

Miswirtschaft in Südwestafrika und die Wertlosigkeit dieser Kolonialperle ist schon oft genug das Nötige gesagt worden. Auch in Ostafrika hat die deutsche Miswirtschaft, vor allem der Bureaucratismus in der Verwaltung und die Verflaubung der Eingeborenen in der Zwangsarbeit, den Aufstand hervorgerufen. Selbst von bürgerlichen Rednern, wie dem Zentrumsgesandten Erzberger, mußte anerkannt werden, daß unsere Partei, insbesondere unser Fraktionsredner zu diesem Gegenstand, Genosse Dr. Südekum, in ihrer Kritik der Fehlergriffe der deutschen Verwaltung Ostafrikas dieses Ereignis längst vorausgesehen hat. Die Regierung sucht nun diese Gelegenheit dazu auszunutzen, in der Form eines Nachtragsetats die Verwilligung von Mitteln für eine gänzlich neue Verwaltungsorganisation Ostafrikas durchzusetzen. Gegen dieses etatsrechtlich höchst bedenkliche Vorgehen wandten sich alle Redner aus dem Hause, der freisinnige Gothein, der nationalliberale Paasche, der Zentrumsmann Erzberger und selbst der konservative Frhr. v. Richthofen. Einen Zwischenfall rief der kolonialistische Dr. Paasche hervor, der sich seit seiner Ostafrikavisite als einzigen Kenner der wirklichen Verhältnisse in den Kolonien aufspielt. Er wurde darauf festgenagelt, daß er sich über die Wirkung des Arbeitszwanges auf die Eingeborenen heute im Reichstage viel weniger scharf ausgesprochen habe, als früher in privaten Versammlungen. Dieser unbequemen Feststellung suchte er durch einen ganz unmotivierten zusammenhanglosen Angriff auf die Beamten der übrigen Kolonialmächte auszuweichen, denen er vorwarf, daß sie alleamt Staatsgelder in ihre Tasche wirtschafteten. Genosse Dr. Südekum und eine Reihe anderer Redner strafen ihn wegen dieses Unsinnes gebührend ab.

Alle vier Vorlagen gingen schließlich zur Vorberatung an die Budgetkommission. Morgen ist Schwerinstag. Der alte Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern und freier Fahrt in ganz Deutschland an die Reichstagsabgeordneten sieht zur Verhandlung. —

### Gegen das allgemeine Wahlrecht — für neue Ausnahmegesetze!

Noch teurer und unverhüllter als in den Tagen vorher hat am Dienstag, dem letzten Tage der Etatsdebatten, die Reaktion im Abgeordnetenhaus ihr Haupt erhoben. Ihre Vorkämpfer, die Herren v. Arnim (L.) und der unvermeidliche Frhr. v. Zedlitz (St.), scheinen es geradezu darauf abgesehen zu haben, die Arbeiter durch ihre Scharfmacherreden zu reizen und zu Gewalttaten hinzureißen, die natürlich nur der Reaktion zugute kämen. Insbesondere erinnert das Auftreten des edlen Zedlitz lebhaft an das gewisser agents provocateurs. Es unterliegt keinem Zweifel: Der freikonservative Scharfmacher hat keinen fehnlicheren Wunsch, als daß es am Sonntag zu blutigen Zusammenstößen kommen und womöglich am Tage darauf das Standrecht in Berlin proklamiert werden möge. Nun, die sozialdemokratischen Arbeiter werden ihm den Gefallen nicht tun, sie werden der Reaktion keine Handlangerdienste leisten, sondern in gesetzlicher Form Protest erheben nicht nur gegen das elende Dreiklassenwahlrecht, sondern auch gegen das Auftreten der Junkerclique im Landtage. Nachdrücklich und mit aller Deutlichkeit werden sie ihre Forderungen propagieren; sie werden kämpfen, aber nicht der Waffen brutaler Gewalt, sondern der Waffen des Geistes werden sie sich in diesem Kampfe bedienen.

Die Politik der Furcht kenne ich nicht! rief mit Emphase der Abg. Frhr. v. Zedlitz aus. Und dabei war seine ganze Rede nichts weiter als ein Eingeständnis der Furcht vor der Sozialdemokratie, deren gesetzliches Vorgehen den Sieg über die Gewaltpolitik ihrer Gegner erringen könnte. Was war es denn anders als das Gefühl der Furcht, das ihn veranlaßte, mit so ungewöhnlicher Schärfe gegen die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“, die freisinnige Partei zu wettern, die es doch wahrlich an Bescheidenheit im Laufe der Etatsberatung nicht hat fehlen lassen! Der ganz bescheiden, noch dazu unter Ausfällen gegen die Sozialdemokratie vorgebrachte Wunsch des Abgeordneten Brömel auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes, versetzte den Ritter ohne Furcht (aber mit desto mehr Tadel) in eine fast sinnlose Wut. Nicht einmal eine Kritik des Dreiklassenwahlrechtes soll mehr erlaubt sein. Das Wahlrecht hat den Konservativen die Mehrheit gesichert — also ist es gut und — muß sobald wie möglich auch für die Wahlen zum Reichstage eingeführt werden!

Hätten die Konservativen früher das Dreiklassenwahlrecht wenigstens durch Gründe, mögen es auch nur Scheingründe gewesen sein, zu rechtfertigen gesucht, so stehen sie heute auf dem Standpunkte, daß sie es gar nicht mehr nötig haben, Gründe für ihre Gegnerschaft gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht anzuführen. Bei einem solchen Verhalten der Konservativen ist natürlich jede ernsthafte Diskussion ausgeschlossen. Die Konservativen mißbrauchen ihre Macht in geradezu schamloser Weise. Zu ihrer Entschuldigung könnten wir höchstens das eine gelten lassen, daß sie einen Verzweiflungskampf um die Herrschaft ihrer Klasse führen; denn sie wissen sehr wohl, daß das Ende des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen auch das Ende der Junkerherrschaft bedeutet.

Die Vereivigung des Dreiklassenwahlrechtes, die Beseitigung des Reichstagswahlrechtes und Hand in Hand damit ein neues Ausnahmegesetz: das ist es, was die Konservativen verlangen. Der Abgeordnete v. Arnim hat offen gefordert, die Regierung solle zunächst die bestehenden Strafgesetze mit allem Nachdruck und aller Schärfe anwenden, aber wenn sie aus den Erscheinungen der Zeit die Ueberzeugung gewinne, daß zur Zurückdrängung der Sozialdemokratie ein neues Ausnahmegesetz notwendig sei, dann solle sie „das Erforderliche“ veranlassen. Nach dieses Junkers Meinung ist die Zeit allerdings schon jetzt gekommen; er hält schon jetzt die Sprache der sozialdemokratischen Presse für so unerhörte, daß durch Ausnahmegesetzungen dagegen eingeschritten werden müßte.

Bemerkenswert ist es, daß die Vertreter der Regierung sich im Verlauf der dreitägigen Debatte überhaupt nicht zu den wichtigen Fragen der inneren Politik geäußert haben. Sie, die sonst so wader gegen den Unsturz zu predigen pflegen, sind den umstürzlerischen Plänen des preussischen Abgeordnetenhauses auch nicht mit einer Silbe entgegengetreten, der Ministerpräsident Fürst Bülow war nicht einmal im Hause anwesend. —

### Der bayerische Thronfolger für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht!

Prinz Ludwig von Bayern, der älteste Sohn des Prinzregenten, machte in der Wahlrechtskommission der bayerischen Kammer der Reichsräte so verständige Äußerungen,

daß es höchst wünschenswert wäre, wenn dieser Grad politischer Einsicht auch innerhalb der übrigen Dynastien des Reiches vorhanden wäre. Nach den Rednungen bürgerlicher Blätter sagte er:

„Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestünde, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen veräufelteste Wahlsysteme beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß sie durch radikale Systeme ersetzt würden. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht besäßen. In Bayern bestünde eigentlich schon jetzt das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht. Das direkte Wahlrecht und die gesetzliche Wahlkreisinteilung solle das neue Wahlsystem bringen. Das Land habe bei den letzten Wahlen seine Ansicht darüber geäußert. Der Wahlgesetzentwurf sei fast genau der von der I. Staatsregierung dem letzten Landtage vorgelegte. Er bedürfe, um ins Leben zu treten, nur noch der Zustimmung der Kammer der Reichsräte. Diese zu geben, liege im Interesse des Landes, das sonst nicht zur Ruhe komme, und auch im Interesse der Kammer der Reichsräte, die dadurch an Ansehen nur gewinnen könne.“

Diese Äußerungen scheinen in der Tat nicht nur von dem bekannten Kronprinzenliberalismus diktiert zu sein, sondern einer vernünftigen Würdigung der ja allerdings schwerer zu verkennenden Zeichen der Zeit zu entspringen. Es läge im eigensten Interesse der Standeskollegen des Prinzen Ludwig, diese Mahnung zu beherzigen! —

### Deutsches Reich.

#### Verfehlte Spekulationen.

Die „Frankfurter Ztg.“, die über die furchtbaren Vorbereitungen spottet, die nach den halbamtlichen Ankündigungen für den 21. Januar nicht nur in Berlin, sondern, wie es scheint, in ganz Preußen getroffen werden, äußert die Vermutung, daß die Scharfmachertreife geradezu darauf ausgingen, Massenmeutereien nach russischem Muster zu provozieren. Sie schreibt:

„Die Sozialdemokratie wird es an dem Bestreben, einen ruhigen Verlauf ihrer Wahlrechtsversammlungen herbeizuführen, gewiß nicht fehlen lassen. Sie würde unklug, ja verbrecherisch gegen ihre Anhänger handeln, wollte sie die Zeichen der Zeit falsch deuten.“

Dem wer die Presse aufmerksam verfolgt, steht unsehbar auf die Wirksamkeit politischer Agents provocateurs. Man bemüht sich, zum Teil gar nicht ungeschickt, eine Art Maserei der sozialdemokratischen Massen herbeizuführen und es gibt in Preußen nicht zu unterschätzende Kreise, die einen Zusammenstoß demonstrierender Arbeiter mit der Polizei oder gar ein aktives Eingreifen der bewaffneten Macht mit hellem Jubel begrüßen würden, denn sie wissen, daß das Knattern der Infanteriegewehre das Signal zu einer Reaktion im großen Stil sein würde und daß nichts ihren finsternen Plänen günstiger sein könnte als ein toploses Vorgehen der Sozialdemokratie.“

Wie recht die „Frankf. Ztg.“ mit ihrer Vermutung hat, beweisen ja die Proben aus den Aufreizungsversuchen der Scharfmacherpresse, die wir in unserer Sonntags-Nummer wiedergaben.

Die „Frankf. Ztg.“ braucht sich trotzdem keine Sorge zu machen: das Proletariat wird den Herzenswunsch der „staats-erhaltenden“ Agents provocateurs nicht erfüllen. So sehr auch ihre Provokationen geeignet sind, maßlose Erbitterung zu erzeugen: die Versammlungsbesucher werden sich nicht zur „Maserei“ treiben lassen. Zu einem Verzweiflungsausbruch liegt für die Sozialdemokratie auch zu allerletzt irgend ein Grund vor — der Vormarsch des Proletariats ist unaufhaltsam, das bezeugt ja gerade das Loben der Scharfmacher. Je fatiblitiger die Arbeiterklasse bleibt, desto ohnmächtiger muß das Scharfmachertum seinen Grimm in sich hinein-fressen! —

#### Eigenartige Sozialistenbelämpfung.

Die Behörden im Ruhrrevier befinden sich schon jetzt in größter Erregung über die bevorstehenden Wahlrechtsdemonstrationen, wenigstens erweckt die Tätigkeit ihrer Organe den Anschein dafür. Besonders fallen auf der königliche Bezirkskommissar Görde in Dortmund und der Bürgermeister Ewers der Stadt Hörde. Herr Görde wendete sich direkt an unsere Genossen, um näheres über die Absichten der Sozialdemokratie zu erfahren. Er tut so, als glaube er im Ernst an eine Revolution, meinte aber, wenn die Arbeiter auf die Straße gingen, würden sie den kürzeren ziehen. Auf ein gutes Gewissen gewisser Herren läßt nicht gerade seine Frage schließen, ob die Dortmunder Arbeiter denn vor Rathaus ziehen wollten. Ueber all diese Dinge wollte er auf dem Dortmunder Arbeitersekretariat (!) Auskunft haben. Auch hätte er dort nur zu gern ein Exemplar des am nächsten Sonntag zur Verbreitung gelangenden Flugblattes gehabt. Er meinte, für Dortmund würde doch ein Flugblatt besonders hergestellt und man möge ihm doch ein Exemplar überlassen. Der Wissensdrang des Herrn war zu groß, er konnte nichts erfahren und mußte unrichtigere Sache wieder abziehen. Bemerk sei noch, daß der freundliche Herr schon Strafprozesse in Aussicht stellte, die aus der Wahlrechtsbewegung entstehen würden. Man sollte nun meinen, das erfolglose Bemühen zum Arbeitersekretariat hätte den Forschungs-eifer des Herrn königlichen Bezirkskommissars ein wenig abgekühlt, aber weit gefehlt. Herr Görde wagt ein äußerstes und erfahren Donnerstag früh in der Expedition der „Arbeiter-Zeitung“, um ein Exemplar des Flugblattes zu erhalten. Daß auch hier sein Bemühen erfolglos war, braucht nicht besonders betont zu werden.

Auch der Bürgermeister der Stadt Hörde möchte ebenfalls Ruhm und Ehre verdienen in seinem Bemühen um die Rettung des Staates. Er macht's aber anders, wie der Herr königliche Bezirkskommissar. Er ist anscheinend sehr unzufrieden damit, daß die Regierung die Wahlrechtsversammlungen nicht verbieten will. Er will jedenfalls in Hörde keine Wahlrechtsbewegung, und um sie zu verhindern, dürfen nach seiner Meinung keine Versammlungen stattfinden. Und da sahnte der Herr Bürgermeister einen großen, sehr großen Plan. Man höre und staune: Er wandte sich an sämtliche Lokalbefitzer in der Stadt Hörde, um ihnen für die Dauer des Monats Januar die Lokale „ab-zumieten“. Und der Herr Bürgermeister hatte auch Erfolg,



eine ganze Reihe Wirte „vermieteten“ ihm ihre Lokale, sogar unser bisheriger Parteiwirt. Und doch ist der „großartige“ Plan gescheitert, denn andere Wirte erklärten, sie müßten von den Arbeitern leben und müßten diesen darum auch die Lokale zur Verfügung stellen. Sie „vermieteten“ dem Herrn Bürgermeister ihre Lokale also nicht. Und als darauf in einem speziellen Falle dem Wirt von einer Seite gesagt wurde: „Dann wird über Ihr Lokal die Schanzsperrverhängung“, antwortete der Wirt ganz kühl, daß ihm solche Androhung in seinem Entschlusse nicht wankend machen könne. So wird also Görde trotz der „besten Absichten“ des Herrn Bürgermeisters keine Wahlrechtsversammlungen haben. —

### Polizeiliche Demonstration.

In Königsberg wurde am Sonntag eine Versammlung mit dem Thema „Massenfreizug und Straßendemonstration“ abgehalten. Die Versammlung war so stark besucht, daß polizeiliche Absperrung erfolgte. Schaulustige, mit Revolvern versehen, nahmen die Absperrung vor. Die Versammlung, an der auch zahlreiche Russen und Russinnen teilnahmen, wurde nach zehn Minuten aufgelöst, als der Referent das Wort „Straßendemonstration“ gebrauchte. Das ist zwar kein gesetzlich gerechtfertigter Grund. Indes diesen Gesetzesverstoß hat der Polizeibeamte ja nach dem kriegsministeriellen Vortrag über die Anschauung des Reichstages nur vor „seinem Gott“ und vor dem Oberverwaltungsgericht zu verantworten. Vor Straf- und zivilrechtlicher Ahndung wird ihn wohl auch ohne Vergnügung die Annahme der Staatsanwaltschaft schützen, daß der strafrechtliche Dolus ihm fehle. Diese Art Polizeidemonstration ist agitatorisch weit wirksamer als irgend eine andere. —

### Einsichten der sächsischen Regierung.

Dem Scharfblatt wird aus Dresden gemeldet: In einer Unterredung, die der Hauptredakteur der „Dresdener Neueste Nachrichten“ mit dem Grafen v. Hohenthal hatte, erklärte der zukünftige Minister des Innern, daß ein neues Landtagswahlgesetz seine erste Arbeit sein werde, und daß er zuversichtlich hoffe, eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen. Auch der König habe ihm gegenüber betont, daß dies die erste und wichtigste Aufgabe sei, deren baldigste Erfüllung er dringend wünsche.

Und im größten Bundesstaate des Deutschen Reiches sollte alles beim alten bleiben?! —

### Rassenabteilungen von Straßendemonstranten.

Die sechste Straßkammer in Dresden hatte am Sonnabend über vier derartige Missetäter zu Gericht zu sitzen. Der 1803 in Sachsen geborene Arbeiter Karl Gustav Wenzel hatte am Sonntag, den 3. Dezember, im Aufmarschhof auf der Schloßstraße gekniet und begab sich gegen 2 Uhr nachmittags nach seiner auf der Kleinen Bräuerstraße gelegenen Wohnung. Die Straße am Taschenbergpalais war durch eine starke Schutzmannskette abgesperrt, weil die Menge nach dem Schloß zu drängte. W. verlangte Durchlaß, indem er erklärte, er wolle nach seiner Wohnung. Das half ihm aber nichts; er wurde zurückgewiesen. Darüber ärgerlich, fing er zu schimpfen an. Daraufhin wurde er verhaftet und nach der Schloßstraße gebracht, wo er sich ebenfalls in beleidigenden Redensarten ergangen haben soll. Der Mann ist jählos betrunken gewesen und vermag sich an nichts mehr zu erinnern. Die beiden als Zeugen vernommenen Schutzleute Koch und Kämpfer erklärten, man habe es ihm an dem erkl. daß er ein paar Glas getrunken hätte. Weiter kann dem Angeklagten nichts zur Last gelegt werden, und doch wurde er — die Anklage lautete auf Beamtenbeleidigung — zu der drakonischen Strafe von fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Der 1874 zu Wilhelmsternort geborene Maurer Fritz Erdmann Biegert, ein sonst ganz harmloser und bisher gänzlich unbefragter Mensch, hatte am 16. Dezember die Versammlung im „Arianon“ besucht, nach deren Schluß er mit den übrigen Demonstranten nach dem Stadthaus zog. Am Postplatz, wo sich dem Zuge zum erstenmal Polizei entgegenstellte, erhielt er einen Säbelhieb über den Rücken. Das brachte ihn in fürchterliche Erregung, und als er, am Altmarkt angekommen, die die Schloßstraße absperrenden glühenden Fackeltruppen erblickte, konnte er nicht mehr an sich halten. Durch die Worte: „Ihr Kossaken, Ihr Hundehunde!“ machte er seinem verhaltenen Groll Luft. Das hatte seine Arrestur und die spätere Anklage wegen Beamtenbeleidigung zur Folge. Auch dieser Angeklagte muß mit drei Monaten Gefängnis büßen.

Auflauf, Widerstand und Ruhestörung sind die Delikte, deren sich der 1879 in Dornthal bei Freiberg geborene Schneidergehülfe Paul Emil Trinks am 3. Dezember schuldig gemacht haben soll. Dieser Angeklagte besand sich am freitaglichen Sonntage auf der Logisstraße. Gegen 1/2 Uhr kam er von der Ostraallee und wollte über den durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrten Postplatz. Dabei geriet er unter die Demonstranten. Obgleich er sich nicht am Schreien und Lärmen beteiligen wollte, sei er plötzlich verhaftet worden. Auf der Polizeiwache der Schöffelstraße sei er von sechs Gendarmen geschlagen worden. Die Zeugen, vier Polizeibeamte, behaupten, daß er mit den Ellenbogen Schutzleute zurückdrängen versucht habe. Deshalb habe ihn der Wachtmeister herausgegriffen und verhaftet. Der Angeklagte schlug mit den Händen um sich, ohne jedoch einen Beamten zu treffen, ging dann aber schließlich ruhig mit, bis er auf der Schöffelstraße, unweit des Wachtlokal, abermals eine drohende Stellung eingenommen haben soll. Auf der Treppe zum Wachtlokal soll er den hinter ihm gehenden Schutzmann Buschbeck mit dem Ellenbogen — ob dieser Stoß absichtlich geschahen ist, dürfte trotz der Schutzmannsaussagen in Zweifel gezogen werden — getroffen haben. Er bestreitet ganz entschieden, absichtlich einen derartigen Stoß geführt zu haben. Die Schutzleute wollen den Angeklagten nicht geschlagen haben. Der Staatsanwalt plädierte dafür, dem Angeklagten auch wegen Aufruhrs den Prozeß zu machen und eine hohe Strafe auszusprechen, da seine Teilnahme an Rädelsführerschaft grenze. Das Gericht hielt nun zwar Aufruhr nicht für erwiesen, erkannte aber immerhin auf ein Jahr Gefängnis. Von der Anklage der Ruhestörung erfolgte Freisprechung. Er war noch unbekannt.

Wegen Aufruhrs und Widerstandes hatte sich der 1872 zu Bieschen geborene Maschinenformer Max Alwin Wehner zu verantworten. Der bisher noch unbefragte Angeklagte ist am 3. Dezember mit den Beschauern der Versammlung im Bieschener Gasthof, zu denen er ebenfalls gehörte, nach der Stadt gezogen. Die Schutzleute drängten die Reihen zurück und forderten zum Auseinandergehen auf. Als jedoch ein Straßenbahnwagen kam, drängte die Menge nach, und die Schutzmannskette war durchbrochen. Etwa hundert Personen, darunter dem Angeklagten, war der Durchbruch gelungen. Bald darauf ist W. umgekehrt und nach Hause gegangen. Während der Gendarm Dentschel bekundete, er habe beim Durchbruch den Anklagten am Arme gefaßt, er habe sich jedoch losgerissen, erklärte der Beschuldigte, er sei ohne jede Gewaltanwendung über die Brücke gekommen. Zur Anzeige ist W. erst später gelangt. Urteil: ein Jahr Gefängnis.

Die Nürnberger Polizei bekämpft jetzt auch die russische Revolution. Sie geht gegen die von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Sammlungen für die Opfer der russischen Freiheitskämpfe vor. Der Sekretär des sozialdemokratischen Vereins Genosse Treu, und Redakteur Genosse Adolf Braun wurden bereits polizeilich vernommen; letzterer, weil er als verantwortlicher Redakteur in der Presse Mitteilungen über die eingeangenen Gelder gemacht hat. —

### Ein Zentrumsmann gegen das Zentrum?

Die Stadtverordneten in Aachen beschloßen in ihrer jüngsten Sitzung, den städtischen Arbeitern und minderbesoldeten Beamten eine Leertunungszulage zu gewähren. Die Arbeiter erhalten zwei Wochenlöhne, die Beamten mit weniger als 1800 Mark Jahres-einkommen ein halbes Monatsgehalt. Die Zulage wurde hauptsächlich begründet mit der gegenwärtigen Lebensmittellage. In der Angelegenheit führte der Redner der Zentrumsfraktion, Kommerzienrat Boffen aus: Es sei ein Skandal, daß man solche Beschlüsse fassen müsse; nur durch die Schuld der Agrarier sei man dazu gezwungen. Schuld der Agrarier sei es, daß in Aachen die Lebensmittel so teuer sind, daß man mit einer Summe eine halbe Stunde entfernt (Aachen liegt nahe bei der holländischen Grenze) schon ganz gut leben könne, während man mit dem gleichen Betrage in Aachen hungern müsse und die Bevölkerung an Unterernährung leide. Die ganze Kalamität sei verursacht durch die Fürsorge für die Herren, die das Schlagwort von der „notleidenden Landwirtschaft“ geprägt haben. Diese Notlage sei nicht vorhanden; im Gegenteil, die Agrarier wollten damit ihre Produktion im Preise und damit auch den Wert ihres Grund und Bodens steigern.

Diese Bemerkungen des Aachener Zentrumsmannes bedürften der Ergänzung. Die von ihm zutreffend gekennzeichnete agrarische Politik des Lebensmittelmachers und der Volkskammerung ist vor allem das Werk des Zentrums. Ohne die Zustimmung der ausschlaggebenden Partei des Reichstages, das Zentrum, wäre diese Politik unmöglich; ja noch mehr: Das Zentrum ist geradezu führend in dieser Politik, und es scheint, wie die denkwürdige Dezembernacht des Jahres 1902 erwiesen hat, ihr zuliebe selbst vor dem Verfassungsbruch nicht zurück.

### Aus dem württembergischen Landtag.

Stuttgart, 14. Januar 1906. (Eig. Ber.)

Am Donnerstag ist die württembergische Zweite Kammer wieder zusammengetreten. Die ersten beiden Sitzungstage brachten nur die Erledigung von Angelegenheiten untergeordneter lokaler Bedeutung. Am Sonnabend aber kam es zu einer Debatte, in der mehrfach auf die allgemeine Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches Bezug genommen wurde. Die württembergischen Mitglieder hatten eine Eingabe an den Landtag gerichtet mit dem Ersuchen, für Wehl und Getreide verschiedene Eisenbahntarife festzusetzen und zwar in der Weise, daß die Fracht für Wehl erhöht und die Fracht für Getreide ermäßigt würde. Die vorbereitende Kommission beantragte beim Landtag, diesen Wunsch der Müller der Regierung zur Erörterung zu überweisen. In der Plenarberatung stellte das Zentrum, unterstützt von den Nationalliberalen, den Antrag, die Wehlfrachten zwar zu erhöhen, die Getreidefrachten aber nicht zu mindern. Gegen diesen Standpunkt wendete sich für die Sozialdemokratie mit Nachdruck der Abg. Hildenbrand, der im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gegen jeden weiteren Versuch, die durch die Zollpolitik schon über Gebühr hinausgeschraubten Brotpreise vermehrt einer einseitigen Interessen dienenden Frachterhöhung noch weiter hinaufzutreiben, protestierte. Er stellte den Antrag, die Bitte um Detarifizierung des Brotgetreides der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, über das Gesuch um Sinauffhebung des Wehles in die höhere allgemeine Wagenklasse zur Tagesordnung überzugehen.

Der Minister v. Bischoff erklärte, einer Keinen Detarifizierung des Getreides zwar nicht abgeneigt zu sein. Da sie aber einer Aufhebung der mit den Handelsvertragsstaaten vereinbarten Zollsätze gleichkomme, wäre sie diesen Staaten gegenüber eine illoyale Handlung. Das gleiche träge auf eine Erhöhung der Wehlfrachten insbesondere angesichts der Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn zu. Für den Antrag des Zentrums, die Erhöhung der Wehlfracht zu fordern, stimmten geschlossen das Zentrum, der Bauernbund, die Nationalliberalen, sowie zwei Volksparteiler. Das Ergebnis war trotzdem die Ablehnung des Antrags mit 35 gegen 31 Stimmen.

Für den Antrag Hildenbrand stimmten außer den Sozialdemokraten nur einige Volksparteiler. Der Antrag der Kommission wurde in namentlicher Abstimmung mit 36 gegen 30 Stimmen angenommen.

Daran schloß sich die Beratung einer Eingabe des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die sich gegen die Heranziehung von Arbeitern bei Ausübung der Kontrolle auf Bauten ausspricht. Die Eingabe hatte in der vorbereitenden Kommission eine abfällige Beurteilung erfahren, worüber der Berichterstatter Abg. Gabler (Volksp.) referierte. Die Schärfmacher des Baugewerbes hatten in ihrer Eingabe die Arbeiter wegen mangelnder Vorbildung und „bei ihrer Vereinommenheit gegen die Arbeitgeber“ als nicht ausreichend befähigt für eine „gerechte und sachkundige“ Kontrolle bezeichnet. Demgegenüber sprach der Referent es als die Meinung der Kommission aus, daß dem erfahrenen, mit den Bauarbeiten vertrauten Arbeiter eine regelmäßige Ueberwachung der Arbeit viel eher möglich, eine Feststellung der bei der Vornahme gemachten Fehler viel leichter sei als dem höheren Kontrollbeamten, der nur vorübergehend auf den Bauplatz komme. Die Eingabe der Unternehmer hatte auch behauptet, daß durch solche Arbeiterkontrollen die sozialdemokratische Agitation auf die Arbeitstätten übertragen, die Arbeitgeber „in ein unwürdiges Verhältnis zu den Unternehmern gebracht werden und ihre Autorität den Arbeitnehmern gegenüber rot leide.“ Der Referent hob dieser bereits vorgebrachten Behauptung gegenüber hervor, daß die in Württemberg vorhandenen, auf Grund des Kammerbeschlusses vom 14. Mai 1902 und entsprechender Ministerialverfügung bereits vorhandenen Baukontrollen aus dem Arbeiterstande sich gut bewähren hätten.

Die Schwarzmaier mußten denn auch noch den Schmerz erleben, daß der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung über ihre Eingabe vom Landtag debattelos und einstimmig angenommen wurde.

Neue Opfer des Kolonialkrieges. Bei der Verfolgung Morengas geriet in der Nähe von Niefontein eine Abteilung der zweiten Kompanie des Feldregiments Nr. 1 in einen Hinterhalt. Es fielen Leutnant Dittfurth und zwei Reiter, ein Reiter wurde verwundet. Weiter werden folgende Verluste gemeldet: An Typhus gestorben: Sanitätssergeant Friedrich Schwarz, geboren am 23. 8. 80 zu Gießen, am 4. Januar d. J. im Feldlazarett Salsur. Unteroffizier Bruno Hofmann, geboren am 18. 11. 80 zu Dresden-Altsiedt, am 11. Januar d. J. im Lazarett Reetmanshoop. Reiter Otto Radtsch, geboren am 28. 5. 81 zu Schödeln, am 11. Januar im Lazarett Windhof. — Zahlmeister-Abspirant Artur Schröder, geboren am 21. 6. 77 zu Wieschen, am 11. Januar d. J. im Feldlazarett Lüderichshaus am Herzmuskelischwache gestorben. Reiter Johann Donner, geboren am 13. 6. 83 zu Milsede, am 12. Januar d. J. infolge Stichverletzung, erhalten im Streit mit Kameraden, gestorben. —

Aus Ostafrika liegt folgende Nachricht vor: Die vereinigten Detachements des Hauptmanns Freiherrn v. Wangenheim und des Hauptmanns v. Graverit konnten am dem Marsch auf Mosenge den ungewöhnlich angeschwollenen Luwegfluß bisher nicht überschreiten. Hauptmann v. Haffel hatte am 18. November ein siegreiches Gefecht am Ruipa gegen 2000 Njalaraleute, wobei er 26 Hülfskrieger verlor. Die gegnerischen Verluste waren groß. Der Vornarrsch des Hauptmanns v. Haffel über den Mangafuß nordwärts wurde durch hohen Wasserstand verhindert. Major Freiherr v. Schleinig operiert in rechter Flanke durch das Detachement des Hauptmanns Hirsch unterstützt, am Ruahafuß, östlich von der Straße Kilossa-Kinga. In den Bezirken Kilwa, Mohorro und Lindi räubern noch einzelne Vandalen. Ansehend ziehen sich größere Truppen in das Donde-Gebiet konzentrisch zurück, wo sie nach der Regenzeit aufgesucht werden müssen. Aufständische aus dem Songenbezirk, ver-

müßig vor den Operationen des Majors Johannes Weichand, fielen Ende Dezember in Lupembe ein. Gegen sie errang der Ukena-Posten unter Sergeant Bach schönen Erfolg in erbitterten Höhlenkämpfen. Sergeant Bach wurde unerheblich verwundet. Der Bezirk Kinga ist gesichert. —

Eine Proklamation des Gouverneurs Lindequist fordert die noch umherstreifenden Hereros zur Ergebung auf. Er bietet ihnen ge-rechte Behandlung zu. In der Proklamation heißt es:

Es werden in Omburo und Djiheina keine weißen Soldaten stationiert werden, damit ihr nicht Angst habt und denkt, es soll noch weiter geschossen werden. Je schneller ihr kommt und die Waffen niederlegt, desto eher kann daran gedacht werden, eueren Stammesgenossen, die jetzt gefangen sind, Erleichterungen in ihrer jetzigen Lage zu gewähren und ihnen später die Freiheit wiederzugeben. Wenn von euch Omburo oder Djiheina zu weit ist, der kann seine Waffen auch bei irgend einer Militärstation abgeben und sich dort stellen. Auch die Soldaten, die auf diesen Stationen sind, werden nicht schießen. Ebenso sind die Soldaten, welche Wagentransporte besetzen und deshalb im Lande herumziehen, angewiesen, nicht auf euch zu schießen, so lange ihr nichts Feindliches gegen sie unternimmt. Rückt euch also nicht, wenn ihr sie seht. So kommt denn schnell, Herero, ehe es zu spät ist!

Diese Versicherungen, daß nicht mehr geschossen werden solle — auffriedlich sich zur Uebergabe Stellend! — geben mancherlei zu denken! —

### Ausland.

#### Frankreich.

##### Gegen den Krieg.

Paris, 14. Januar. (Eig. Ber.) Die gestrige, von der sozialistischen Seine-Föderation einberufene Protestversammlung gegen das Urteil im Antimilitaristen-Prozeß gestaltete sich zu einer stürmischen Demonstration gegen die kapitalistische Abenteuer- und Kriegspolitik. Nach den Reden Baillyants, Hervés und anderer wurde eine Resolution angenommen, die den sozialistischen Organisationen empfiehlt, die „Wege und Mittel zu studieren, um einem Mobilisationsbefehl die internationale proletarische Insurrektion“ entgegenzustellen. —

#### England.

##### Die Wahlen.

Die Eigenart der englischen Wahlen bringt es mit sich, daß jede Stunde neue Berichte einlaufen, die das Zahlenverhältnis beständig ändern. Wir werden nach Schluß der Wahlen ausführlicher berichten. Die sozialistische Arbeiterpartei zählt bis jetzt zwölf Mandate; unter den Gewählten befinden sich mehrere überaus tüchtige Genossen, wie Thorne, O'Grady, Roberts ufo. Im Augenblick ist der Stand im ganzen folgender: 93 Liberale, 27 Unionisten, 21 Mitglieder der verschiedenen Arbeiterparteien, 19 Nationalisten. Das Ministerium erhält eine Mehrheit von über 100 Stimmen! —

#### Amerika.

In San Domingo hat Ramon Caceres, bisher Vizepräsident der Republik, die Regierung übernommen. Der verjagte Präsident Carlos Morales hat abgedankt und sich nach Porto Rico begeben, um in Sicherheit zu sein. Seit 1898 fanden in San Domingo sechs Revolutionen statt und Caceres ist der sechste Präsident nach Herzog, der 14 Jahre lang an der Spitze des Staatswesens stand. Die amerikanische Regierung hat beschlossen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten San Domingos einzumischen, aber auch keine Einmischung in die Kontrolle der Zollhäuser von anderer Seite zu dulden. Die Regierung hofft auf eine baldige Ratifikation des Vertrages durch den Senat, da Verwicklungen befürchtet werden, falls eine andere Station mit der Beschlagnahme von Zollämtern vorgehen würde. Die jetzigen Zollbeamten sind Amerikaner, die Roosevelt vorgeschlagen hatte und die dann von Morales bestätigt und eingesetzt wurden. —

### Die Revolution in Rußland.

#### Verhaftung des Arbeiterdelegiertenrats in Petersburg.

Petersburg, 16. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der vergangenen Nacht ist der Arbeiterdelegiertenrat, insgesamt 22 Personen, verhaftet worden; seine Dokumente und Briefschaften wurden mit Beschlag belegt. Es ist erwiesen, daß der Arbeiterdelegiertenrat aus Revolutionären bestand, die der Arbeiterklasse nicht angehören und sich ausschließlich damit beschäftigen, die Arbeiter zu terrorisieren, um Ziele zu erreichen, die mit der Arbeiterfrage nichts gemein haben. In behördlichen Kreisen glaubt man, daß die Ausdehnung der revolutionären Organisationen infolge der Verhaftung des Arbeiterdelegiertenrats und der Beschlagnahme seiner Dokumente sehr erschwert worden sei.

Die „terrorisierten“ Arbeiter werden die naive Regierung bald genug eines Besseren belehren!

#### Aus dem Kaukasus.

Tiflis, 15. Januar. Die Armenierinnen aus Schuscha richteten an die Gemahlin des Statthalters telegraphisch die Bitte, die Armenier gegen die Gewalttätigkeit der Tataren und Arden zu schützen und vor Hunger und Kälte zu retten. Das Anwachsen der revolutionären Bewegung in den Kreisen Gori und Duset, Gouvernment Tiflis, veranlaßte die Verhängung des Kriegszustandes. Die Bahnstationen bis Gori sind mit Truppen besetzt. Eine Abteilung rückt weiter nach Michailowo und Vorkhom. Die Besetzung der letztgenannten Station ist für die Holzversorgung von Tiflis erforderlich. Einige Stationen sind von den Bauern zerstört worden. Der Surantunnel ist durch zwei von beiden Seiten ohne Bedienung abgelassene Lokomotiven unpassierbar gemacht worden. Nach Kutais rücken von drei Seiten Truppen heran.

Koslow am Don, 15. Januar. Hier wurde eine Patronen-fabrik entdeckt, in der ein Vorrat von Patronen und 4 Bomben gefunden wurde.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Wert der Arbeiterpresse.

In den Braunschweiger Konservenfabriken werden fortgesetzt die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und die gewerbliche Arbeit der Frauen überschritten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren dagegen machtlos, weil leider ihre Organisation nicht genügend ausgebaut war, um eine solidarische Aufsehung gegen diese Ausbeutung möglich zu machen. Da nahm sich der Braunschweiger „Volkstreu“ ihrer an und veröffentlichte eine Reihe von Artikeln über die Mißstände. Er wies nach, daß in der Saison Sonntags oft bis 11 Uhr abends (!) gearbeitet wurde, daß manche Frauen in der Woche 100 Arbeitsstunden (!) leisteten, daß die Männer sogar Arbeitszeiten bis zu 113 Stunden in der Woche zu verzeichnen hätten. Immer wieder geißelte







Reichstag.

21. Sitzung vom Dienstag, den 16. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kommissare. Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend den Serbistatist und die Klasseneinteilung der Orte.

Auf Vorschlag des Präsidenten Graf v. Helldorf wird hiermit die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen verbunden.

Der erste Gesetzentwurf fordert die Erhöhung der Serbistatist in den ersten Klassen III und IV auf die Höhe der Serbistatist II und Beseitigung des Personalserbistatist. Die andere Vorlage fordert als Ersatz für die Beseitigung des Personalserbistatist eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Klassen I und A, und außerdem eine allgemeine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse.

Abg. Fischer (Z.) vernimmt in den Vorlagen die notwendige Konsequenz. Die Trennung des Personalserbistatist von den Wohnungsgeldzuschüssen ist ja mit Freude zu begrüßen, und ebenso ist mit Freude zu begrüßen, daß die Wohnungsgeldzuschüsse entsprechend erhöht werden. Wichtig aber wäre es, auch die Wohnungsgeldzuschüsse abzusuchen und die Gehälter entsprechend zu erhöhen.

Wir wollen uns aber nicht auf diesen Standpunkt festlegen. Doch kann niemand die Klasseneinteilung der Orte, so wie sie besteht, als gerecht ansehen. Die Wohnungszustände in Deutschland sind allgemein unbefriedigend. Große Teile des Volkes, namentlich auch die Unterbeamten, können nur dadurch ihre Wohnungsmiete aufbringen, daß sie Untermieter zu sich nehmen. Das bringt große finanzielle Gefahren mit sich. Man sollte bei den Gehältern zwischen Junggeheilen und Familienvätern unterscheiden. Ich beantrage, die Vorlagen der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Gieseler (fr. Sp.): Wir erkennen an, daß die neuen Vorlagen einen erheblichen Fortschritt bedeuten, aber von einer endgültig befriedigenden Regelung dieser Frage kann auch jetzt noch nicht die Rede sein. Wir begrüßen die Erhöhung der Serbistatist im Interesse der kleinen Städte und des platten Landes. Wir begrüßen ferner die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten; der Reichstag hat eine solche Erhöhung seit längerer Zeit gefordert. Auch ich habe stets gefordert, daß der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Beamten prozentual höher sein muß, als für die mittleren, weil bei den unteren die Wohnungsmiete einen größeren Bruchteil des Einkommens ausmacht, als bei den mittleren. Aber im übrigen bin ich mit meiner Vorgängerin über den Vorlagen zu Ende. Ich muß sagen, der Eindruck ist: es wird fortgesetzt. Dabei wäre jetzt, kurz nach der Volkszählung, der geeignete Zeitpunkt gewesen, die Klasseneinteilung der Orte grundsätzlich neu zu ordnen. Hoffentlich wartet man aber mit dieser Neuordnung spätestens bis 1908, und nicht erst bis 1913, wie es jetzt heißt. Für einen besonderen Zuschuß für Familienväter trete auch ich ein, obgleich ich Junggeheile bin. (Heiterkeit.) Hoffentlich kommt bald eine Reform dieser Materie, die den Namen einer Reform verdient. (Beifall bei den Freiwillichen.)

Abg. v. Stern (L.): Mit der Aufbesserung der Bezüge für das flache Land und die kleinen Städte sind meine politischen Freunde zwar einverstanden, aber es sind dies ja gerade diejenigen Teile des Landes, die unter den Einquartierungen leiden, und wie halten es für viel wichtiger, wenn die Entschädigung für die Naturalverpflegung der Truppen kräftig erhöht wird. Denn die Gelder dürfen nicht zerstückelt werden. Eine allgemeine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse um 50 Proz. erscheint uns als vielleicht etwas zu schwach. Die Durcharbeitung dieser schwierigen Materie muß der Kommission überlassen werden. Das Werk muß gelingen, wenn sämtliche Parteien den besten Willen haben.

Abg. Dretz (natl.) hält die Vorlagen für wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustande, hält aber die Erhöhung der Bezüge noch nicht für genügend. Der Unterbeamte ist täglich Versuchungen ausgesetzt. So lange er nicht genügend vom Staate bezahlt wird, liegt die Gefahr vor, daß er trotz seiner großen Pflichttreue und Vaterlandsliebe gelegentlich einer solchen Versuchung unterliegt. Ich bewillige alles gern zum Wohle unseres Vaterlandes, halte aber die Fürsorge noch nicht für genügend. (Beifall.)

Abg. v. Derges (st.) fürchtet, daß die ganzen Vorlagen scheitern könnten, wenn man die Ansprüche zu hoch spannt. Außer den Unterbeamten hätten aber die sogenannten Subalternbeamten, d. h. die mittleren Beamten in ihren Bezügen aufgebessert werden müssen. Das Bedürfnis ist sehr dringend.

Abg. v. Verlach (fr. Sp.): Auch ich möchte wünschen, eine grundsätzliche Reform des Wohnungsgeldwesens läme schon jetzt. Auf keinen Fall darf die schreiende Ungerechtigkeit, welche die jetzige Klasseneinteilung mit sich bringt, bis zum Jahre 1913 bestehen bleiben. — Im Rahmen des jetzigen Gesetzes muß vor allem auch eine Erhöhung der Bezüge für die mittleren Beamten gefordert werden. — Baden ist uns ferner mit gutem Beispiel vorangegangen: Es hat für die Unterbeamten die Bezüge so erhöht, daß, auch wenn die gegenwärtige Aufbesserung der Unterbeamten des Reichs durchgeführt sein wird, die badischen Unterbeamten sich noch immer sehr viel besser stellen werden. Das muß große Erbitterung in den Kreisen der Reichs-Unterbeamten hervorrufen. Ungerechtigkeiten dürfen aber nicht verewigt, sondern sie müssen beseitigt werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Kirck (Z.) ist höchst erstaunt, daß man mit der Neueinteilung der Ortssklassen bis 1913, also noch sieben Jahre warten wollte. Werden das nun sieben feste oder sieben mögliche Jahre sein? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: magere! Heiterkeit.) Schon im Jahre 1904 lagen dem Reichstage sehr berechtigte Petitionen vor, die die Klasseneinteilung wenigstens einzelner Orte zu ändern. Der Reichstag hat die Empfehlung dieser Petitionen damals nur deshalb mit geringer Mehrheit abgelehnt, weil man erwartete, daß in aller nächster Zeit eine grundsätzliche Neuordnung eintreten würde. Hoffentlich gelingt es der Budgetkommission noch, wenigstens einige Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Abg. Durckhardt (Wirtsch. Bg.) schließt sich dem Vorredner namens seiner Partei vollkommen an.

Abg. Bruns (Ant.) hält es für einen trassen Widerspruch, wenn die Subalternbeamten nur ebensoviel Wohnungsgeldzuschuß bekommen sollen wie die Unterbeamten.

Unterstaatssekretär im Reichshofschatzamt Tzsch: Die Beratungen innerhalb der Regierung über die Neueinteilung der Ortssklassen sind noch nicht auf ein Stadium gekommen, daß wir eine baldige Einbringung einer solchen Vorlage in Aussicht stellen könnten. Ich konstatiere ferner, daß das Reichshofschatzamt seinerzeit lediglich seine Zustimmung zur Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten ausgesprochen hat. Von den mittleren Beamten war in dieser Zustimmung nicht die Rede.

Hiermit schließt die Debatte. Die beiden Vorlagen werden der Budgetkommission überwiefen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds.

Abg. Graf Oriola (natl.): Der Invalidenfonds ist von 561 Millionen, seinem ursprünglichen Stande soweit zurückgegangen, daß er am 1. April 1906 nur noch 187 Millionen betragen wird. Es sollen daher jetzt alle Fürsorgen, die der Reichstag aus diesem Fonds bewilligt hat, und die nicht direkt mit dem ursprünglichen Zweck desselben etwas zu tun haben, aus demselben herausgenommen und auf den allgemeinen Etat übertragen werden. Da die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Invaliden aus diesen Positionen

natürlich in keiner Weise gesichert werden soll, liegt zu einem Widerspruch gegen diese Vorlage kein Grund vor. Wir beantragen die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Ich wollte nur noch den Wunsch aussprechen, daß, falls an eine Wehrsteuer gedacht wird, die Erträge einer solchen Steuer nur den Invaliden zugute kommen dürften. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Abg. Erzberger (Z.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. v. Stern (L.): Wir sind mit der Vorlage ebenfalls einverstanden, würden es aber mit Freude begrüßen, wenn wir erhebliche Mittel dem Reichsinvalidenfonds zuwenden könnten, um ihn noch für lange Zeit zu erhalten. (Bravo! rechts.)

Die Vorlage geht hierauf an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des dritten Nachtragsetats für das ostafrikanische Schutzgebiet in Höhe von 2407 875 M.

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Joseph von Battenberg: Der vorliegende Nachtragsetat bringt neben den Forderungen, welche die Lage in Ostafrika infolge des dort ausgebrochenen Aufstandes veranlaßt, die Forderung für die Verpachtung der Usambara-Länder. Diese Verpachtung vollzog sich durch Vertrag vom März 1905. Der Wortlaut des Vertrages ist dem Nachtragsetat beigelegt. Der Vertrag wurde abgeschlossen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu den Leistungen, die eventuell dem Reiche aus dem Vertrage erwachsen. Es ist durch den Vertrag erreicht, daß das Betriebsdefizit, mit welchem bisher die Verwaltung der Usambara-Länder durch das Reich belastet war, aufgehoben worden ist und daß die Hoffnung besteht, nach den vorläufigen Ergebnissen des letzten Rechnungsjahres, es werde für das Reich ein Nutzen auch noch nicht großer, Betriebsüberschuß sich ergeben.

Der im vorigen Jahre ausgebrochene Aufstand in Ostafrika ist zwar leider noch nicht unterdrückt, immerhin ist es gelungen, den Aufstand auf ein bestimmtes Gebiet zu beschränken. Ich möchte Ihnen eine kleine Notiz über die Geschehnisse des Aufstandes geben. Er begann im Juli vorigen Jahres in Kilwa. Mitte Juli begann der Aufstand sich auszubreiten. Das Gouvernement hat sofort die energigsten Gegenmaßnahmen getroffen. Die Truppen, die an der Küste standen, wurden nach Kilwa dirigiert. Dam, im August trafen weitere geschultere Truppen ein, darunter die Ermordung eines Venediktiner-Missionars. Die Nachricht von diesem Unglücksfall hat unzweifelhaft den Mut der Bevölkerung weiter geschürt und hat die Verbreitung des Aufstandes gefördert. Das Eingreifen der Marine-Infanterie des Kreuzers „Vuffard“ unter Oberleutnant Paasche hat dann segensreich gewirkt. Aber der Aufstand brach dann wieder an anderen Orten aus, namentlich auch am Nyasa-See. Glücklicherweise wurde bei dem ganzen Aufstand nur wenig Blut von Weissen vergossen. Der Grund dafür liegt darin, daß der Aufstand in Gegenden wüdete, die noch wenig in Kultur genommen waren. Der Höhepunkt des Aufstandes war im September. Damals stand fast der ganze Süden, d. h. etwa ein Viertel des ganzen Schutzgebietes in Aufstand. Doch blieben auch dort wichtige Stämme, vor allem der der Wabehe, uns treu. Das Eingreifen der Marine-Infanterie hat dann den Aufstand wesentlich eingeschränkt. Wir schulden dem schnellen Vorgehen des Major Johannes einen großen Dank. Gegenwärtig ist der Bezirk Dorobalsam ruhig, in den benachbarten Bezirken dagegen treiben sich noch räuberische Banden umher. Doch wird das Zusammenwirken des Major Johannes und des Major Steinmetz diesem Unwesen hoffentlich bald ein Ende bereiten. Zu einer pessimistischen Auffassung der Zukunft liegt meines Erachtens kein Grund vor.

Die Macht des Gouverneurs muß freilich dauernd gestärkt werden. Namentlich muß die Trennung der militärischen Kräfte und der Zivilverwaltung durchgeführt werden, weil die bisherige wechselseitige Verwendung derselben Kräfte große Nachteile mit sich gebracht haben. Diese dauernden Ausgaben betragen 982 000 M., während für einmalige Bedürfnisse 1 571 000 M. gefordert werden. Wir hoffen, daß der Reichstag sich diesen Notwendigkeiten nicht verschließen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Z.) bekämpft es, daß Ausgaben für dauernde Bedürfnisse in einem Nachtragsetat aufgenommen sind. Der Redegegenstand gehört doch in den ordentlichen Etat! In der Rede des Prinzen höre ich den Hinweis auf die Ursachen des Aufstandes. Soll denn erst der Abg. Dr. Paasche diese Begründung geben? Ich setze zu, daß in der Behandlung des Reichstages durch die Regierung ein kleiner Fortschritt eingetreten ist. Es ist jetzt wenigstens das Gesuch um Indemnität in die Vorlage aufgenommen worden. Aber solche Gesuche werden allmählich in Deutschland billiger wie die Brombeeren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stern (L.): Ich bin sehr froh, daß die Ausgaben für dauernde Bedürfnisse in einem Nachtragsetat aufgenommen sind. Der Redegegenstand gehört doch in den ordentlichen Etat! In der Rede des Prinzen höre ich den Hinweis auf die Ursachen des Aufstandes. Soll denn erst der Abg. Dr. Paasche diese Begründung geben? Ich setze zu, daß in der Behandlung des Reichstages durch die Regierung ein kleiner Fortschritt eingetreten ist. Es ist jetzt wenigstens das Gesuch um Indemnität in die Vorlage aufgenommen worden. Aber solche Gesuche werden allmählich in Deutschland billiger wie die Brombeeren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stern (L.): Ich bin sehr froh, daß die Ausgaben für dauernde Bedürfnisse in einem Nachtragsetat aufgenommen sind. Der Redegegenstand gehört doch in den ordentlichen Etat! In der Rede des Prinzen höre ich den Hinweis auf die Ursachen des Aufstandes. Soll denn erst der Abg. Dr. Paasche diese Begründung geben? Ich setze zu, daß in der Behandlung des Reichstages durch die Regierung ein kleiner Fortschritt eingetreten ist. Es ist jetzt wenigstens das Gesuch um Indemnität in die Vorlage aufgenommen worden. Aber solche Gesuche werden allmählich in Deutschland billiger wie die Brombeeren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Grund des Aufstandes liegt m. E. in der Einführung der Fronarbeit in den Baumwollplantagen. Mühe denn unsere Kolonialverwaltung alle Fehler früherer Kolonialverwaltungen nachzumachen? Die Fronarbeit ist aber nicht einmal durch eine allgemeine Verordnung des Gouverneurs, sondern durch den Uebereinstimmen einzelner Bezirksbehörden eingeführt. Man sieht wie wichtig unser Initiativantrag ist, welcher die Vollmacht der Bezirksbehörden zu beschränken fordert, und die Mitarbeit des Reichstages in der inneren Gesetzgebung der einzelnen Kolonien wünscht. Die Erbitterung der Eingeborenen ist noch dadurch gestiegen, daß die Löhne für die Fronarbeit ganz minimal waren. Sie bekamen für ihre Arbeit teilweise nur 1/2 bis 2 Pf. pro Tag. Hätte der Reichstag genügend Einfluß auf die Kolonialpolitik, so wäre die Einführung der Fronarbeit sowie auch die der Plattensteuer sicher unterblieben. Die Rechte der Eingeborenen müssen gesetzlich festgelegt werden, darüber ist sich die große Mehrheit des Reichstages einig. Die Eingeborenen erklären ganz offen: früher waren wir die Sklaven der Juden und Araber, jetzt sind wir die Sklaven der weißen Regierung. Übrigens hat im vorigen Jahre bereits Herr Abgeordneter Dr. Sadelum darauf aufmerksam gemacht, daß ein Aufstand in Ostafrika drohe. Auch ich erwähnte diese Gerüchte. Die Antwort war aber nur ein mitleidiges Lächeln des damaligen Herrn Kolonialdirektors. Auch von Missionaren ist ein Bericht mit solchen Nachrichten beim Kolonialamt eingegangen; es wäre mir interessant zu erfahren, was mit diesem Bericht geschehen ist. Ebenso bitte ich um Auskunft, was aus dem Urteil über die Kameruner Besonderebefugnisse, das die öffentliche Meinung mit Recht so erregt hat, geworden ist.

Weiter müssen wir energig protestieren gegen die offizielle Förderung des Mohammedanismus in Ostafrika. Zum Beispiel ist mohamedanischer Religionsunterricht einige Jahre hindurch in den öffentlichen Schulen erteilt worden. Weiter sind mohamedanische Moscheen aus Reichsmitteln gebaut worden. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Schutztruppe besteht fast nur aus Anhängern des Islams. Wir sind aber bereit, die Kolonialpolitik zu unterstützen, wenn sie der Ausbreitung der Kultur und des Christentums dient. (Bravo! im Zentrum.)

Kapitän zur See Kapelle: Von den 1,2 erforderten Summen der Marineverwaltung ist noch nicht ein Pfennig ausgegeben, ins-

besondere sind Kriegsgebühren bisher nicht gezahlt. Die Truppen, welche von den Schiffen in Ostafrika requiriert wurden, haben bisher Kriegsgebühren nicht erhalten. Ganz 600 000 M. sind bisher aufgewandt zu machen. Ich in weiteren gesetzlichen Befugnissen. Dagegen sind die Mittel für die Kriegsgebühren noch nicht vorhanden. Da die Kriegsgebühren noch nicht gezahlt sind, brauchen wir auch keine Indemnität zu erbitten.

Abg. Legationrat Seih: Die Regierung hatte bisher noch keine Gelegenheit, um die Indemnität des Reichstages zu bitten. Wir sind um diese Indemnität so schnell als möglich eingekommen. Wir müßten doch erst das Material für die Abfassung eines Nachtragsetats zusammenbringen. Die Ursachen des Aufstandes sind schwer sicher zu erkennen. Der Gouverneur Graf Götze stand nie auf dem Standpunkte, daß ein Aufstand in seinem Schutzgebiete unmöglich war. Er hat deshalb seit längerer Zeit eine neue Organisation der Machtmittel des Gouverneurs bei der Regierung vorgebracht. Es war nun unsere Aufgabe, die Mittel für diese Neuorganisation in den ordentlichen Etat für 1906 einzustellen. Infolge des Aufstandes aber waren wir gezwungen, die Neuerungen zu befristigen, weshalb erscheinen diese Forderungen bereits im Nachtragsetat für 1905. Wir sind nicht bekannt, daß schon früher von einer Missionstation am Kilimandscharo ein Bericht über den Aufstand eingelaufen sei, bevor wir von der Verwaltung Kunde erhielten.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Der Abg. Erzberger hat den Aufstand infolgedessen richtig geschildert, als er den Zwangsarbeit einen zu großen Einfluß zuwies. Die Baumwollkultur als solche kann nur hier und da Anlaß zu Mißgriffen gegeben haben, diese können aber nicht in erheblichem Maße den Aufstand beeinflusst haben. Ich gebe zu, daß man vielleicht etwas zu weit gegangen ist darin, die Leute zu der Arbeit heranzuziehen. Das System war gut, aber die Ausführung miserabel. Das kommt bei uns auch vor. (Heiterkeit.) Ein großer Mangel ist der ständige Wechsel der Beamten, zu denen namentlich die Neger unter diesen Umständen kein Vertrauen haben können. Ein gewisser Zwang zur Arbeit muß bleiben. Auch die Kinder werden doch zur Arbeit angehalten. Mit den Negern muß man ebenso verfahren. Bessere Löhne werden wir in Afrika in Zukunft zahlen müssen. Die Zauderer spielen bei dem Aufstande zunächst eine untergeordnete Rolle. Mit unseren Schienenbahnen muß wir in die fruchtbarsten Gebiete in der Nähe des Kilimandscharo vordringen. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Sadelum (Soz.): Herr Geheimrat Seih hat sich vorhin gegen zwei Vorwürfe gewehrt. Was seinen Nachtragsetat früher vorzulegen, so will ich zugeben, daß er akzeptiert werden kann. Aber der Versuch, nachzuweisen, daß Forderungen, die ihrer Natur nach in den ordentlichen Etat gehören, hier in den Nachtragsetat aufgenommen worden sind, ist ihm nicht gelungen. Die Kolonialverwaltung hat zweifellos die Abfahrt gehabt, diese organisatorische Umgestaltung der dortigen Verwaltung in dem ordentlichen Etat zu fordern, sie muß diese Forderung dann nachher erst künstlich wieder dort amputiert haben, vielleicht weil sie der Meinung war, daß sie als Forderung eines in Eile durchgenommenen Nachtragsetats leichter bewilligt werden würde. Jedenfalls ist es durchaus unzulässig, so weitgehende Forderungen in einen Nachtragsetat aufzunehmen. Dem Reichstag wird nichts übrig bleiben, als diese Forderung aus dem Nachtragsetat auszutreiben und sie in den ordentlichen Etat zu verpacken, vorausgesetzt, daß er sich überhaupt von ihrer tatsächlichen Notwendigkeit überzeugen sollte. — Die Kolonialverwaltung ist über die Ursachen des Aufstandes in Ostafrika auch nach den Proklamationen des Herrn Erzberger sehr leicht hinweggegangen. Es ist auffallend, daß die dringenden Warnungen, die der Kolonialverwaltung schon im vorigen Jahre auch durch mich zu Ohren gekommen sind, so leicht behandelt worden sind. Es lag das allerdings durchaus im System. Durch rechtzeitige Maßregeln hätte es wahrscheinlich verhindert werden können. Daß der Aufstand einen solchen Umfang annahm und so erhebliche Kosten verursachte. — Nun hat Herr Paasche uns aus der Fülle seiner ostafrikanischen Erfahrungen heraus eine Darlegung von den Ursachen des Aufstandes gegeben. Er ist aber dabei etwas seiner Meinung nach sehr schönfärberei verfallen. Herr Erzberger erblickt vorhin in der Fronarbeit eine der Ursachen des Aufstandes, Herr Paasche aber meint, das könne man doch nicht eigentlich Fronarbeit nennen. Am ob man das Fronarbeit oder Zwangsarbeit oder Zwangsarbeit nennt, darauf kommt es nicht an, sondern auf die Sache selbst, und da ist es ganz unzweifelhaft, daß sich die Neger dort betrogen und bestohlen fühlen von den Deutschen, die sie zur Arbeit gezwungen haben. Man hätte ihnen z. B. bei der Bestellung der kommunalen Schampes eine Art Voranschlag gemacht. Man hat den Negern nämlich vorgerechnet, wie hoch sich der Ertrag ihrer Fronarbeit wohl gestalten würde. Im Vertrauen darauf haben die Neger dann monatlang in den Baumwollplantagen gearbeitet; dann sind die Träger mit der Ernte an die Küste gegangen, haben die Ernte dort verkauft und das „Geld“ aus dem Erlöse zurückgebracht. Aber tatsächlich haben sie kein Geld den Arbeitenden abgeben können, denn das Geld — ja, das war eben bei den Unkosten des Transportes draufgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat der Abg. Dr. Paasche auch viel ernst wie jetzt auf die Methoden hingewiesen, durch die auch die Neger zur Fronarbeit gebracht hat, auf jene Daumenrauben der Verwaltung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und überhaupt auf jene ganze verkehrte Politik. Was sind denn das für Weisheiten, die für den Ertrag der Negerarbeit nicht wenigstens so viel bezahlen, daß trotz der Transportkosten noch genügend übrig bleibt, um die Neger für ihre Arbeit einlösen zu lassen? Man hätte damals mit einigen tausend Mark, die man noch daraufgezahlt hätte, die Neger befriedigen können und hätte so den ganzen Aufstand, der dem Reiche jetzt Millionen kostet, vermieden. Das ist geradezu unverantwortlich. (Beifall links.) Aber es ist nicht allein dieser Grund, der die Neger aufgereizt hat. Es kommen die unzähligen Kleinigkeiten und verkehrten Maßnahmen der einzelnen Bezirksbehörden hinzu. Was sind das für Bestimmungen, wenn ein Bezirksbehörden sich eine Verfügung erlauben, nach der die Hütten tabellarisch weiß angeordnet sein müssen, und die den Negern verbietet, den Eingang in die Hütten einen Meter hoch über den Erdboden anzubringen, die also die Neger zwingen will, durchaus Partee zu wohnen. (Heiterkeit.) Die Folge einer solchen törichten Verordnung mußte natürlich die sein, daß das ganze Negervolk bei Eintritt der nächsten Regenzeit weggeschwemmt wurde. (Hört! hört! links.) Ferner hat man die Neger verhindert, das Jagdrecht auszuüben. Es ist ja nun möglich, daß an sich eine solche Verordnung aus den Verhältnissen heraus gerechtfertigt sein könnte, das kann ich auf die weite Entfernung hin nicht so beurteilen. Aber viel schlimmer war die Art und Weise, durch welche man die Neger von dieser Ausübung ihres Jagdrechtes abhielt. Man zwang sie nämlich einen Jagdschein zu lösen und setzte den Preis dieses Jagdscheins so hoch an, daß der Neger dreiviertel Jahre lang fronden müßte, um einen solchen Jagdschein zahlen zu können. Durch ein solches Verfahren war der Neger nicht einmal mehr im Stande, das Raubzeug abzuschleppen, so daß die Viehzucht schwer leiden mußte. Ein solcher Historismus, eine solche Verdrücktheitspolitik mußte selbst eine so kindliche Bevölkerung, wie die Ostafrika enthält, zum Aufstand bringen. Ich gebe zu, dem ganzen Kolonialenthiasmus, zu dieser Kolonialpolitik, wie sie der Abg. Dr. Paasche besitzt, nun einmal nicht beizukommen. (Zuruf bei den National-Liberalen: Wehen Sie doch erst einmal hin!) Gewiß,



man sollte wohl eigentlich einmal hingehen, aber ich fürchte, daß ich auch dann nicht als Entusiast zurückkehren werde. Wir werden sobald keine vernünftige und menschenfreundliche Beamtenchaft in die Kolonien bekommen. Ich erinnere an Kamerun. Die ungläublichen Zustände sind hier durch die Enthaltungen des Abg. Erzberger bekannt geworden und wie matt ist die Stellung der Kolonialverwaltung demgegenüber. Von einer solchen Verwaltung können wir nicht erwarten, daß sie den Entschluß faßt, gründlich zu ändern und dafür Sorge zu tragen, daß solche Zustände unmöglich gemacht werden. — Wir werden dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission zustimmen und werden dort die einzelnen Forderungen genau prüfen. Vor allem muß dort auch die Begründung gegeben werden, die wir in den uns vorliegenden Motiven und in den Reden vom Bundesratstische her heute so schmerzlich vernimmt haben. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern: Auf den Tadel, daß wir über die Gründe des Ausstandes noch keinen Bericht geliefert hätten, muß ich kurz antworten. Schon vor mehreren Wochen hat Graf Göyer eine Kommission, bestehend aus einem Beamten und zwei Privatleuten eingesetzt mit dem Auftrage, sich genau an Ort und Stelle über die Ursachen des Ausstandes zu informieren und die Mittel, die sich in der Verwaltung ergeben haben, aufzudecken und darzulegen, damit die Verwaltung in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen. Die Kommission hat heute seinen in das Land zu machen, da der Ausstand hauptsächlich in solchen Gebieten ausgebrochen ist, in welche die Kultur noch nicht gedrungen ist. Ich hoffe, daß die Arbeit möglichst rasch erledigt wird. Der Gouverneur ist angewiesen, einen möglichst ausführlichen Bericht zu schicken und auch unabhängige Privatleute zu Wort kommen zu lassen. Die Regierung wird nicht verfehlen, von dem Ergebnisse der Untersuchung Mitteilung zu machen.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): verteidigt das Vorlegen eines Nachtragsetats, das allein dem Rechte des Reichstages wie dem Bedürfnisse einer schleunigen Geldbeschaffung gerecht werden könne. Staatsüberschreitungen, tägliche, dauernde, seien nur zu vermeiden, wenn man der Kolonialverwaltung endlich einen reichen Dispositionsfonds zur freien Verfügung stelle. Besseres Material zur Begründung der Forderungen müsse allerdings dem Reichstage vorgelegt werden. Hoffentlich hole die Regierung in der Kommission das Veräumte nach. Die Beamten in den Kolonien müßten sofort dauernd angestellt werden, und das mit sehr auskömmlichem Gehalt, um eine gewisse Permanenz, ein längeres Verweilen an einem Orte zu erreichen. Alles übrige werde sich in der Budgetkommission finden. (Weisfall rechts.)

Abg. Erzberger (Z.): Wenn eine Budgetverletzung stattgefunden hat, so ist es gleichgültig, ob es sich dabei um 100 M. oder um 10 Millionen Mark handelt. Neubildungen in der Organisation dürfen in keinem Falle durch einen Nachtragsetat erfolgen. Daß Herr Dr. Paasche die Bronarbeit heute so milde beurteilt hat, überraschte mich sehr. Er hat sehr viel Wasser in den Wein gegossen, den er im Dezember vortrug. Er hat damals in seinem außerparlamentarischen Vortrag sich weit präziser und schärfer ausgesprochen als hier angeht die Regierung. — Auf meine Beschwerden über die Bevorzugung des Mohammedanismus ist mir nicht einmal eine Antwort zuteil geworden. Wird das bisherige System des Lotzschweigens seitens der Verwaltung fortgesetzt, so werden wir die Konsequenzen beim Etat zu ziehen wissen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Anklage des Herrn Erzberger, als ob ich heute „angeht die Regierung“ nicht so scharf gesprochen hätte, muß ich mir durchaus verbitten. Im übrigen kann ich erklären, daß ich von dem, was ich in meinem damaligen zweifelhafte Vortrage ausgeführt habe — und was ich heute nicht alles wiederholen wollte —, nicht das geringste zurücknehme. Ich bin aber auch viel in anderen Kolonien herumgekommen und muß dem doch konstatieren, daß unsere deutschen Beamten turmhoch über den Beamten aller anderen Kolonien stehen. (Unruhe links.) Sowohl in den englischen wie französischen und spanischen Kolonien, selbst bei den sanften Mynheers kommen Unterstellungen unter den Kolonialbeamten vor, wie sie bei uns nicht zu verzeichnen sind.

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern-Langenburg: Zu der Anfrage über das Kameruner Urteil möchte ich bemerken, daß ich mir vorbehalte, darüber Mitteilung zu machen, sobald es vorliegt. Wie schon in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wurde, soll das Urteil mit dem nächsten Dampfer aus Kamerun eintreffen. Sobald es vorliegt, wird der Sache die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt und nichts verheimlicht werden.

Abg. Götze (fr. Bg.): Die Ehrlichkeit unserer Kolonialbeamten hat ja wohl niemand bezweifelt. Dagegen müssen wir lebhaft dagegen protestieren, daß Abg. Dr. Paasche hier so allgemeine und schwere Beschuldigungen gegen die Kolonialbeamten fremder Staaten erhoben hat. (Lebhafte Weisfall links und im Zentrum.) Diese Art und Weise, Steine gegen fremde Staaten zu werfen, kann unmöglich dazu beitragen, uns im Auslande beliebt zu machen.

Abg. Dr. Sudekum (Soz.): Ich freue mich, daß Herr Paasche die Ausführungen, wie er sie in seinem neulichen Vortrag gemacht hat, heute noch besonders unterstreichen hat. Etwas anderes war nicht meine Absicht. Dagegen muß ich mich dem Protest des Herrn Vorredners gegen die letzten Ausführungen des Herrn Paasche durchaus anschließen. Eine Nation, die Männer wie Leib, Weisau bis zu Puttkamer unter ihren Kolonialbeamten aufzuweisen hat, hat durchaus keine Ursache, sich so in die Braut zu werfen und vor allem steht es einem Vertreter dieser Nation nicht an die Kolonialbeamten anderer Staaten so allgemein herabzusetzen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich habe nur, um Vorwürfe gegen unsere Beamten abzuwehren, darauf hingewiesen, daß wir ehrliebe Beamte haben und kein Fleck in unrechte Hände kommt. Das ist sehr wertvoll, denn bei der englischen Agumelabahn sind von 120 Millionen Mark 40 in falsche Hände geraten. Ich konstatiere auch nochmals, daß in den spanischen Kolonien es jeder Beamte für seine Pflicht hält, sich zu bereichern auf Kosten der Gesamtheit. Es sind mir Beispiele von holländischen Beamten bekannt, die bei einem Gehalt von 10 000 M. sich in wenigen Jahren 200 000 M. gespart haben. (Hört! hört!)

Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt die Beratung des Nachtragsetats für Südwestafrika. Das Wort erhält unter den fortgesetzten Rufen nach Vertagung der Abg. Erzberger (Z.), derselbe erklärt, daß er auf das Wort verzichte und Ueberweisung an die Budgetkommission beantrage. (Weiterkeit.)

Präsident Graf Balkeström: Das wollte ich soeben auch vorgeschlagen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Anträge der Abgg. Graf Kompesch (Z.) und Wasser mann (natl.) betreffend Bahngelder und freie Eisenbahnfahrt der Abgeordneten.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Diensdag, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Weseler, Freiherr v. Rheinbaben. Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Braemel (fr. Bg.): Ich muß mich gegen eine Beschuldigung wenden, wie sie hier im Hause seit den achtziger Jahren borigen Jahrhundert niemals erhoben ist, indem Frhr. v. Jellih behauptete, ich hätte die Aufforderung zum Staatszweck an den Monarchen gerichtet und dies mit dem Hinweis auf die Napoleoniden bekräftigt. Ich verkenne nicht, daß diese Bemerkung eine recht löbliche Seite hat; denn er bringt es fertig, die eibückigen Napoleoniden mit

dem Hohenzollernhause zu vergleichen, das sich durch glänzende Pflanzzeit bewährt hat. Aber diese Sache hat auch eine rechte Seite, und gerade auf diese hat Herr v. Jellih es leider abgesehen. Wie jedes Mitglied dieses Hauses habe ich den Eid der Treue auf die Verfassung geschworen und bin gesonnen, ihn zu halten, so lange ich atme. (Weisfall links.) Aber auch der König von Preußen hat den Eid auf die Verfassung geleistet. Herr v. Jellih wirft mir also vor, daß ich meinen Eid vergessen hätte und an den Monarchen die ungeheuerliche Zumutung stellte: auch er sollte seinen Eid vergessen. Nachdem mir Frhr. v. Jellih diesen Vorwurf ohne einen Schatten von Berechtigung gemacht hat, fordere ich, daß er ihn klipp und klar ohne Umschweife heute zurücknimmt, wenn er auch nur eine Spur von Ehre im Leibe hat. (Lebhafte, langanhaltender Weisfall links.) Nach der notwendigen Abwehr dieses unerhörten persönlichen Angriffs nur wenige Bemerkungen auf seine sachlichen Ausführungen. Wenn Frhr. v. Jellih klipp und klar erklärt, die Reform des Landtagswahlrechts müsse aufgehoben werden, bis das Reichstagswahlrecht beseitigt sei, so heißt das: eine Reform bis zum Sommerlandtag zu verschieben. Eine unglücklichere Stunde für eine solche Erklärung konnte Frhr. v. Jellih wohl nicht finden. (Weisfall rechts.) Für die Erfolge der Sozialdemokratie in nächster Zeit wird man mit vollem Recht den Frhr. v. Jellih verantwortlich machen. (Sehr richtig! links.) Auf der einen Seite hört man das Wort „unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ — daß es authentisch ist, kann ich bezeugen, denn ich habe es bei Eröffnung des Stettiner Freischafens selbst gehört. — Wenn aber auf der anderen Seite verlangt wird, dem Volke zu geben, was des Volkes ist, dann heißt es: „Ja, Bauer, das ist etwas anderes!“ (Weisfall links.) Er freut mich, auszusprechen, daß nach meiner Uebersetzung gerade die Presse in ihrem entschiedenen Kampf und ihrem Eintreten für die Selbstverwaltung unter der Mitarbeiterschaft hervorragender Personen ein Maß von Entschiedenheit und Sachkunde entwickelt, die im Interesse unserer Schule und Selbstverwaltung gar nicht genug anerkannt werden können. (Lebhafte Weisfall links.) Freiherr von Rheinbaben hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich von dem Parlamentarismus den Monarchen apostrophiert hätte. Soll das denn etwa den Römern, die hier ein Mandat vom Volke haben, verfaßt sein? In jedem Deutschen lebt doch noch etwas von dem Geist, der in Zimmermanns „Mänchhausen“ zum Ausdruck kommt, wo es heißt: der Deutsche geht, er ist in Rot, sei, zu seinem König. Der preussische König ist doch kein Dalai-Lama. Wir dürfen uns durch den formalen Friesang des Ministers nicht betören lassen, sondern müssen hoffen, daß Preußens König nicht zu denen stehen wird, die im Widerspruch zu der Gerechtigkeit ein schweres Unrecht verkleiden. (Lebhafte Weisfall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich nehme dem Vorredner den Ausdruck: „formaler Friesang“ nicht übel, meine aber, daß Herr Proemel den Ton mehr verschärft hat, als nötig war. (Sehr wohl rechts.) Mit ihm erkenne ich an, daß gottlob in unserem Volke noch das Gefühl lebt, beim König Recht zu finden. Aber gerade deshalb wollen wir den Thron nicht hineinziehen in den Wahlrechtsstreit. Deshalb halte ich meine Auffassung in jedem Punkte aufrecht. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Abg. v. Arnim (L.): Das Sozialgesetz ist sehr zu meinem Bedauern aufgehoben. Daher erklärt sich die maßlose Agitation der Sozialdemokratie. Diese zeigt sich so recht in einem Artikel der „Leipz. Volksztg.“ über die Vorgänge von 1848. (Nebener verliest den Artikel.) Mir scheinen die Maßregeln für die Wahlreform, welche die Staatsregierung vorschlägt, sich in dem richtigen Rahmen zu halten.

Justizminister Dr. Weseler: Der Abg. Dr. Wiemer hat gestern eines Gnadenlases gedacht und hierbei angedeutet, daß dieser Erlaß noch mit der Amstättigkeit meines Amtsvorgängers in Verbindung stehe. Ich möchte darauf bemerken, daß die Verantwortung dafür lediglich von mir zu tragen ist.

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Auf die Wahlrechtsfrage bitte ich, mir ein Eingehen zu erlassen. Ich würde nur theoretische Ausführungen für meine Person machen können, die die Angelegenheit nicht fördern würden. Die Presse und die übrigen Parteien möchte ich aber bitten, nicht mit der Sozialdemokratie zu föttern, wie es leider geschieht; denn dadurch werden in erhöhtem Maße schlimme Bewegungen hervorgerufen. (Weisfall rechts.) Die aus den baltischen Provinzen zu uns kommenden Deutschen werden wir mit der größten Gastlichkeit aufnehmen. (Lebhafte Weisfall.)

Abg. Frhr. v. Jellih (fr. Bg.): Die Worte des Abg. Braemel konnten, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten, (Weiterkeit) nur bedeuten, daß mit Hilfe des Monarchen über die gesetzliche Landesvertretung hinweggegangen werden solle. Wenn Herr Braemel dies heute bestritt, so sagt er damit, daß seine früheren Ausführungen keinen Sinn hatten. (Weiterkeit rechts.) Danach bin ich selbstverständlich bereit, den gegen ihn erhobenen Vorwurf zurückzunehmen. (Weiterkeit rechts.) Sie (nach links) sind es gewiss, die die Sozialdemokratie groß gezogen haben. (Sehr richtig! rechts; Rufe links: Fürst Bismarck!) Lehren Sie mich nicht Fürst Bismarck kennen! (Sehr gut! rechts.) Solange man die Souveränität des Proletariats stabilisiert, kann sich die Linke über das Vorgehen der Sozialdemokratie nicht wundern. Das Mittel dazu ist die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. So sind Sie (nach links) mit dieser Forderung die Kofrukt der Sozialdemokratie. (Langanhaltender Weisfall rechts, Zwischen und Lärm links.)

Abg. Braemel (fr. Bg.): Frhr. v. Jellih hat wieder gezeigt, daß er das Interesse seiner Partei über das des Vaterlandes stellt. (Weisfall links) und mir unehrenhafte Motive untergeschoben. Diese Art vergifteter Beschuldigung gehört zu der Politik des Frhr. v. Jellih. (Lebhafte Weisfall links.) Solche Verleumdungen... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Krause: Solche Vorwürfe dürfen Sie nicht erheben. Das ist nicht zulässig. Abg. Braemel (fr. Bg.) fortfahrend: Es ist auch nicht zulässig, daß jemand eine andere Partei verleumdet. (Sehr richtig! links.) Ich will noch bemerken, daß ich mein Urteil über Frhr. v. Jellih nach seinen Beschuldigungen und Schmähungen... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Krause: Diese letzten Worte verstößen gegen die Ordnung des Hauses, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.) Abg. Braemel: Jedenfalls halte ich mein Urteil über den Frhr. v. Jellih aufrecht. (Weisfall links.) Abg. Graf Praschma (Z.) sucht an Beispielen aus Schlesien nachzuweisen, daß die Polenpolitik der Regierung verfehlt sei. Abg. Falkenstein (L.) fordert Gleichstellung der Gerichtsfunktionäre mit den Verwaltungsfunktionären, Besserstellung der Amtsanwälte und Lehrer. Abg. De Witt (Z.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole): In den polnischen Provinzen Preußens werden fortwährend Gesetz und Verfassung verkehrt. Aus einer Gesetzesverletzung ergibt sich eine andere. Das ist der Fluch der bösen Tat — wie Goethe sagt — (Weisfall bei den Polen; Rufe: Das ist ja von Schiller! — Große Heiterkeit.)

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Ich konnte mit derselben Wärme und ebenso mit Dichtermworten wie der Abgeordnete v. Dziembowski für den Anschluß an die polnische Sprache, so für den Anschluß an das deutsche Vaterland eintreten. (Lebhafte Weisfall rechts.) Damit schließt die Generaldebatte über den Etat. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Frhr. v. Jellih (fr.), Braemel (fr. Bg.) und von Dziembowski (Pole) wird der Etat der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die erste Lesung des Gesetzes betr. die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten. Der Entwurf bezweckt eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 50 Prozent für die Unterbeamten, die einen Mehraufwand von 8 234 013 Mark erfordert. Nach einer Befürwortung der Vorlage durch die Abgg. Funke (fr. Bg.), Friisch (natl.), v. Seyling (L.) und Frhr. v. Jellih (fr.) geht die Vorlage an die Budgetkommission.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Ausführung des westfälischen Auerbengegesetzes vom 2. Juli 1898 in den ersten fünf Jahren. Abg. Veltmann (fr. Bg.) stellt fest, daß der Erfolg des Gesetzes ein glücklicher sei; man solle deshalb fernerhin von solchen Zwangsmahregeln in anderen Provinzen Abstand nehmen. Auf eine Anfrage des Abg. Meyer-Diepholz (natl.) erklärt Justizminister Dr. Weseler, daß eine Neubearbeitung des hannoverschen Höferechts vorbereitet werde. Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Montag, den 22. Januar, 11 Uhr. (Interpellation wegen Ueberwachung katholischer Geistlicher, Novelle zum Anapptatgesetz.) Schluß 3 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich gestern zunächst mit einer Gehalts- (Repräsentations-) Zulage im Betrage von 14 000 M. für den Reichsschatzsekretär. Der preussische Landtag hat den preussischen Ministern die gleiche Summe bewilligt. Die Staatssekretäre sollen nun auch diese Zulage erhalten. Graf Posadowsky begründete die Forderung mit dem Hinweis, daß die Gehälter der Staatssekretäre im Vergleich zu ihren Stellungen sehr bescheidene seien, und weit hinter den Bezügen z. B. der französischen Minister zurückstehen. Eine Privatvermögen komme ein Staatssekretär kaum durch. Vom Zentrum wurde beantragt, die Bewilligung der Zulage bis nach Erledigung der Steuerentwürfe zurückzustellen, man müsse doch erst wissen, wie die Finanzierung des Etats vor sich gehen werde. Im Verlaufe der Debatte wurde darauf hingewiesen, durch das gleichzeitige Zagen der Budget- und Steuerkommission seien Kollisionen unvermeidlich. Die Budgetkommission wisse ja gar nicht, ob und in welchem Umfange neue Steuern bewilligt werden, sie also Mehrforderungen im Etat gewissermaßen auf gut Glück bewilligen müsse. Der Zentrumsantrag wurde mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt; die beiden freistimmigen Mitglieder, Müller-Sagan und Eichhoff, stimmten gegen einander. Bei der nun folgenden Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern belämpfte Abg. Sudekum, daß aus Reichsmitteln Aufwendungen für Institute, wie den Verband der Spiritusfabrikanten, zu Versuch- und Ausstellungs-zwecken gemacht werden. Ein Antrag des Abg. Erzberger, der Reichsschatzler möge in eine Prüfung eintreten, inwieweit sich eine Verminderung bzw. Vereinfachung der statistischen Arbeiten ermöglichen lasse, wird von den Abgg. Schäpflin und Ledebour, teilweise auch vom Grafen Posadowsky belämpft; von ersteren deshalb, weil die Annahme des Antrages sehr leicht, sogar wahrscheinlich zu einer Einschränkung der sozialpolitischen Statistik führen könne. Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen, freistimmigen und antisemitischen Stimmen angenommen. — Die Forderung von 200 000 M. für den Ausbau der Hohkönigsburg im Elsaß führte zu einer recht interessanten Debatte. Abg. Sudekum belämpfte die Forderung, die nur bezwecke, die bisher noch verschonten Parteien an der Ruine Hohkönigsburg auch noch zu verhandeln und eine alte interessante Ruine einer Laune zuliebe verschwinden zu lassen. Für den Grafen Posadowsky, der sich für den Bau sehr ins Zeug legte, ist die angebaute Hohkönigsburg ein wertvolles nationales Element, gewissermaßen der äußere Stempel, den das Deutsche Reich auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen drücke. Im Interesse der Wiedergewinnung der Reichslande werde die angebaute Burg von großem Vorteil sein. Dieser Auffassung trat Abg. Ledebour entgegen. Gewährung voller politischer Rechte und Freiheiten an die Elsaß-Lothringer sei das einzige Mittel, sie zu gewinnen, nicht aber die Burg; ebensowenig wie jemand behaupten könne, der Patriotismus der Berliner Bevölkerung werde durch die „Halbstragen-Architektur“ bei den Denkmalsbauten gefördert. Abg. Prinz v. Arenberg rügte es scharf, daß trotz der früheren bündigen Zusicherung der Regierung, der Bau dieser Burg erfordere nur 1,4 Millionen Mark, jetzt 850 000 M. mehr gefordert werden. Ueber die neue Forderung hinaus werde das Zentrum auf keinen Fall gehen. Mit dem Bau des Kaiserjohannes verbiere in Strohsburg sei an dieser Stadt eine Realinjurie verübt worden; man habe damit den Auswurf des deutschen Architekturgewerbes nach Straburg geübt. In der weiteren Verteidigung der Hohkönigsburg ließ Graf Posadowsky die Bemerkung fallen: Den Versuch, die Architektur des Straburger Schlosses zu verteidigen, unternehme er nicht. — Mittwoch Fortsetzung der Beratung.

Die Finanzreform-Kommission hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Der Vorsitzende Häfing machte den Vorschlag, wöchentlich vier Sitzungen stattfinden zu lassen und zwar vom Dienstag bis Freitag, wogegen kein Widerspruch erfolgte. Ferner wurden folgende Vorschläge des Vorsitzenden über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen ohne jede Debatte akzeptiert. Es werden zwei Lesungen vorgelesen in folgender Reihenfolge: a) Festsetzung des durch neue Steuern aufzubringenden Betrages; b) Beratung der Regierungsvorlagen; c) Beratung der eventuell in der Kommission gemachten Vorschläge; d) das Wandelgesetz. Für die Regierungsberatung soll je ein Referent und ein Korreferent für die Kommissionsberatung bestimmt werden. Diese zu ernennen bleibt den Fraktionen überlassen.

Die Reihenfolge der Regierungsvorlagen und die zur Ernennung der Referenten vorgelegenen Fraktionen ist die folgende: 1. Hauptgesetz: Referent Zentrum, Korreferent Freisinn. 2. Draufsteuer: Referent Konservativ, Korreferent Zentrum. 3. Tabak- und Zigarettensteuer: Referent Nationalliberal, Korreferent Sozialdemokratie. 4. Frachtbriefsteuer: Referent Sozialdemokratie, Korreferent Wirtschaftliche Vereinigung. 5. Fahrkartensteuer: Referent Nationalliberal, Korreferent Freisinn. 6. Frachtfahrzeugsteuer: Referent Konservativ, Korreferent Nationalliberal. 7. Luittungs- re. Steuer: Referent Wirtschaftliche Vereinigung, Korreferent Sozialdemokratie. 8. Erbschaftsteuer: Referent Zentrum, Korreferent Konservativ.

Zum Referent für das Hauptgesetz für das Plenum wurde Müller-Julda bestimmt, unter Vorbehalt weiterer Beschlußfassung über die Spezialberichterstattung. Nach Erledigung dieser Geschäftsordnung bemüht sich der Reichsschatzsekretär v. Stengel und sein Unterstaatssekretär Tzwele, in sehr langen, reich mit Zahlen besetzten Reden den Nachweis zu führen, daß die geforderten neuen Steuern das allgeringste sind, was die Regierung fordern müsse, und daß die bei der Generaldebatte geäußerte Befürchtung, es könne mehr herauspringen, als wie die Regierung in ihren Voranschlägen berechnet habe, durchaus nicht am Platze sei. Denn wenn dies wirklich der Fall sein sollte, daß einige Millionen mehr einkommen sollten, so werde man dafür schon Verwendung finden, und wenn sonst zu nichts, so doch zur Säubertigung. Der langen Reden kurzer Sinn war nur der: Die Säublen sind da und werden weiter riesig anwachsen, wenn nicht für die gleichfalls fortwährend sich steigenden neuen Ausgaben neue Steuern bewilligt werden.

Da sich der Reichsschatzsekretär wie auch sein Unterstaatssekretär auf Anfrage bereit erklärten, ihre Mehrbedarfsnachweise drucken zu lassen und der Kommission als Material zur Verfügung stellen zu wollen unter der Bedingung, das als Anlagen beizugebende Zahlenmaterial direkt zu behandeln, beschloß die Kommission unter Verantwortlichkeit auf die Zahlentabellen, die Verteilung des sonstigen schriftlichen Materials aus dem Reichsschatzamt abzuwarten und nach Eingang desselben erst wieder zusammenzutreten. Für besseren Schutz der Bauarbeiter tritt eine dem Reichstage zugegangene Petition des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands ein. Die Petition fordert,



daß die Regelung des Bauarbeiterlohnes unter allen Umständen für das ganze Reich einheitlich erfolgen soll, da das jetzige System der lokalen Baupolizeiverordnungen unhaltbar sei. Die Regelung sei eine dringend notwendige, da die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Personen sich zurzeit auf weit über 1 1/2 Millionen beläuft, die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Todesfälle im Baugewerbe betrage aber mehr als ein Fünftel aller im gewerblichen Leben überhaupt durch Unfall herbeigeführten Todesfälle.

Um eine einheitliche Regelung des Bauarbeiterlohnes, sei es durch Reichsgesetz oder durch eine Bundesratsverordnung, herbeizuführen, fordert die Petition:

1. eine Verschärfung und Erweiterung der Unfallverhütungsvorschriften und der sanitären und sittlichen Anforderungen für Bauten und Baupläge;
2. die Ueberwachung der Baubetriebe und Baupläge ist den Gewerbeinspektoren zu übertragen und sind für diese Ueberwachung Bauarbeiter in geeigneter Weise mit heranzuziehen;
3. die Beschäftigung von weiblichen Personen auf Bauten und Bauplägen ist zu untersagen;
4. in den Lehrplänen der Baugewerkschulen und der gewerblichen Fortbildungsschulen ist der Bauarbeiterlohn als Unterrichtsgegenstand aufzunehmen; jedenfalls aber sind Vorträge über denselben zu halten.

## Aus der Partei.

### Die Scharfmacher im Kampfe fürs Dreiklassen-Unrecht!

Der 21. Januar hat es auch den deutschen Scharfmacherverbänden angetan. Wo die Militärverwaltung und die Polizeibehörden sich in schneidigem Kampfe gegen die Arbeiterschaft mit „Muhm“ bedecken wollen, da darf auch das industrielle Scharfmachertum nicht fehlen. In welcher Geistesverfassung sich die Herren vom Schlot und Geldsack gegenwärtig befinden, davon legt folgender Ukas des Zweck-Konjunktiums ein gerabeguz klassisches Zeugnis ab. Er lautet:

#### Verein deutscher Arbeitgeberverbände.

**J.-Nr. 20.** Berlin, den 12. Januar 1906.  
An unsere Verbände und Einzelmitglieder!  
Das internationale Bureau der sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, welcher die angeschlossenen Parteien aller Länder auffordert, den Sonntag, den 21. Januar cr., oder Montag, den 22. Januar cr., durch Versammlungen und Straßendemonstrationen zu feiern.  
Wenn auch anzunehmen ist, daß die deutschen Arbeiter ihre Versammlungen usw. am Sonntag, den 21. Januar cr., abhalten werden, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, daß Gruppen von Arbeitern in einzelnen Bezirken auch am 22. Januar cr. nicht zur Arbeit erscheinen.  
Für diesen Fall bitten wir, diejenigen Arbeiter, welche am 22. Januar von der Arbeit fernbleiben sollten, wie die Teilnehmer an der Meißner als streikende Arbeiter zu betrachten.  
Demgemäß bitten wir Sie, Ihren Mitgliedern hieron Mitteilung zu machen bezw. selbst davon Kenntnis zu nehmen, damit ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.  
Hochachtungsvoll  
Verein deutscher Arbeitgeberverbände.

Haben die Deutschen eine Ahnung! Als ob die organisierte Arbeiterschaft sich auch nur eine Sekunde um solchen Nischscheren würde, wenn sie wirklich beabsichtigte, „auch am 22. Januar nicht zur Arbeit zu erscheinen!“ Soviel sollten die Herren von den Arbeitgeberverbänden doch schon allein aus dem bisherigen Verlaufe der Meißner gelernt haben, daß, wo die Arbeiter wirklich den Willen zu feiern hatten, sie sich auch durch alle Aussperndrohungen des Unternehmens nicht davon abhalten ließen. Wenn aber die Meißnermaßregeln der Arbeitgeberorganisationen immer noch als ein Ausfluß des industriellen Herren-dünkels und eines prologischen Nachbewußtseins erschienen, so präsentiert sich dieser Januar-Ukas dagegen als ein überaus klägliches Angstprodukt. Schlotternde Angst vor dem was kommen könnte, spricht aus jeder Zeile, wenn auch nach außen hin ein gewisser Anschein der Schneidigkeit erweckt werden soll. Jedoch die Herren mögen sich beruhigen: Die Arbeiter lassen sich weder durch Schneidigkeit noch durch Angst in ihren Maßnahmen beeinflussen. Sie bemitleiden höchstens jene Leute, die aus banger Sorge um ihren Geldsack ebenso überlässig wie wirkungslose Anweisungen an ihre gleichartigen ergehen lassen. Ihre staatsbürgerlichen Rechte allerdings werden sie sich nicht schmälern lassen — am allerwenigsten durch Aussperndrohungen.

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das letzte Opfer des Russenprozesses wird am 16. Januar den Akten verlassen. Es handelt sich um den Genossen Mertins-Lissit, der seine dreimonatige Gefängnisstrafe verbüßt hat. Die Genossen in Lissit werden dem „Sträfling“ einen würdigen Empfang bereiten.

Die neueste Sozialistenheute treibt, wie uns aus Mecklenburg geschrieben wird, ihre Besten auch schon nach dort hin. So erschien am Sonnabendmorgen der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Schwerin in der Wohnung des dortigen Kreisvertrauensmannes der sozialdemokratischen Partei, um in Begleitung mehrerer Polizisten Nachforschungen nach dem Inhalt dreier Stuttharter Pakete anzustellen, die unserem Genossen am 7. d. M. von der Reichspost ausgeliefert seien. Flugblätter gegen das mecklenburgische Junkerparlament wurden nirgends gefunden, statt dessen begnügte sich der Erste Staatsanwalt mit der Beschlagnahme von 96 Exemplaren des letzten „Wahren Jakob“, 13 des „Süddeutschen Postillon“, 2 Hefen von „Freien Stunden“ und einem Heft „Hohenzollern-Legende“.

## Aus Industrie und Handel.

### Ministerielle Unstimmigkeiten.

Die Regierungsvertreter argumentieren und — belehren in staatsretterischer Weisheit oft so, daß die Regierung mit Bezug auf sie sagen kann: Rette mich vor meinen Freunden. . . . Preussens Finanzminister hat die für ihn ebensowenig ehrenvolle, als für das Volk angenehme Aufgabe übernommen, des Reiches Finanznöte durch Eingriff in die Taschen der Armen zu mildern. Der arme Teufel, der bei einer Pseife Kanaster Dualität 6, bei einem Glase Bier künftigen Freunden, ausschweifender Verschwendung frönt, soll mehr Steuern auf des Vaterlandes Altar opfern, und für jede Lutzsahrt auf der Eisenbahn, Abteil 4. Güte in Dunst und Qualm und Stank und Dred, soll der vergnügungssüchtige Proletarier und die verschwenderrische Proletarierin Steuerbühse leisten. Ist Herr Stengel, der in seines Meisters Namen sprach, ein Vöte der heiligen Remeis, die das Volk für Sünde und Schande züchtigt und es auf den Weg der Tugend und Enthaltbarkeit zurückführt? Bewahre! Diese Räcker zehren von der „Sünde“, sie spekulieren darauf, daß die „Ausschwüfung“ sich mehren, daß sie wachsen, blühen und gedeihen. Herr Stengel rechnet aus, daß, wenn die böse „Vergnügungssucht“, die „Verschwendung“ und die „Schlemmerei“ des Volkes, alles das, was er mit Wuse belegt, sich nicht steigere, des Staates Bestand und Herrlichkeit gefährdet sei. — „Dat is en Stück“,

würde Dnsel Bräsig sagen, aber das Stück wird noch besser. Exekutor Stengel erwartet gesteigerte Ausgaben für Bier, Tabak und — Luxusfahrten, der Chefkollege von der anderen Fakultät rät aber zur Sparsamkeit, da die verstorbenen neuen Handelsverträge nicht nur die Fleisch- und Brotationen zusammenschumpfen lassen, sondern auch die Einnahmen schmälern, weil Handel und Wandel ins Stoden gerät. Und während der hoffnungsvolle Stengel lachender Himmelsbläue sich erkent, deutet sein Kollega mit vielsprechender Gesie zu verdunkelnden Wolken hinauf. „Dat is noch en Stück!“ — Mit ehrsüchtvollem Schweigen horchten des Volkes Vöten auf die prophetischen Worte des Herrn Rheinbaben, als er durch seines Geistes leuchtendes Blitzen die Situation erkellend, die „Gläubigen“ erkennen ließ, daß man unter böser Leitung die Konjunktur verlemend, die Industriewerte viel zu hoch einschätzt. Der Respekt der kommandierenden Generale im Reiche der Großindustrie war bisher schon nicht sonderlich groß, den Herren Rirdorf, Thysen, Stinnes, Haniel, Lueg und Genossen kann ein simpler Minister sonst was. . . . Die neue Leistung Rheinbabens dürfte solche Wertschätzung noch erhöht haben, denn es war der Herren Wöller und — Rheinbaben gloriose „Gibernia“-Aktion, welche die Ueberjähung der Industriewerte herborrief. Es gibt immer noch eine Menge Leute, die jedes ministerielle Vallen als einen von Göttern eingehauchten Drakelspruch bewerten. Je verständnisloser das Vallen, desto nachtvoller war jedenfalls die göttliche Inspiration. Und als des langen Möllers Verben um die schöne „Gibernia“ bekannt wurde, da stürzten die Liebhaber von allen Seiten heran. Jede höhere Einschätzung der „Gibernia“ durch den feurigen Liebhaber rief gesteigerte Liebeswut auf der ganzen Linie der Dividendenbuhler hervor.

So schnellsten unter der Patenschaft Rheinbabens die Kurse der Industriepapiere in die Höhe wie noch nie. Mit großem Mißbehagen erkannte ministerieller Scharsbild die den Konsum schädigende, die ganze Volkswirtschaft bedrohende, verderbliche Ueberjähung der Konjunktur, die Blindheit gegenüber des sicher einsehenden Rückschlages. Schleunigst schloß der Minister der öffentlichen Arbeiten mit den industriellen Verbänden Lieferungsverträge auf Grundlage von Hochkonjunkturpreisen ab und blitschnell hinterher folgte die ministerielle Prophezeiung von Wirtschaftswetter, er kündete damit sinkenden Preis an. Dat war erst recht en Stück. — Aus der Ferne schaut der lange Wöller nun den Extratouren seiner ehemaligen Kollegen zu. Er darf vergnügt sein, wenn sich das Gerücht bewahrheitet, nach welchem er bei seinem Salto aus dem Ministerfessel sauft und weich auf einem Divan im Direktorium oder im Aufsichtsrate der Firma Krupp landete.

Eine Verstaatlichung. Wenn der Staat als Käufer auftritt, dann gibt's jedesmal gute Deute. So auch bei der jetzt unternommenen Aktion zur Verstaatlichung der Kalkgewerkschaft „Hercynia“. Nach dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Kaufgebot bietet der Staat einen Kaufpreis von 80 Millionen Mark in bar, zahlbar am 30. Juni 1906. Im Januar stand der Kurs der Aktie noch auf 22500, er schnellte mit Aufstauen der Verstaatlichungsgerichte bis auf 28000 am Montag an, so daß den letzten Besitzern noch ein Plus von 2000 M. in den Schoß fällt. Die Aktie sind aber fast alle in festen Händen, die Inhaber schulden einen guten Happen. Uebrigens verbleibt den Gewerkschaft auch noch die Ausbeute bis 1. Juli d. J., ebenso verbleibt ihnen eine Summe von 600000 M. Rücklagen, also nochmals 600 M. pro Akt. Für 1904 betrug der Anteil der Gewerkschaft am Absatz des Kalksindulats rund 240000 Doppelzentner. Per 1905 wurde pro Akt eine Ausbeute von 1800 M. erzielt, seit 1896 wurde für jeden Akt eine Gesamtausbeute von 15750 M. gezahlt. „Hercynia“ ist das einzige Kalkunternehmen, welches zwei Schächte besitzt. Wie behauptet wird, sei einer der leitenden Bedanten bei der Verstaatlichung der gewesen, den Zusammenbruch des Kalksindulats, dessen Bestand wegen starker Differenzen aus Anlaß der Bereisungsanprüche immer in Gefahr schwebte, zu verhindern. Man wird nicht sagen können, daß der Staat ein schlechter Zahler ist, wenn er mit Kapitalisten zu tun hat, wölte er nur seinen Arbeitern gegenüber etwas Kobleffe zeigen.

Rückgang des Ziegelsteinabfahes. Trotz der im allgemeinen guten Baukonjunktur im vorstehenden Jahre ist der Absatz des rheinisch-westfälischen Ziegelsteins auf rund 340 Millionen Steine, gegen rund 424 Millionen im Jahre 1904, zurückgegangen. Für den Ausfall können sich die Ziegelsteinfabrikanten bei den ansperndrohungen der Unternehmer, welche durch ihr Herr im Haus-Spielen das Baugeschäft auf lange Wochen brach legten, bedanken.

Spielwarenexport im Jahre 1905. Die Spielwarenindustrie ist eines der wenigen Gewerbe, dessen Ausblick auf das neue Geschäftsjahr durch die Veränderung der politischen Beziehungen zum Auslande gar nicht oder doch nur recht wenig beeinflusst wird. Diese Tatsache wird uns so angenehm empfunden, als der Auslandsabsatz der deutschen Spielzeugindustrie sich von Jahr zu Jahr ein größeres Feld erobert. In dem befriedigenden Geschäftsverlauf im Jahre 1905 hat denn auch die Exportfähigkeit viel beigetragen. Vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika erfreuten sich deutsche Spielsachen während der letzten Jahre einer stark wachsenden Beliebtheit, die hauptsächlich der Sommerberger Industrie zugute kommt. Der Gesamtexport Deutschlands betrug in den ersten elf Monaten der

Jahre	Doppelzentner	1000 Mark
1903	322 219	52 577
1904	338 386	59 143
1905	363 531	62 275

Die Wertsteigerung gegenüber 1903 beträgt fast 20 Proz. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika wurden 1905 zirka 27000 Doppelzentner oder annähernd 30 Proz. Spielzeug mehr ausgeführt als 1903. Nächst Amerika ist Belgien neuerdings ein wichtiger Abnehmer für Erzeugnisse der deutschen Spielwarenindustrie; im Jahre 1905 wurden über 40 Proz. Spielwaren mehr nach Belgien ausgeführt als im vorhergegangenen Jahre. Die Bedeutung Frankreichs für die deutschen Spielzeugexporteure hat dagegen nachgelassen.

Folge der Wirren in Rußland. Die österreichischen Händlungs-fabriken sind in Bedrängnis geraten, weil der Eingang des zu ihrer Fabrikation notwendigen russischen Eichenholzes fast vollständig ins Stoden geraten ist. Die Produktion ist stark eingeschränkt worden; der Preis erfuhr Heraussetzung um 5 Kronen pro 100 Kub.

Die Portland-Zementfabrik in Duppeln kann für 1905 bei 260000 Mark Abschreibungen 14 Proz. Dividende verteilen gegen 10 1/2 Proz. im Vorjahre bei 225000 Mark Abschreibungen.

Submissionsblume. Aus fast allen Branchen der Eisenindustrie wird über Häufung der Aufträge berichtet. Eigenartig illustriert werden solche Stimmungsbilder durch folgende Nachricht: Das städtische Wasserwerk in Dortmund hat die sofortige Lieferung und Aufstellung einer zirka 800 PS Wasserhebevorrichtung ausgeschrieben. Zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung stellte sich hierbei eine Preisdifferenz von 130800 M. heraus, indem die Firma Haniel u. Lueg in Düsseldorf ein Submissionsgebot von 265400 M. abgab, während die Gutehoffnungshütte in Oberhausen ihre Forderung auf 134600 M. gestellt hatte. Die Gutehoffnungshütte würde demnach für den von Haniel u. Lueg geforderten Preis zwei Maschinen liefern.

100000 Tonnen Kohle hat das rheinisch-westfälische Verbands-fundikat angeblich in England bestellt, um die eingegangenen Verpflichtungen auf dem Auslandsmarkt erfüllen zu können.

Konzentration in der hannoverschen Erdölindustrie. Wie verlautet, steht die Bildung einer großen Aktiengesellschaft bevor. Die kleinen Unternehmer sollen alle fusioniert werden. Die hannoverschen Westfälischen Erdölwerke sind zu einem Preise von 4880000 M. in den Besitz der Internationalen Bohrgesellschaft übergegangen.

## Soziales.

Ausländische Arbeiter. Die Landwirtschaftskammern machen sich in der Beschaffung ausländischer Arbeiter unter einander lebhaft Konkurrenz. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat Filialen ihres Arbeitsnachweises zur Beschaffung von galizischen, ruthenischen, slowakischen, russischen und süngarischen Arbeitern in Mysłowiz, Neuberun und in Annaberg, Kreis Ratibor (Preussisch-Oderberg) errichtet. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien erklärt, daß sie „im Interesse der schlesischen Landwirte“ nicht rauen könne, diese Vermittlungsgestalten in Anspruch zu nehmen.

Sie wört nicht im Interesse der heimischen Arbeiter und der heimischen Arbeit. Vielmehr begründet sie ihren guten Rat damit, daß sie zu Bedingungen, die für die Arbeiter noch ungünstiger sind, jede Quantität Ausländer liefern könne. Sie offeriert Galizier, Ruthenen und Slowaken: Männer für einen Monats-lohn von 20, während der Ernte sechs Wochen lang 22 Mark, Frauen, Mädchen und Burtschen werden um 3 M. billiger berechnet. Tagelohn 80 Pfennig pro Februar/März, 90 Pf. für April/Mai, 1 M. für Juni/September, 90 Pf. für Oktober/Februar und 1,10 M. für vier Wochen Ernte. Frauen, Mädchen und Burtschen offeriert sie um 15 bis 20 Pf. billiger. An Naturalien soll ferner den galizischen, ruthenischen und süngarischen Arbeitern pro Person und Woche gewährt werden: der Mann 10 Pfund Brot, der Burtsche oder „das Weib“ 8 Pfund Brot, anßerdem je 1 Pfund Reis, 1 Pfund Erbsen, 50 Pfennige Fleischgeld, 1 Pfund Schweinefett, 25 Pfund Kartoffeln, 3/4 Liter Magermilch (1/2 Liter täglich), 1/2 Pfund Salz, 1/2 Pfund Wehl zum Einbreuen. Ferner ist freie Wohnung — wie diese beschaffen sein soll, wird nicht vorgezeichnet — mit nach Geschlechtern getrennten Schlafzimmern, freie Feuerung und für jede Person eine Strohmattre und eine Saladecke verlangt. Die Arbeitszeit soll von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends einschließlich der ortsüblichen Pausen betragen. Ueberstunden sollen an Männer mit 15, an Mädchen, Frauen und Burtschen mit 10 Pfennigen bezahlt werden.

Die Bedingungen, unter denen Russen von der schlesischen Kammer ausbezahlt werden, enthalten unter den Naturalienforderungen nur 25 Pfund Kartoffeln und 3/4 Liter Magermilch. An Tagelohn beanspruchen die Russen, die übrigens Allorlohn vorgehen sollen: Männer mindestens 1,50 M., starke Burtschen mindestens 1,20 M., Frauen, Mädchen und schwächere Burtschen mindestens 1,00 M., Vorkarbeiter bezw. Aufseher größerer Kolonnen 20 bis 50 Pf. täglich mehr als der Männerlohn beträgt. Während der Ernte (4—6 Wochen) erhöht sich der Lohn der „starken Burtschen“ um je 40, der übrigen Arbeiter um 50 Pf.

Zu noch billigeren Bedingungen werden süngarische deutschsprechende Arbeiter ausbezahlt. In dem Angebot heißt es: „Bestellt werden Männer, Frauen und Mädchen zu gleichen Prozenten, Burtschen sind wenig oder gar nicht zu haben. An Tagelohn beanspruchen: Männer: vom 1. Februar bis 1. Juni mindestens 1,00 M., vom 1. Juni bis 1. Oktober mindestens 1,10 M., vom 1. Oktober bis 1. Februar mindestens 0,90 M., während der Ernte 4—6 Wochen mindestens 1,50 M. Frauen, Mädchen und Burtschen: vom 1. Februar bis 1. Juni mindestens 0,70 M., vom 1. Juni bis 1. Oktober mindestens 0,80 M., vom 1. Oktober bis 1. Februar mindestens 0,60 M., während der Ernte 4—6 Wochen mindestens 1,20 M. Für Ueberstunden: Männer 15 Pf., Frauen, Mädchen und Burtschen 10 Pf. — Naturalien pro Person und Woche: 3/4 Liter Magermilch, 20 Pf. Kartoffeln, 8 Pf. Brot, 1/2 Pf. Wehl, 1 Pf. Erbsen, 1 Pf. Reis, 1 Pf. Fleisch oder 60 Pf., 1 Pf. Schmalz oder 50 Pf. und 1/2 Pf. Salz. Vorkarbeiter werden auch gestellt, die Tagelöhne derselben sind etwas höher als die der Männer.“

Die Reisekosten, heißt es weiter in dem Angebot von Menschenware, von der Heimat bis zur preussischen Grenze tragen die Arbeiter selbst, sind einzelne dazu außerlande, so werden diese von uns veranlagt und den Arbeitgebern in Rechnung gestellt, welche sie wiederum den Arbeitern bei der letzten Lohnzahlung in Abzug bringen. Zur Sicherstellung der dem Arbeitgeber aus der Beschaffung der Arbeiter entstandenen Kosten ist derselbe berechtigt, bei der Lohnzahlung während der ersten acht Wochen wöchentlich 3 M., zusammen 24 M. als Kaution einzubehalten, die erst beim ordnungsmäßigen Abgange der Arbeiter ausbezahlt sind. Bei Monatslöhnen wird der Lohn der ersten drei Monate zur Hälfte einbehalten.“ Sowohl der Abzug der Reisekosten vom Lohn wie die Einbehaltung von Lohn widersprechen dem Reichsgesetz (§ 304 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Was verschlägt das der Landwirtschaftskammer?

Daß bei den jämmerlichen Löhnen, dem Gefühl der Rechtlosigkeit, den Ausnahmegerichten gegen die ausländischen Arbeiter, den miserablen gesundheitsgefährdenden Veranlagungen und der nicht zum Weiben einladenden Behandlung viele Ausländer die Arbeitsstätten so bald wie möglich verlassen werden, sieht das halbamtliche Organ für Arbeitsvermittlung wohl voraus. Es erklärt sich deshalb zur „einmaligen Ergriffung frei Grenze für alle innerhalb 3 Wochen nach dem Arbeitsantritt kontraktmäßig werdenden Leute bereit, wenn der Arbeitgeber den Kontraktbruch innerhalb 3 Tagen anzeigt, die Ausweis-papiere der Leute einsetzt und nachweist, daß er seinen kontraktlichen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nachgekommen ist.“

Die Russen, Galizier und Slowaken sind durchweg römisch-katholisch, die Süngarun meistens evangelisch und deutsch sprechend, die Ruthenen griechisch-katholisch, polnisch und ruthenisch sprechend. Damit diese Leute nicht zu viel Feiertage beanspruchen, gibt der Arbeitsnachweis der schlesischen Arbeitskammer ausdrücklich bekannt: „Außer an Sonn- und Feiertagen haben die römisch- und griechisch-katholischen Arbeiter das Recht, nur an folgenden römisch-katholischen Festtagen zu feiern: 14. Juni (Trinitatisfest), 29. Juni (Peter und Paul), 15. August (Maria Himmelfahrt), 8. September (Maria Geburt), 29. September (Michaelis), 1. November (Allerheiligen).“

Zu bedauern sind die armen ausländischen Arbeiter, die nach Deutschland verlockt werden, um den deutschen Arbeitern in den Rücken zu fallen, und die sehr bald sich weit fort von Ostelbien sehnen werden. Samadovol ist die Möglichkeit, daß Landwirtschaftskammern in amtlichen und nichtamtlichen Blättern und durch Zuschriften menschliche Arbeitskraft zu solchen Bedingungen anbieten können.

## Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen in der Waisenspflege. Wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt sein dürfte, sind in Berlin in der Waisenspflege so wohl wie in der Armenpflege Frauen im Ehrenamt tätig. Bis in den letzten Jahren war das Mißtrauen gegen die Mitarbeit der Frauen auf diesen Gebieten ziemlich allgemein. Unsere Spitzbürger in den Waisen- und Armenkommissionen führten alle möglichen und unmöglichen Gründe gegen die Tätigkeit der Frauen ins Feld. Dem Drängen der Frauen gelang es aber doch, den Widerstand zu durchbrechen. Es sind Frauen jetzt auch auf diesen Gebieten tätig und zwar mit bestem Erfolge, wie auch die Armenvorsitzer, die ursprünglich unsere Gegner waren, antlich antworten mußten. Auf eine Rundfrage der Armenkommission an die Vorsitzenden, wie sich die Mitarbeit der Pflegerinnen bewährt habe, lauteten die betreffenden Antworten durchweg zu unseren Gunsten, ja zum Teil wurde sogar zugestanden, daß die Frauenarbeit in vielen



Fällen befruchtend auf die Gesamtarbeit der Kommissionen gewirkt hat. Es wird dadurch nur bestätigt, was für uns ganz selbstverständlich ist: Die Veranlagung der Frau, ihr feineres, wärmeres Empfinden, ihr weiches Gemüt und nicht zum geringsten ihr klareres Bild und praktischer Sinn bei Dingen, die die Hauslichkeit und die täglichen Sorgen betreffen, machen sie für Hilfeleistungen geeigneter wie den Mann. Während nun für ganz Berlin bisher nur circa 80 Armenpflegerinnen in rund 300 Armenkommissionen tätig sind, haben wir in den circa 240 Waisenkommissionen schon circa 500 Waisenspflegerinnen. Wir erleben hieraus, daß den Frauen die Kommittees in den Waisenkommissionen viel leichter zugänglich sind als in den Armenkommissionen. Das läßt sich wohl zum größten Teil daraus erklären, daß die Armenpflegerinnen ein viel ausgedehnteres Tätigkeitsfeld haben als die Waisenspflegerinnen. Sie bekommen wie ihre männlichen Kollegen neben den üblichen

Recherchen auch bestimmte Pflegerlinge zugewiesen, in deren Angelegenheiten sie alles zu erledigen haben. Die Waisenspflegerin hingegen kann zu keiner Selbständigkeit kommen. Sie hat nur Recherchen für den Waisenrat zu machen, ferner erhält sie günstigsten Falles einige Kinder in den ersten Lebensjahren zur Beobachtung überwiesen. Das heißt, diesen Kindern kann sie auch keine rechte Helferin sein; denn Hilfsquellen stehen ihr über gute Ratschläge hinaus direkt nicht zur Verfügung. Will sie ein Kind dem Waisenhaus zuführen oder ihm unentgeltlich Milch verschaffen, so muß immer erst ein Antrag beim Armenvorsteher gestellt werden. Die Waisengelder zahlt der Herr „Waisenrat“ mit Vorliebe selbst aus. Es bleibt so der Frau nur die Tätigkeit eines besseren Kaufbroschen für den Waisenrat übrig. Darum stellt man auch Waisenspflegerinnen so leicht ein. Um nun den Einfluß der Frauen in der Waisenspflege zu vergrößern, haben die Waisens-

pflegerinnen in einer Versammlung, die am 12. Januar stattfand, nach einem Referat des Hrn. v. Welckhoff beschloffen, sich zu einer freien Vereinigung zusammenzutun. Es ist zu erwarten, daß durch diesen Zusammenschluß es den Waisenspflegerinnen bald möglich sein wird, ihre Tätigkeit in den Kommissionen zum Besten der ihrer Obhut anvertrauten Pflegerlinge erprießlicher zu gestalten. Bemerkenswert ist hierzu noch, daß die Waisenspflegerinnen anderer Städte wie München und Charlottenburg sich schon längst organisiert haben. Die Berlinerinnen folgen hier einem guten Beispiel. K. W.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag von Eduard Bernstein über das Thema: „Materialistische Geschichtsauffassung und das moderne Geschlechtsleben.“ Gäste willkommen.

# Neuestes Unternehmen der Gegenwart!

**Eröffnung**  
Mittwochnachmittag 3 Uhr  
Fensterbesichtigung  
sehenswert!

**Internationales  
Kommissions- u. Lagerhaus  
Rosenthalerstr. 9  
(Eckhaus)**

**Eröffnung**  
Heute nachmittag 3 Uhr.  
Enorme Billigkeit!

Durch unser einzig dastehendes System sind wir in die Lage versetzt, noch nie Dagewesenes zu bieten. Wir haben von den größten und leistungsfähigsten deutschen, französischen und japanischen Grossisten und Fabrikanten Waren in Kommission zu den denkbar billigsten Preisen, um die Lager derselben in kürzester Frist zu räumen, da die Verkaufspreise teilweise vorgeschrieben sind, so wird ein Teil derselben

## unter Herstellungswert verkauft.

Wir bringen zur Eröffnung bis auf weiteres folgende Lager zum Detail-Verkauf.

5781L

### Abteilung 12: Herren- und Knaben-Konfektion.

1000 Knaben-Anzüge, hochelegant . . . . .	Stück	3 <sup>35</sup>
500 Knaben-Anzüge, Prima Qualität . . . . .	Stück	2 <sup>35</sup>
400 Knaben-Anzüge, reine Wolle . . . . .	Stück	4 <sup>35</sup>
1000 Knaben-Hosen, haltbar . . . . .	Stück	61 Pf.
300 Herren-Anzüge, sehr elegant . . . . .	Stück	14 <sup>75</sup>
300 Herren-Anzüge, Prima Verarbeitung . . . . .	Stück	19 <sup>50</sup>
180 Herren-Anzüge, Maßarbeit . . . . .	Stück	27 <sup>50</sup>
1000 Herren-Hosen, zum Aussuchen . . . . .	Stück	2 <sup>95</sup>
500 Herren-Hosen, Prima Ware . . . . .	Stück	3 <sup>95</sup>

### Abteilung 14: Herren- u. Damen-Stiefel.

Damen-Chevreaux-Stiefel, elegante Fassung . . . . .	Paar	7 <sup>75</sup>
Damen-Box-Calf-Stiefel, sehr schick . . . . .	Paar	6 <sup>50</sup>
Damen-Box-Calf-Stiefel, Prima . . . . .	Paar	5 <sup>75</sup>
Herren-Chevreaux-Stiefel, Prima . . . . .	Paar	8 <sup>75</sup>
Herren-Box-Calf-Stiefel . . . . .	Paar	5 <sup>75</sup> , 6 <sup>50</sup> , 7 <sup>75</sup>

Posten **Ballschuhe** enorm billig!

### Abteilung 17: Herren- u. Damenschirme.

Borussia-, Austria-Imitation, sehr haltbar . . . . .	Stück	1 <sup>95</sup>
Saxonia, Gloria, Halbseide mit Futteral . . . . .	Stück	3 <sup>50</sup>
Augusta, Garantie Satin de chine . . . . .	Stück	3 <sup>75</sup>
Fünf Mark, Gloria mit seldenem Futteral . . . . .	Stück	5
Mercedes, Reine Seide, 1000 Tage Garantie! . . . . .	Stück	6 <sup>50</sup>

### Abteilung 15: Diverse Bekleidungsstücke.

Gummimäntel, Paletots, Hausjoppen, Piqué-Westen, Fracks, Smokings zu den unglaublich billigsten Preisen.

### Abteilung 16: Blusen, Jupons, Roben.

Sammetblusen, prima hochelegant . . . . .	Stück	6 <sup>90</sup>
Reinseidene Blusenhemden, schick . . . . .	Stück	7 <sup>75</sup>
Div. reinseidene Blusen, das Neueste . . . . .	Stück	5 <sup>75</sup>
Lustre Jupons, staunenswert . . . . .	Stück	1 <sup>95</sup>
Ball-Robe, reine Seide, hochelegant . . . . .	Stück	10 <sup>00</sup>
Ball-Robe, feinste Spitzenverarbeitung . . . . .	Stück	21 <sup>50</sup>

### Abteilung 18: Halbtierige Roben!

Hertha! Voile, sehr elegant . . . . .	Stück	9 <sup>50</sup>
Minna! Japon, unerreicht . . . . .	Stück	12 <sup>50</sup>
Bertha! Radium, hochfein . . . . .	Stück	16 <sup>75</sup>
Jenny! Chiffon, aparte Neuheit . . . . .	Stück	17 <sup>25</sup>
Rosa! Lasting, prima Qualität . . . . .	Stück	21 <sup>00</sup>
Tina! Tüll, extra prima . . . . .	Stück	22 <sup>50</sup>
Franz! Tuch, feinste Ware (unerreicht) . . . . .	Stück	31 <sup>50</sup>
Grete! Taffet u. Crepe de chine . . . . .	Stück	40 <sup>50</sup>

### Abteilung 20: Damen- und Knaben-Mützen!

1265 Damenmützen, Stellig, moderste Form . . . . .	Stück	78 Pf.
845 Damenmützen, neueste längliche Form, prima . . . . .	Stück	95 Pf.
388 Damenmützen, streng modern, Ia Velvet . . . . .	Stück	1 <sup>95</sup>
1850 Knabenmützen, Wolle, Sammet, zum Aussuchen . . . . .	Stück	48 Pf.

### Abteilung 13: Holzwaren!

Paneelbretter, echt amerik. Nußbaum . . . . .	Stück	4 <sup>10</sup>
---	-------	-----------------

Wandschränke zu garantierten Engros-Preisen.  
Nur extra prima Qualitäten!

### Abteilung 19: Seiden, Sammete, Velvets, Plüsch, Wollstoffe!

In dieser Abteilung bringen wir einen riesigen Posten elegantester Seidenstoffe, nur ausgesuchte, extra Prima-Qualitäten, zu garantierten Engros-Preisen, ebenso riesige Posten Sammete, Velvets, Plüsch u. Wollstoffe in den elegantesten Mustern zu den denkbar billigsten Preisen.  
Beste Bezugsquelle für Schneiderinnen!

Streng feste Preise! Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang! Fenster sehenswert!  
Jeder Kunde erhält zur Eröffnung ein schönes Geschenk!

Engros, Detail, Export! **Internationales Kommissions- und Lagerhaus** Engros, Detail, Export!  
**Rosenthalerstraße 9 u. Auguststraße 41, Eckhaus.** **E. Süßkind & Comp.**

Achtung! Fabrikanten! Wir übernehmen noch große Posten Waren aller Art zum Detail-Verkauf, jedoch nur Prima-Qualitäten, auf Wunsch wird Vorschuß gegeben, Offerten zwischen 4 und 6 Uhr!

### Orts-Krankenkasse der Kürschner

und verw. Gewerbe zu Berlin.  
Freitag, den 19. Januar 1906,  
abends 9 Uhr, im Restaurant  
P. Behne, Goltzowstr. 5:  
Erwahl von  
27 Arbeitnehmer-Delegierten.  
Zahlberechtigt und wählbar sind  
sämtliche Kassenmitglieder, welche  
größtenteils und im Besitze der bürger-  
lichen Ehrenrechte sind.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Wahlakt beginnt Punkt 9 Uhr  
und wird um 9 1/2 Uhr geschlossen.  
Der Vorstand.  
J. H. G. Seidenfranz, Vorsitzender.

Unsere besten Lesern empfehlen  
wir folgende

### Neuerscheinungen

von Büchern und Broschüren:  
Ein katholischer Pfarrer als  
Sozialdemokrat von van den Brink  
10 Pf.  
Der politische Massenstreik und  
die Sozialdemokratie. Sonder-  
abdruck der Verhandlungen auf dem  
Parteitag zu Jena 20 Pf.  
Der politische Massenstreik. Vor-  
trag gehalten in Breslau von  
Ed. Bernstein 20 Pf.  
Generalstreik und Sozialdemo-  
kratie von Henriette Roland-Holt  
mit Vorwort von Karl Kautsky.  
Zweite revidierte und verbesserte  
Ausgabe 1,50 M.  
Die preussische Volksschule und  
die Sozialdemokratie von Dr.  
Leo Krons mit Einleitung von  
Dr. Max Duard 75 Pf.  
Die heutige Sozialdemokratie in  
Theorie und Praxis von Ed.  
Bernstein. Eine Antwort auf die  
Artikelserie der „Königlichen Ztg.“:  
Die heutige Sozialdemokratie  
1.- 2.

Seite der Festlosen. Hausbuch  
metallischer Predigtstühle von Kurt  
Göner 2,50 M.  
Die Hammer brühen. Gedichte  
von Franz Dieckhoff 1.- M.  
Die berühmten Frauen der franzö-  
sischen Revolution 1789-1795.  
Mit 9 Porträts von Emma Adler  
geb. 6.- M.  
Zwanzig Jahre eines großstädtischen  
Arbeiters in der Natur von  
Kurt Großschütz mit einem Vorwort  
von W. B. Hoffe 60 Pf.  
geb. 1.- M.  
Die Prostitution als soziale  
Klassenerscheinung und ihre  
sozialpolitische Bekämpfung von  
Paul Kampffmeyer 75 Pf.  
in besserer Ausstattung 1,50 M.

### Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

### Bintarmut

Bleichsucht, Nervenschwäche, Blut-  
stockungen usw. beseitigt vollkommen  
Reich's **Malzeisenpulver**  
Reichlich blutbildend, schwache Ner-  
ven stärkend und enorm Appetit an-  
regend. Wirkt bei Kindern Wunder!  
Wahrhaft überraschende Erfolge.  
Dose Mk. 1,25. Uebl. 3 Dosen Mk. 3,75  
hier frei Haus. Versand nach auswärts.  
Otto Reichel, Berlin SO 43,  
Eisenbahnstr. 4

### Zum unverzagten Rehberger

Johannes Fricke, Regstr. 135  
Neben Rittmoch:  
Frische Blut- u. Leberwurft  
in bekannter tadelloser Güte.  
3 Vereinstimmer, Räume für  
XXX Besprechungen. XXX  
Rechnungsheft Amt 2, 3157. 57752

### Ost-Kasino

Frankfurter Allee 106.  
Ziele bis 200 Personen für Vereine,  
Versammlungen und Hochzeiten  
zu vergeben. Zwei Sonnabende im  
Februar noch frei. 57822  
Karl Pirnau.

### Dr. Schünemann,

Spezial-Arzt für  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten. Best:  
Friedrichstr. 203 Ecke  
Schützenstraße.  
10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.

### Drechsler Georg Müller

aus Boppard  
wird in Erbschaftsangelegenheiten  
um Angabe seiner Adresse gebeten.  
Kollegen, welche seinen Ratschalt  
missen, werden gebeten, ihm hieron  
Mitteilung zu machen.  
19475



Hilfsklassen-Kongress.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses traten gestern früh die Vertreter von 291 eingeschriebenen sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften erachteter Hilfsklassen zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Hilfsklassen.

Simonowski-Berlin eröffnete den Kongress und begrüßte denselben namens der Zentrale für das deutsche Krankenlassenwesen und der Zentralkommission für die Krankenlassen von Berlin und Vororten. Es gellte hier, einen von der Regierung gegen ein System, das sich für die verschickte Arbeiterschaft als segensreich erwiesen habe, geplanten Schlag abzuwehren. Das Hilfsklassengebiet könne man mit einem blühenden Kornfeld vergleichen, in dem sich eine Anzahl Disteln und anderes Unkraut befinden. Um das Feld zu reinigen, wolle man es nun einfach abmähen. Statt das Unkraut einzeln auszureißen. Bei den Berufslosenbeständen ja auch sehr viele Mißstände. Ob man da wohl auch zu einer solchen Radikalkur schreiten werde? Wir wissen, daß dieses Gesetz den Fortschritt bildet und daß bald der Hauptangriff gegen die Ortskrankenklassen nachfolgen werde. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man dem Klassenwesen helfen wolle, dann sollte man gegen die Betriebs-, Innungs- und andere kleine Krankenklassen in erster Reihe vorgehen. Denn diese sind der größte Hemmschuh, daß sich die Versicherungsgehalte zum Segen der versicherten Arbeiterschaft entfalten. Die Betriebskrankenklassen werden aber nach jeder Richtung hin protegiert. Gegen dieses Vorgehen müssen wir energisch protestieren. Man sollte sich doch vergegenwärtigen, welche langwieriger Prozesse die Verlegten mit den Berufslosenbeständen führen müssen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Haben nicht die freien Hilfsklassen ihre volle Siquidität getan? Das hat ja auch die Regierung in der Begründung der Vorlage zum Teil anerkannt. Dann sollte man auch die Konsequenzen daraus ziehen und nicht, um die Schwindelklassen zu beseitigen, einfach mit den ganzen freien Hilfsklassen tabula rasa (reinen Tisch) machen. Wir wollen hier unsere Meinung unterblümt zum Ausdruck bringen. Hoffentlich finden unsere Wünsche bei Regierung und Reichstag Beachtung. (Stürmischer Beifall.)

Schaad-Altona teilt mit, daß die einberufende Kommission Einsichten an das Reichsamt des Innern, an das kaiserliche Ausschussamt und die Reichstagsfraktionen gerichtet habe. Vom Staatssekretär Graf Rosjadowky ist die Antwort eingegangen, daß er davon absehen müsse, sich vertreten zu lassen, daß er aber, falls ein Bericht über die Verhandlungen erscheinen sollte, dessen Einleitung gern entgegenstehe. Das kaiserliche Ausschussamt für Privatversicherung erwiderete kurz, daß es sich verlegen müsse, der Einladung Folge zu leisten.

Von den Reichstagsfraktionen war nur die sozialdemokratische vertreten. Es waren anwesend die Abgg. Frohme-Hamburg, Kahle-Plenburg, Wenzel, Fräßdorf-Dresden, Stadthagen-Berlin, Leise-Hamburg.

Bei der Bildung des Bureau wurden zu Vorsitzenden gewählt: Plume-Hamburg, Feurig-Dresden und Schaad-Altona, zu Schriftführern: Deisinger-Hamburg, Hud-Altona und Schulze-Dresden.

Hierauf sprach Raffe-Hamburg (Zentralklassen der Schuttmacher) eingehend den Gesetzentwurf, aus dem von der Kommission eine Denkschrift für den Reichstag ausgearbeitet ist. Raffe kritisiert die Gesetzesvorlage. Selbstverständlich sind wir gegen die Schwindelklassen. Das Gesetz hätte sehr gut so umgestaltet werden können, daß es die Schwindelklassen traf und die freien Hilfsklassen nicht hemmte. Schon vor der letzten Abänderung des Gesetzes im Jahre 1903 bestanden solche Schwindelklassen und die Regierung hätte schon damals die Pflicht gehabt, gegen dieselben einzuschreiten. Eine Schwindelklasse sei an besonderen Merkmalen ohne weiteres zu erkennen. So lasse sich der Leiter derselben auf Lebenszeit anstellen, den Mitgliedern fehle die Gelegenheit, an der Generalversammlung teilzunehmen, die Verwaltungskosten sind ungeheuer, Vergütungen bei Verfolgung der Mitgliedschaftsprüfung ist für und vor geöffnet usw. Diesen Mißständen konnte ein Gesetzentwurf entgegen treten. Der vorliegende Gesetzentwurf tut das nicht. Er stellt sich als eine Aktion des Staates dar, der damit die Oberaufsicht über die Hilfsklassen haben wolle, weil ihm diese jetzt im Wege stehen, um die Selbstverwaltung der Ortskrankenklassen anzuknüpfen. (Sehr richtig!) Wenn die Aufsicht bestehen sollte, daß die freien Hilfsklassen zugunsten der Ortskrankenklassen verschwinden, dann sollte man in gleicher Weise gegen die Betriebs- und Innungsklassen vorgehen. Charakteristisch ist es, daß die „Hamburger Nachrichten“, ein Blatt, dem wahrlich niemand eine Liebe für Arbeiterfürsorge-Einrichtungen zumutet, kipp und klar am 3. Januar erklärte: wenn die Unterstellung der Hilfsklassen unter das Privatversicherungsrecht notwendig sei, so ist es konsequent, auch alle anderen Klassen demselben Gesetz zu unterstellen. Daraus zielt offenbar auch die Absicht abgehender Kreise hin. Die Zerstückelung des Klassenwesens ist so viele Klassenarten, die Zwergklassen, sind vom Uebel. Eine Vereinheitlichung des Krankenlassenwesens würde die Arbeiterschaft mit Freuden begrüßen. (Lebhafte Zustimmung.) Das bezweckt der Entwurf aber nicht, im Gegenteil. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Mittel der freien Hilfsklassen nicht ausreichen; die soliden Klassen sind bisher noch immer mit ihren Mitteln ausgelassen. Dann behaupten Gegner der Klassen, die Krankenklassen verwendeten Mittel für sozialdemokratische Zwecke. Die Klassen werden aber von den Aufsichtsbehörden überwacht und gegebenenfalls hat die Behörde das Recht, die Klasse aufzulösen. Wenn eine Klasse ihre Mittel zu sozialdemokratischen oder überhaupt zu politischen Zwecken ausgenutzt hätte, dann hätte die Aufsichtsbehörde sichtlich keinen Augenblick gezögert, zur Auflösung zu schreiten. Ein derartiger Fall ist aber nicht bekannt, also erweist sich der Vorwurf als unbegründet. Wenn eine Klassenart zu existieren berechtigt ist, dann sei es die der Hilfsklassen. Durch den Gesetzentwurf werde den Hilfsklassen die Existenz untergraben. Einer Vereinheitlichung des Krankenlassenwesens, wobei den Versicherten auch ein genügender Einfluß gesichert werde, würden sie, wie schon betont, freudig zustimmen. Aber sie müßten energisch Protest erheben, daß ein Glied herausgerissen werde — um vielleicht ganz andere Zwecke zu verfolgen. (Lebhafte Beifall.)

Es wurde dann die Debatte eröffnet. Wessel von der Klassenliste „Germania“ in Altona schließt sich dem Referenten in der Ansicht an, daß der Gesetzentwurf mannehmbar sei. In gleicher Weise äußert sich Kauberg (Wandebese). Es tritt dann die Mittagspause ein.

Eule-Frankfurt a. M.: Es müßten andere Gründe als die Verhinderung der Schwindelklassen, welche die Regierung veranlaßt, den Hilfskrankenklassen den Hals umzudrehen, vorliegen, denn die Regierung müßte doch einsehen, daß durch die gegenwärtige Versicherung der Arbeiterschaft dem Staat und den Gemeinden ein großer Teil von Kosten abgenommen werde. Daß man trotzdem so vorgehe, beweise, wozu der Weg führt: zur Verstaatlichung der Selbstverwaltung der Krankenklassen. Von unserer Fraktion sowie von den Parteien, welche mit uns sympathisieren, erwarten wir, daß sie Rückhalt zeigen und zum Wehle und Gedeihen der versicherungspflichtigen Arbeiter den Entwurf dahin befördern, wozin er gehört. (Lebhafte Beifall.)

Kauer-Bremen: Die Regierung hätte auch jetzt schon genug Handhaben, die Schwindelklassen zu beseitigen, wenn ihr nur das am Herzen läge. Was haben denn die Hilfsklassen verbrochen? Haben nicht die eingeschriebenen Hilfsklassen den Grundstein für den Aufbau der Arbeiterversicherung gebildet?

Hartmann-Berlin: Vertreter der Hilfsklassen der deutschen Gewerkschaften: Gewiß ist es geboten, den Schwindelklassen

einen Damm entgegenzusetzen; aber deshalb ist es nicht nötig, die freien Hilfsklassen unter die Diktatur des Reichsausschusses zu bringen. Wir wollen kein Fehl daraus machen, daß wir auch mit schuldig sind, daß die Schwindelklassen einen so großen Umfang genommen haben. Wir haben es an der nötigen Aufklärung fehlen lassen. Redner wendet sich dann gegen die Forderung der rechnerischen Gutachten des Entwurfes. Das solle zur Sanierung dienen, werde aber nichts weiter als eine Schikanierung der freien Hilfsklassen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, sei es mit der Selbstverwaltung vorbei. Das Gesetz sei in dieser Form unannehmbar. (Beifall.)

Barthel-Offenbach stellt sich als Vertreter kleinerer ländlicher Hilfsklassen vor, die sich jahrzehntlang segensreich bewährt haben, nicht bloß für Arbeiter, sondern auch für kleine Handwerker. Die Regierung verleihe es meisterhaft, Anzurückendheit zu säen. Selbst unter ganz recht stehenden Mitteln finde man das Vorgehen der Regierung unbegreiflich. (Beifall.)

Heinrich Wolff-Dambach verweist auf die lauschaufartige Fassung dieser Bestimmungen des Entwurfes.

Darnowski-Hamburg (vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband) spricht sein Bedauern aus, daß man die beteiligten Kreise nicht vorher gehört habe. Der Entwurf sei von demselben Geiste getragen wie die Krankenlassen-novelle von 1903, die auch schon beabsichtigte, die freien Hilfsklassen nur noch als Zuschüsse zu dulden. Es wäre richtig, den Entwurf zu benennen: „Entwurf zum Begräbnis der freien Hilfsklassen“. (Heiterkeit.) Wir aber wollen alles ausbieten, um dem Entwurf selbst ein Begräbnis zu bereiten. (Beifall.)

Klisch-Berlin: Man müsse sich Klarheit über die Stimmung im Reichstage schaffen. Nach seinen Informationen sei man über die Vorlage unter den Reichstagsvertretern geteilter Meinung. Mehrfach sei man der Ansicht, daß die freien Hilfsklassen ihre Pflicht erfüllt haben und daß es nichts schaden könne, wenn sie von der Welt verschwinden. In diesen Kreisen sollte man aber nicht übersehen, daß über die Leide der freien Hilfsklassen der Weg zur Abschaffung des Selbstverwaltungsrechtes der Ortskrankenklassen führe. (Zustimmung.)

Varus-Berlin bringt eine Reihe Punkte im Entwurf zur Sprache, welche seiner Ansicht nach zur Benachteiligung der Versicherten dienen. Der Entwurf zeige, wie die Regierung gewillt ist, den sozialpolitischen Karren im Dreck stecken zu lassen. Die Arbeiter müssen aufgekarrt werden, damit sie wissen, welcher Art die soziale Fürsorge der Regierung für sie ist. Aus diesem Grunde müssen wir die energischste Propaganda gegen den Entwurf entfalten. (Lebhafte Beifall.)

Thomas-Dresden hätte gewünscht, daß feinerzeit gegen die bekannten Auslassungen des Geheimen Regierungsrats Hoffmann von den Klassenorganisationen energischer Protest erhoben worden wäre.

Ahlmeier: Die freien Hilfsklassen erfüllen eine hohe soziale Aufgabe. Da sie in der Arbeitslosigkeit erkrankten Arbeitern die Krankenunterstützung auszahlten, seien sie gleichzeitig auch Arbeitslosenunterstützung- und soziale Wohlfahrtsklassen und entlasten die Armenklassen der Gemeinden. Hoffentlich beachte man das bei der Beratung im Reichstag.

Hühlein-Frankfurt a. M.: Als Vertreter einer kleinen ländlichen Hilfsklasse könne er versichern, daß selbst in den ganz schwarzen Kreisen des Launus durch die Vorlage große Erregung hervorgerufen worden sei. Mit dem Verschwinden der Hilfsklassen werden zahlreiche Leute insbesondere auf dem Lande der Armenunterstützung zur Last fallen. Die Vorlage bedeute einen schmerzlichen Eingriff der Regierung und müsse, wie einst die Zuchthausvorlage, durch den Sturm der Entrüstung im Lande weggesetzt werden. (Beifall.)

Gudenus-Rosdorf: Während man sonst bei Vorlagen vorher die Interessententzweige anhört, habe diesmal vollständige Stille geherrscht. Die freien Hilfsklassen hätten Mitglieder aus allen Parteien bis zu den Konfessionen. Das möge sich die Abgeordneten gesagt sein lassen.

Bogel-Halle wünscht, daß der Kongress einen klammernden Protest gegen die Vorlage beschließe und der Regierung gehörig die Zähne zeige.

Deisinger-Hamburg: Der Staat müsse seinen Bürgern einen gewissen Schutz gewähren, jedoch dürfe dieser Schutz nicht derart sein, daß Vernunft, Anstand, Wohlstand Plage werde. Wohl sei die Verhinderung der Schwindelklassen geboten, aber nicht dadurch, daß man das ganze Hilfsklassengesetz beseitige. Wenn man sehe, wie schnell die Polizei jeden Streiftäter am Stragen habe und wie prompt ihn die Gerichte verurteilen, werde man diesen lächerlichen Behörden doch zutrauen können, daß sie auch die Klassenführer und Betrüger zu fassen imstande sein werden. In Hamburg wenigstens haben es die Behörden verstanden, das Aufkommen von Schwindelklassen zu verhindern. Dazu reiche das bestehende Hilfsklassengesetz vollkommen aus. Die Schädigung des Publikums durch die Schwindelklassen sei eine ganz minimale im Vergleich zu den Millionen, um die das deutsche Volk durch die Schutzbestimmungen für Vieh und Schweine, durch die agrarische Grenzabsperrungspolitik gefährdet werde. Da müsse der Gedanke kommen, daß es sich bei dem Vorgehen um etwas ganz anderes handle, als darum, den Schwindelklassen das Handwerk zu legen. Die Arbeiterschaft habe hinreichend bewiesen, daß sie imstande sei, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dieses Recht der Selbstverwaltung wollen sie sich auch weiter nicht verkümmern lassen. Darum müsse es heißen: rundweg Ablehnung der Vorlage. (Stürmischer Beifall.)

Glogau-Breslau ist gleichfalls für Ablehnung der Vorlage.

Barisawski-Hamburg hofft, daß dieses Vorgehen der Regierung den Anstoß geben werde, im Hilfsklassenwesen eine Zentralisation herbeizuführen. Bei den Debatten im Reichstage werde die Sozialdemokratie Gelegenheit nehmen, auf die Ausdehnung der Versicherung auf Dienstboten, foch- und landwirtschaftliche Arbeiter und Heimarbeiter zu dringen. Denn nur dann werde es gelingen, den Schwindelklassen ihr unsauberes Handwerk zu legen.

Ein Schlußantrag findet Annahme. Im Schlußwort berichtet der Referent Raffe-Hamburg, daß auch er wie Deisinger in erster Reihe für strikte Ablehnung der Vorlage sei, daß man doch aber mit der Möglichkeit der Annahme rechnen müsse. Von diesem Gesichtspunkt allein seien die von der Kommission in ihrer Denkschrift an den Reichstag gemachten Verbesserungsvorschläge aufzufassen. Er glaube, daß es in der Absicht der Regierung liege, die Hilfsklassen zu beseitigen. Wenn sie diese Absicht offen aussprechen würde, wäre eine Ablehnung im Reichstage zweifellos. Deshalb würde sie den Zweck auf diesem Umwege zu erreichen. Darum erkläre sie auch die Eile der Regierung, sonst hätte sie doch damit warten können bis zur Reform des Krankenlassenwesens.

Diese Vorlage berühre nicht allein die Hilfsklassen, sondern die ganze Arbeiterschaft, und alle Parteien bezweifelten, ob die Zentrumsanhänger, die zu einem großen Teil in den freien Hilfsklassen organisiert seien, damit einverstanden sein würden, daß das Zentrum der Vorlage zustimme. Das Zentrum und andere Parteien werden es sich daher überlegen müssen, ob sie dieser Vorlage zustimmen sollen. Das beste wäre die Ablehnung der Vorlage, sollte sie aber dennoch Annahme finden — nun wir werden es verstehen, und auch damit abzufinden. Aber der Entwurf wird auf die Arbeiterschaft eine ganz andere Wirkung ausüben, als der Regierung erwünscht ist. Die Arbeiter werden daraus erkennen, wie man ihnen auch noch das bürgerliche Recht, das sie haben, zu schmälern sucht, und sie werden nicht beschließen, der Regierung im geeigneten Moment ihre Antwort zu erteilen. (Stürmischer Beifall.)

Es nahm dann namens der antworfenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Abg. Frohme-Hamburg das Wort zu einer Ansprache. Er und seine Kollegen hätten sich an den Debatten nicht beteiligt, weil sie sich nicht nachhaken lassen wollten, daß sie die Stellungnahme des Kongresses beeinflusst hätten. Er wisse, daß hier nicht alle Teilnehmer Sozialdemokraten seien. (Sehr richtig!) Der Kongress habe die Tendenz der Vorlage ganz richtig aufgefaßt. Diese Tendenz gehe dahin, dem staatlichen Bureaucratismus gewisse Konzessionen zu machen, die sich nicht vereinbaren lassen mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, mit den Interessen der Arbeiterschaft und der großen Masse des Mittelstandes, der in erheblichem Maße an den Hilfsklassen beteiligt sei. Die Schwindelklassen seien in der großartigen Erscheinung des Hilfsklassenwesens nur eine Nebenerscheinung. Die Ablehnung der Beteiligung des Reichsamtes des Innern werde bei den Arbeitern keiner günstigen Eindruck machen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um Zünftler, Großindustrielle usw. handle, da verleihe die Reichsregierung nie, mit den bescheidenen Interessenvertretern Fühlung zu nehmen. Anders, wenn es sich um Arbeiter handle. Redner schließt mit dem Versprechen, daß seine Fraktion mit Entschiedenheit für das Prinzip der Selbstverwaltung eintreten werde. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Hierauf erlattet Brühne-Frankfurt a. M. den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind auf dem Kongress vertreten 291 Klassen mit 850 000 Mitgliedern und 243 Delegierten. Die Kommission habe sich bei Durchsicht der Statuten einzelner großer Klassen über die Art, wie sie die Selbstverwaltung auffassen, wundern müssen. Da sei in Altona die große Hilfsklasse „Germania“, bei der es im Statut heißt: „Die Vorstandsmitglieder werden auf fünfzehn Jahre gewählt.“ (Lachen.) Die Klasse habe 284 000 Mark Einnahmen und 88 000 Mark persönliche und 20 000 Mark sachliche Ausgaben, also 24 Prozent der Einnahmen. (Stürmischer Beifall.) Die Kommission habe einstimmig beschlossen, diese Klasse nicht zuzulassen. (Stürmischer Beifall.) Den gleichen Antrag stelle die Kommission bezüglich der „großen Vereinsklasse Altona“, die bei 34 000 Mark Einnahmen 13 000 Mark Ausgaben im letzten Jahre hatte, sowie der Klasse „Victoria“ in Altona.

Die Versammlung beschließt, diese drei Klassen nicht zum Kongress zuzulassen.

Ahnermeier-Braunschweig beantragt, auch die Klasse „Phönix“ in Altona, die 34 Prozent Verwaltungskosten im letzten Jahre hatte, auszuschließen.

Grenz-Altona bittet von dieser Maßnahme abzusehen, da es gelungen sei, die Verwaltung nach dem Tode des auf Lebenszeit gewählten früheren Vorsitzenden jetzt in solche Bahnen zu lenken. Nach längerem Für und Wider wird die Klasse „Phönix“ zugelassen.

Die Verhandlungen werden dann auf Mittwoch früh vertagt.

Deutsche Heimarbeiter-Ausstellung.

Wenn der gesetzliche Schutz, der den Heimarbeitern zu teil wird, sich nur auf ein äußerst geringes Maß beschränkt, so stehen die Arbeiter der Ausbeutungsgewalt der Unternehmer und den mit ihrer Arbeitsmethode verknüpften vielfachen Schäden und Fährlichkeiten fast ohne gesetzlichen Schutz gegenüber. So ist die Forderung: Schutz der Heimarbeiter erhoben wird, löst uns aus dem Furchen der Gegner eines durchgreifenden Arbeiterschutzes die Pflicht entgegen, die Gewerbeaufsicht dürfe sich nicht bis in die Hauslichkeit und in die Familie des Arbeiters erstrecken. Nach der Ansicht dieser Leute muß also die Arbeiterschutzgesetzgebung Halt machen an der Schwelle des Arbeiterheims, welches in den meisten Fällen Küche, Wohn- und Schlafstube (unter Umständen auch Krankenzimmer) und Werkstatt in ein und demselben Raume birgt.

Nicht immer sind die Regierung und die herrschenden Klassen von so garten Rücksichten auf das Heim und die Familie des Arbeiters befeelt. Der Steuerfiskus zum Beispiel übersäet ohne jede Rücksicht die Schwelle der dürftigen Behausung auch des ärmsten Arbeiters, er legt sich mit ihm zu Tische und heischt seinen Tribut von jedem Stückchen Brot, von jedem Körnchen Salz, das in der Familie des Arbeiters genossen wird. — Wenn wir aber verlangen, daß die Heimarbeiter vor übermäßiger Ausbeutung geschützt werden, daß der Profitgier des Unternehmertums, die sich ja den Heimarbeitern gegenüber in ganz besonders unverdämmerter Weise bemerkbar macht, ein wenig auch nur schwacher Damm entgegensteht werde, dann proklamieren wir auf seiner Seite die Unberücksichtigung des Arbeiterheims, das durch keine Art von Schutzbestimmungen ein wenig von dem sozialen Elend befreit werden darf. An der Schwelle des Arbeiterheims soll die Arbeiterschutzgesetzgebung Halt machen.

Das Unternehmertum weiß sich die Schutzlosigkeit des Heimarbeiters, die in jeder Hinsicht schwache Position, in der er sich befindet, nur allzu sehr zunutze zu machen. Obwohl die Heimarbeiter eine rüchardige Produktionsmethode ist, hat sie, aller technischen Fortschritte zum Trotz, mit der Ausbreitung der industriellen Entwicklung eine ungeahnte Ausbreitung erfahren. Wenn die Unternehmer mit großer Vorliebe sich der Heimarbeiter bedienen, so spricht hierbei außer der leichten Möglichkeit des Lohnrudens auch der Umstand mit, daß sie sich dem Heimarbeiter gegenüber vorzuziehenden Vorkäufen entgegen können, welche ihnen die Versicherungsgesetze hinsichtlich der Heimarbeiter auferlegen. Mit der Ausbeutung der Heimarbeiter hat sich auch das tausendfache Elend der Heimarbeiter auf rauhe und überausende der ärmsten Proletarier, Männer, Frauen und Kinder, ausgebreitet.

Auf dem Heimarbeiterkongress, der vor zwei Jahren in Berlin abgehalten wurde, erhoben die Vertreter der Heimarbeiter aus allen Teilen des Reiches ihre Stimmen und forderten die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Heimindustrie. Neben dem Verhandlungsfaul waren Ergebnisse der Heimarbeiterausstellung. Die Aussteller gingen von dem Gebanen aus: Besser als es in Wort und Schrift möglich ist, wird der Augenschein das Elend der Heimarbeiter zur Anschauung bringen. Die Ausstellung, obwohl nur im kleinen Raum und in beschränktem Umfange arrangiert, fand das lebhafteste Interesse der Besucher. Was den Interessenten damals nur drüchardweise vorgefaßt werden konnte, hat jetzt eine neue Auflage erfahren, die bedeutend reicher, mannigfaltiger und vollständiger ist als die erste Ausstellung war.

Freie, Hirsch-Dundersch, christliche Gewerkschaften im Verein mit bürgerlichen Sozialreformern haben die jegliche Ausstellung ins Werk gesetzt. Sie erwarten, daß die Ausstellung auch von den Angehörigen der bestehenden Massen besucht wird. Den Damen und Herren dieser Kreise soll vor Augen geführt werden, welche Hungerlöhne in der Regel für die Herstellung oft sehr wertvoller Gebrauchsgegenstände gezahlt, und unter welch elenden Verhältnissen diese Dinge, die wegen ihres hohen Verkaufspreises nur von begüterten Leuten erstanden werden können, hergestellt werden müssen. Damit ist die Besighenden recht bequem haben, wenn sie die Ausstellung besuchen wollen, hat man sie mitten im vornehmsten Viertel von Berlin untergebracht. Sie findet statt im alten Akademiegebäude unter den Linden. Dort, wo tagaus tagein ein Strom reicher Käufern vorbeizieht, wo in eleganten Equipagen hohe, höchste und allerhöchste Gesellschaften vorbeiziehen, liegt sich hinter altertümlichen Mauern eine Fülle von Produkten der verschicktensten Art, und jeder der ausgestellten Gegenstände erzählt eine Geschichte von unendlicher Mühsal, von anstrengender Arbeit und jammervoller Entlohnung.

Die Ausstellung, welche heute dem Publikum geöffnet wird, konnte gestern abend auf kurze Zeit von Vertretern der Presse und anderen geladenen Gästen besichtigt werden. Nach ist die Ausstellung, wie man uns sagte, nicht ganz vollständig, und doch bietet



Keine Fülle von Material, welches in allen seinen Einzelheiten das eingehendste Studium wert ist. Es ist natürlich nicht möglich, nach dem ersten kurzen Besuch ein auch nur annähernd vollkommenes Bild der Ausstellung zu geben. Wir müssen uns Einzelbesprechungen deshalb für die Folgezeit vorbehalten.

Der Eindruck, den man bei einer wenn auch nur flüchtigen Betrachtung der Ausstellung gewinnt, ist der: Die Heimarbeit hat eine Ausdehnung, von der sich ein Uebersichtsbild kaum eine Vorstellung machen kann. Es gibt kaum einen Bezirk im Reich — abgesehen vielleicht von den rein landwirtschaftlichen Gegenden — wo sich die Heimarbeit mit all ihren Schäden und Mängeln nicht eingemischt hat. Es gibt kaum einen Industriezweig — mit Ausnahme derjenigen, wo technische Bedingungen dem entgegenstehen — der sich nicht die Heimarbeit mit ihren niedrigen Löhnen und elenden Lebensbedingungen dienstbar gemacht hat. Das sind in der Regel befristete Arbeiter, die Heimarbeit — oft auch Kinder im zartesten Alter — in Thüringen und im Erzgebirge anfertigen. Auf dem Wege zur Schule trägt das Kind Schulmappe und Schiefertafel, beides in der Heimarbeit entstanden. Der Schüler schreibt mit Bleistift, die aus der Werkstatt des Heimarbeiters in Nürnberg stammen.

In der Bekleidungsindustrie spielt, wie bekannt, die Heimarbeit eine große Rolle. Wer kennt nicht das sprichwörtliche Glanz der Handweber, die in elender Befahrung, nach längst veralteter Arbeitsmethode Gewebe und Stoffe der verschiedensten Art herstellen. Die weitere Verarbeitung der Stoffe zu Wäsche- und Kleidungsstücken geschieht im Wege der Heimarbeit, und es sind nicht nur billige Sachen, welche auf diese Weise angefertigt werden. Auch sehr kostbare Bekleidungsgegenstände haben ihren Ursprung in der Heimarbeit. So manche feine Dame ahnt wohl nicht, daß die Perl- und Seidenstickereien, welche ihre Gesellschaftstollette schmücken, als Heimarbeiten im Spektat angefertigt sind, von armen Frauen und Mädchen, die einen Hungerlohn dafür bekommen haben, und daß die künstlichen Blumen, welche auf dem eleganten Hut der Dame prangen, den fleißigen Händen schlecht bezahlter sächsischer Heimarbeiterinnen entstammen. — Auch die Fußbekleidung, nicht nur die des Arbeiters, sondern vornehmlich die feine Maharbeit, Offiziersstiefel, sowie von Gold und Seide schimmernde zierliche Ballschuhe zu hohen Preisen sind, wie die Ausstellung zeigt, Erzeugnisse der Heimarbeit. Ebenso gehen Hüte für Herren wie für Damen, Militär-, Studenten- und Sportmützen aus der Heimarbeit hervor. —

Die Häute, womit wir die Kleider reinigen, die Schwärzwälder Uhe an der Wand, unsere Taschen- und Tischmesser, die Schloßer an unseren Schränken und Türen, sowie tausend andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, selbst die Schachteln, in denen der Apotheker seine Pillen verpackt, die Papier Servietten, die uns bei Tisch vorliegen, sind Erzeugnisse der Heimarbeit, ebenso wie das zierliche Geldtäschchen und der seidengepöppelte Schmuckkasten der Porzellanfabrik.

Und wenn wir uns die Zettel ansehen, die jedem Stück beigegeben sind, so erzählen sie uns alle dieselbe traurige Geschichte. Wir erfahren da, daß der betreffende Gegenstand so und so viele Stunden Arbeitszeit erfordert, oft auch, daß Frauen und Kinder bei der Herstellung helfen müssen und der Lohn für die mühsame Arbeit berechnet sich in den allermeisten Fällen nur auf wenige Pfennige für die Arbeitsstunde. Wie die Arbeiter bei so elenden Löhnen leben, unter welcher traurigen Verhältnissen sie ihr jammervolles Dasein fristen müssen, das kann jeder ermessen, der die Ausstellung aufmerksam betrachtet. Die Ausstellung als Ganzes genommen redet in dieser Hinsicht eine eindringliche Sprache.

Ob die Herrschaften aus den besitzenden Klassen die Ausstellung in gebührender Weise beachten, ob sie ihr mehr als Neugier entgegenbringen werden, bleibt abzuwarten. Die Arbeiter werden die Ausstellung zweifellos mit großem Interesse betrachten.

## Verfammlungen.

Die Herrenkonfektionsarbeiter hielten am Montag zwei Versammlungen ab. Eine für den Norden in der Schönhauser Allee und eine andere für den Süden in der Frankfurter Allee. In der ersten Versammlung referierte Käming, in der letzteren Heilmann. Die Referenten schilderten die schlechte Lage der in der Konfektion Beschäftigten, die als Heimarbeiter mit zu den gedrücktesten Arbeiterschichten gehören. Das Hauptziel müsse sein: Abschaffung der Heimarbeit und Errichtung von Betriebswerkstätten, 10stündige Arbeitszeit und Bezahlung in Zeitlohn, sowie ein prozentualer Aufschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Leider gebe es in den Reihen der Konfektionsarbeiter noch viele, welche kein Interesse für die Durchführung dieser schon längst aufgestellten Forderungen zeigen. Diese Kollegen glauben, sie ständen sich besser, wenn sie in Afford arbeiten und sich selbst eine unbeschränkte Arbeitszeit auferlegen könnten. Da unter solchen Umständen das Ziel der Konfektionsarbeiter einstweilen nicht erreicht werden könne, so gelte es zunächst, dahin zu wirken, daß mit den Unternehmern feste Tarife vereinbart werden, deren Höhe bei Anwendung der Kupfer durch Tarifkommissionen revidiert und entsprechend geändert werden. Auch sei die Einführung von Lohnwächern zu fordern, wo die Löhne für jede Arbeit einzutragen sind. Ebenso notwendig sei die Festsetzung einer bestimmten Abfertigungszeit und die Zahlung einer Vergütung in solchen Fällen, wo die Schneider bei Ablieferung und Entgegennahme von Arbeit länger als festgesetzt waren müssen. Den Maßschneidern sei es gelungen, Tarifvereinbarungen zu erreichen. Wenn die Konfektionsarbeiter solidarisch vorgehen, so würden auch sie dazu kommen, daß wenigstens die schlechtesten Verhältnisse in ihrem Arbeitsverhältnis beseitigt werden. — Die Diskussionsredner stimmten den Darlegungen der Referenten im allgemeinen zu. Im übrigen wurde an einzelnen Beispielen gezeigt, wie ungenügend die Löhne selbst für große Geschäfte wie Herzog, Israel, für einen Paletot, der in großen Geschäften wie Herzog, Israel, für 110 M. verkauft werde, erhalte der Arbeiter einen Lohn von nur 7,50 M. Dieses Mißverhältnis sei darauf zurückzuführen, daß die großen Geschäfte ihre Arbeiten bei großen Zwischenmeistern, Lohnkonfessionären, in Auftrag geben, die wieder eine Anzahl kleinerer Zwischenmeister beschäftigen. Jeder wolle möglichst viel profitieren und so werde schließlich der Arbeiter mit einem Hungerlohn abgepreßt. Wenn die Zwischenmeister fortfielen und die Geschäfte ihre Arbeiten in eigenen Werkstätten anfertigen ließen, dann könnte, um bei dem angeführten Beispiel des Paletots zu bleiben, der Arbeiter den doppelten Lohn erhalten, ohne daß der Herstellungskosten ein höherer werde.

Die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (Werk Brunnen- und Voltastraße) beschäftigten sich am Sonntag in Ballschmieders Saal erneut mit der Richtinnehaltung der Abmachungen, wie sie bei Beendigung der Aussperrung zwischen der Streikleitung und der Direktion getroffen worden sind. Die Cohen in seinem mehrstündigen Referat unter anderem hervorhob, benehmen sich die Obermeister, Meister und Werkführer des Betriebes gegen die Arbeiter derartig provozierend, daß angenommen sei, es geschehe im stillen Einverständnis oder gar auf Anweisung der Direktion hin. Wenn die Herren auf ihre Uebergriffe aufmerksam gemacht werden und die Arbeiter ihnen Bescheidwerden in Aufsicht stellen, so antworteten einige: „Bescheiden Sie sich, wo Sie wollen; hier in meiner Abteilung ist ich Herr!“ — Erst kürzlich wurde versucht, an Stelle der Achtstundentage die neunstündige einzuführen und Ueberstunden machen zu lassen. Besonders böses Blut macht die Einstellung neuer Arbeitskräfte, obwohl noch heute nicht alle Aussperrten wieder an ihre alten Plätze gekommen sind. Es ist dies eine direkte Durchbrechung jener Forderung, daß betriebsfremde Arbeiter nicht eher angenommen werden sollten, ehe die Aussperrten familiär wieder eingestellt worden seien. Die Direktion scheint mit den Neueinstellungen die Absicht allmählicher Lohnreduktionen zu verbinden. Es wird näm-

lich so verfahren, daß die neuen ungeübten Arbeiter, da sie den festgesetzten Lohn nicht verdienen können, einen Lohnzuschuß aus dem sogenannten „allgemeinen Fonds“ erhalten. Den alten Arbeitern wird aber gesagt, die bisherigen Lohnsätze seien zu hoch, die neuen Arbeiter lämen nun mit niedrigeren Löhnen aus, folglich müßten sich auch die alten mit geringeren Löhnen begnügen. Dagegen erfolgen dann gleichzeitig Entlassungen „müßiger“ Arbeiter. Der Referent sowie auch die Vertreter anderer Organisationen schilderten dann das Verhalten der Meister noch im einzelnen und schlossen mit der Warnung an die Direktion, das Maß nicht zum Ueberlaufen zu bringen, da es sonst in unserer schnelllebigen Zeit gar zu leicht zu unangenehmen Uebergriffen für sie kommen könne. Die Widerstandskraft der Arbeiter sei durch die Aussperrung nicht gebrochen, sondern gestärkt worden. Das könne sich die Direktion der A. E. G. mit samt ihren Meistern und Obermeistern ernstlich gesagt sein lassen. (Lebhafte Beifall.) — Vom Genossen Körner wurde sodann auf eine Ungehörigkeit der Polizei hingewiesen, die anlässlich der Aussperrung zum erstenmal zur allgemeinen Kenntnis gelangt ist. Das Polizeibureau in der Brunnenstraße, bei dem sich die Arbeiter des Werkes meistens ihre Invalidentarife ausstellen resp. umtauschen lassen, läßt nämlich die sonderbare Praxis, auf die Karten nicht nur den Namen und Beruf des Arbeiters (Schloßer, Dreher usw.) aufzuschreiben, sondern fügen dem Beruf noch die Bemerkung hinzu: „in einer elektrischen Fabrik“. Da durch einen derartigen Vermerk die Arbeiter bei Streiks und Aussperrungen leicht als Streikende oder Aussperrte gekennzeichnet werden können, so beschloß die Versammlung, sich wegen dieser geschlecht unzulässigen Berufsbezeichnung beschwerdeführend an den Vorstand der Landesversicherung zu wenden, damit jene Karten wieder annulliert werden.

Eine Protestversammlung der städtischen Kanalisationsarbeiter fand am Sonntag im Lokal von Merlowki in der Androasstraße statt. Alle nicht dienstlich behinderten Arbeiter der Kanalisationswerke waren anwesend. Wie aus den Ausführungen des Referenten Schabel und anderer Redner hervorging, handelt es sich um folgendes: Im November vorigen Jahres stellten die Arbeiter an die Direktion und an die Deputation der Kanalisationswerke Forderungen, welche sich auf Regelung der Lohnverhältnisse beziehen. Gefordert wurde, daß bei Beerdigung verstorbener Kollegen eine Abordnung der Arbeiter beteiligt sein solle, daß, wenn ein Arbeiter bei Krankheits- und Todesfällen in seiner Familie die Arbeit verläßt, der Lohn bis zu drei Tagen fortgezahlt werde, und daß bei den vierzehntägigen Lohnzahlungen volle 14 Tage bezahlt werden, da die Kanalisationsarbeiter doch sehr häufig am Sonntag arbeiten oder sich in Dienstbereitschaft halten müssen. Etwa zwei Fünftel aller Sonntage seien Arbeitstage für die Kanalisationsarbeiter. Zur Begründung der Forderungen wird unter anderem hervor gehoben, daß dieselben in anderen städtischen Betrieben längst anerkannt seien. — Die Direktion und auch die Deputation haben die Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Die Direktion hat sich aber nicht nur mit der Ablehnung begnügt, sondern noch ein Ubriges getan. Im Betrieb der Kanalisation bestehen nämlich mehrere Arbeiterausschüsse. Für jede Betriebsinspektion einer. Da es sich hier um Forderungen handelt, die für alle Kanalisationsarbeiten, gestellt sind, so haben alle Arbeiterausschüsse eine gemeinsame Petition, worin um Bewilligung der Forderungen ersucht wird, eingereicht. Hierin erkläre die Direktion einen Verstoß gegen die gebräuchliche hierarchische Ordnung. In einem Anschlage wurde den Arbeitern bekannt gegeben, das gemeinsame Petitionieren der Arbeiterausschüsse sei unzulässig, es werde im Wiederholungsfall bestraft werden. — Gegen diese Verfügung erhob die Versammlung besonders scharfen Protest. Die Strafandrohung wurde als ein Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter bezeichnet. Wenn die Rechte der Arbeiterausschüsse so beschränkt würden, wie es durch das Vorgehen der Direktion geschehe, dann hätten die Arbeiterausschüsse überhaupt keinen Wert, sie seien nur Deklarationsstücke, auf welche die Arbeiter lieber verzichteten würden.

Einstimmige Annahme fand folgende Resolution: Die zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Kanalisationswerke nahmen Kenntnis von dem ablehnenden Bescheid ihrer Forderungen seitens der Deputation.

Sie halten jedoch nach wie vor an diesen bescheidenen Forderungen fest und beauftragen die Arbeiterausschüsse, unerbittlich die gleichen Anträge zu unterbreiten unter nochmaligem Hinweis, daß bei anderen städtischen Betrieben bereits die geforderten Vergünstigungen bestehen.

In Erwägung, daß die städtische Kanalisationsarbeit eine der schwersten und unangenehmsten ist, halten es die Versammelten für die Pflicht der Berliner Stadtgemeinde, eine Lohnregelung im Sinne der aufgestellten Forderungen vorzunehmen. Sollte aber wiederum eine Ablehnung erfolgen, so behalten sich die Kanalisationsarbeiter weitere Schritte vor.

Die Versammlung erhebt gleichzeitig entschiedenen Protest gegen die Auffassung der Direktion bezüglich der eventuellen Bestrafung des gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterausschüsse. Falls wider Erwarten auch die Deputation den Standpunkt der Direktion teilen sollte, werden sämtliche Ausschüsse ersucht, unerbittlich ihr Amt niederzulegen, da ein Arbeiterausschuss zu deklarativen Zwecken nicht im Interesse der Kanalisationsarbeiter liegen kann.

Die Versammlung beauftragt das Bureau, diese Resolution der Direktion und Deputation zu unterbreiten.

Verband städtischer Arbeiter. Die Generalversammlung der städtischen Gasarbeiter fand am Montag in der „Resource“ statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Stadtschubert über die „Bildungsstätten des preussischen Volkes“ wurde die Sektionsleitung pro 1906 gewählt: erster Vorsitzender Hoffmann, zweiter Vorsitzender Wendt, Beisitzer Tschou, Kroll, Stemmer, Drehlopf, Stelmach, Gottschalk, Härtel, Maszpuhl und Vrotzig. — Zugleich des Kampffonds wurde beschloßen, ab Januar 1906 10 Pf. pro Mitglied und Woche an den Hauptvorstand abzuführen, während die übrigen 5 Pf. sowie der eingelaufene Fonds als Lokalampffonds von der Ortsfiliale zu verwalten ist. — Ortssekretär E. Dittmer gab alsdann ein gedrängtes Bild der Gasarbeiterbewegung pro 1906. Zur Fortführung unseres Hauptzweckes, der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht resp. neun Stunden bedürfte es der Anspannung aller Kräfte. Die Dresdener Vorgänge beweisen, was uns droht, wenn wir nicht geschlossen dastehen. Es muß also im neuen Jahre eine stärkere Zentralisierung Platz greifen und die Anstaltsversammlungen müssen vorwiegend nur zur Agitation einberufen werden resp. zur Regelung von Betriebsangelegenheiten. Die Gasanstalt Danzigerstraße macht erfreuliche Fortschritte in der Organisation, und auch in Regel sind die Kollegen mader. — Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende Wendt die gut besuchte Versammlung.

## Eingegangene Druckschriften.

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Sonderabdruck der Verhandlungen auf dem Parteitag in Jena. 63 Seiten. Preis 20 Pf. (Sozialdemokratische Agitationsbibliothek V.) Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Bericht des Verbandes der Genossenschaftskassentassen Wiens für das Jahr 1904. 170 Seiten. Selbstverlag des Verbandes. Wien VI, Königsgasse 10.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lisa Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M. Das 3. Heft des 2. Bandes ist schon erschienen.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkterichte. Herausgeber Professor Dr. J. Jastrow. Nr. 8 des 9. Jahrg. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.

H. Naack. Die neue Weltordnung. 144 Seiten. Preis 1,50 Mark. Verlag H. Naack in Kollberg.

Dr. jur. G. Crisoff. Deutsche Konsumgenossenschaften im neuen Zentralverband und die Hamburger Großverkaufsgesellschaft. 78 Seiten. Preis 1 Mark. Verlag Jöh u. Schulte, Leipzig.

Kolonial-Handelsbuch 1906. Die neueste Ausgabe 1906 des Kolonial-Handelsbuches ist schon erschienen. Das Buch wird vom Kolonial-wirtschaftlichen Komitee, Berlin NW, unter den Linden 49, herausgegeben. Der Bezugspreis beträgt einschließlich Porto 1,70 Mark.

## Briefkasten der Redaktion.

Sie bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erstellt werden soll, und die letzte Abonnementabrechnung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Nr. 3. 321. 1-4. Hängt von den betreffenden Statuten ab. — N. 26. 100. Deutscher Raschmitt und Heizer, Berlin SO 33, Bäckersstraße 55. — Wette Koppenhagen 20. Ka. Borortzüge Erster-Botsdam. — G. 2. 55. Volkshüter, Volkshüter; meist jedoch Volkshüter. — G. 2. 6. Nicht bekannt. — 1000. G. 2. Wenden Sie sich an das auswärtige Amt, W. Büchelnstr. 73/76. — N. 2. Ueberberg. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung oder öffentliche Bibliothek. — W. 3. 31. Wenden Sie sich an die Hl. Röhre. — Steemann. Die Unterlagen für Ihren Vortrag müssen Sie sich schon durch Selbststudium beschaffen. — G. W. 6. Was Hr. treibt, ist uns nicht bekannt. — Nirdorf 59. Wenden Sie sich an die Redaktion des „Deutscher Raschmitt und Heizer“, Berlin SO 33, Bäckersstr. 55. — Streit 1893. 1. Im Jahre 1890. 2. Im Jahre 1893. 3. Wegen Militärverträge. — Zeiler in Grabowsee. Wahrheit und Dichtung. — J. W. 1. Wenden Sie sich an Wilhelm Hüls, Bismarckstr. 6. — G. 2. Krausentruhe. Aufzust erhalten Sie im General-Konkordat der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Friedrichstr. 50/60. — Mailänder Ausstellung. Bei der hiesigen italienischen Postfach nachfragen. — Permana 100. Wenden Sie sich an die Städtische Bildungsdeputation, Berlin, Volkstr. 16, Zimmer 47-48. — N. 8. Koburg. — G. Heibel. Ober-Schneeweide. Es gibt mehrere Neutode, sehen Sie bitte im Atlas nach, welche Sie suchen. — N. 2. 100. Der russische Kalender rechnet 13 Tage zurück. — W. 3. 79. Der Hohl, die Hohl. — G. 2. 1000. Spielfragen beantwortet nicht. — N. 2. 27. Wenden Sie sich an einen Arzt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher

Konrad Höfke  
am 14. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem neuen Luisen-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
110/19 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sandagist

Max Weinitschke  
am 3. d. M. in Breslau verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Senefelder-Bund.  
(Verband der Lithographen und Steindruckere.)  
Todes-Anzeige.  
Am 15. Januar 1906 verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker

Gust. Heller  
im Alter von 32 Jahren an Lungentuberkulose.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Kirchhofes (Berlinerstraße) aus statt.  
286/2 Die Verwaltung.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter  
Berlins und Umgegend.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 13. d. Mts., unser Mitglied

Karl Knopf  
plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, am dem Friedhof in Bismarckstr. 6.  
Rege Beteiligung erwartet  
75/2 Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckere u. Lithographen.  
Die Beerdigung des am 15. Januar verstorbenen Steindruckers

Gustav Heller  
findet am Donnerstag, 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes Wilmersdorf, Berlinerstraße, aus statt.  
1952/2 Das Komitee.  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verein der Arbeiter und dem Rixdorfer Männerchor sage meinen besten Dank für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau.  
5779/2 Karl Lehmann u. Sohn.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 20/14 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 3-4

Dankfagung.  
Für die herzliche Teilnahme und die Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Parteigenossen, Freunden und Verwandten sowie dem Bergarbeiter „Hochstein“ meinen tiefgefühlten Dank.  
Witwe Agnes Glathe  
nebst Kindern.  
5780/2

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise der herzlichsten Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Bekannten sowie dem Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute unseren herzlichsten Dank.  
Luise Daebel geb. Buchow.

Dankfagung.  
Allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Berliner Schilimmervereins „Welle“, dem Personal der Offizin Schäfer u. Rosenfeld und den ehemaligen Schulkollegen für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines unvergesslichen Sohnes, unseres Bruders

Richard Matzke  
sagen wir herzlich unseren besten Dank.  
1950/5 Familie Matzke.

Zentral-Verband der Asphaltene, Pappdach-decker u. Hilfsarbeiter.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Sonntag, den 21. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III:

General-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Kassenbericht.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Revue des gesamten Vorstandes.  
5. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedebuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung,  
285/2 J. S.: A. Kleinschmidt.

Achtung!  
Lederarbeiter!  
Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Marienbad, Substrasse 35/36:

Mitglieder-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechte und Pflichten der Fabrik-Ausschüsse und deren Vert. Referent: Genosse Bauer.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes. 1955/5  
Auf Grund des wichtigen Themas ist es Pflicht jedes einzelnen zu erscheinen.  
Der Vorstand.

Krankenkasse der Hutwachergehlen zu Berlin. (G. 2. Nr. 67.)  
Montag, den 22. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:

General-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassen- und Jahresbericht pro 1905. 2. Bericht vom Kongress der freien Hilfskassen. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl der Revisoren und Kontrollen. 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
1878/5 O. Tschoppe.



Nur den Inhalt der Anträge übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 17. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr:

**Cyberhaus.** Die Einführung aus dem Cerall.

**Schauspielhaus.** Der Schurke der Treue.

**Neues Opern-Theater.** Geschlossen.

**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.

**Berliner.** Jar und Zimmermann.

Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.

**Neues.** Ein Sommernachtsstraum.

**Wochen.** Schöpfung.

Nachmittags 8 Uhr: Schlaraffenland.

**Reifung.** Die Frau vom Meere.

Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Ballner-Theater.)

Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)

**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Theater.)

Cyprienne.

**Kleines.** Nachtjagd.

**Romische Oper.** Der Corregidor.

**Neudens.** Der Prinzgemahl.

**Trionon.** Die Wetterfahne.

**Schauspielhaus.** Der Weg zur Hölle.

**Thalia.** Das früh um Ränke.

**Carl Weiss.** Die lebende Brücke auf Ruha.

**Zentral.** Der Bettelstudent.

**Süden.** Der Kaufmann von Venedig.

**Deutsch-Amerikanisches.** Er und Sie.

**Metropol.** Ruf ins Metropol.

**Kaffee.** Die goldene Brücke.

**Apollon.** Prinzess Rosine.

**Waldhalla.** Nach Afrika, nach Kamerun.

**Folies Caprice.** Nach dem Zappentreich.

**Urania.** Taudenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Im Hörsaal: Abends 8 Uhr: Dr. Donath.

Abends 8 Uhr: Dr. Schwaun.

**Sternwarte.** Amalienstr. 57/62.

Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

**Berliner Theater.**

Nachm. 3 Uhr Schiller-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

**Wilhelm Tell.**

Abends 7 1/2 Uhr Gastspiel der Oper des Theater des Westens.

**Zar und Zimmermann.**

Donnerstag: Kean. Freitag: Gastspiel der Oper des Theater des Westens.

**Neues Theater.**

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Ein Sommernachtsstraum.**

Donnerstag: Ein Sommernachtsstraum.

Freitag: Liebesleute (Amants).

Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.

**Kleines Theater.**

Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.**

Donnerstag:

**Hidalla.**

**Zentral-Theater**

(Spezialität). 8 Uhr:

**Bettelstudent.**

**Komische Oper.**

Friedrichstr. 104/104a.

Mittwoch, den 17. Jan., abends 8 Uhr:

**Der Corregidor.**

Donnerstag: Die Bohème.

Freitag: Der Corregidor.

Sonntag nachmittags 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Hoffmanns Erzählungen.

**Luisen-Theater.**

Abends 8 Uhr:

**Der Kaufmann von Venedig.**

Donnerstag: Der Störenfried. Die Diensthöten.

Freitag zum erstenmal: Pension Schiller.

Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor.

Sonntag nachmittags: Die lustigen Weiber von Windsor.

Abends: Pension Schiller.

Montag: Der Störenfried. Die Diensthöten.

**Moabit. Gesellschaftshaus.**

Wiclowstr. 24. Zus.: H. Peters.

Jeden Mittwoch: Original-Harburger Sänger

Direktion: Karl Frick-Kasche-Krause

Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Vorzugskarten gelten.

Nachher: Tanz.

Sonntags: Spezialitätenvorstellung.

### Urania

Taudenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:

**Am Golf von Neapel**

Hörsaal 6 Uhr: Dr. Donath.

Farbenphotographie. 2. Teil.

8 Uhr: Dr. Schwaun: Gebirge u. Erdbeben.

**Sternwarte**

Invalidenstr. 57/62.

**Castans**

Panoptikum

Friedrichstr. 165.

Ohne Extra-Entree.

Heute und folgende Tage:

Zum ersten Male

in den Räumen der 1. Etage:

**Bergbewohner**

**Abessinians.**

65 Eingeborene

Männer, Weiber und Kinder.

Eintritt 50 Pf.

**Lustspielhaus.**

Täglich abends 8 Uhr:

**Der Weg zur Hölle.**

**Trionon-Theater.**

Anfang 8 Uhr.

**Die Wetterfahne.**

Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

**Apollo-Theater.**

8 Uhr: Prinzess Rosine

von Lincke.

Darauf die glänzenden Spezialitäten mit

**Katsukuma Kigashi**

Meister der Selbstverteidigungskunst

**Jiu-Jitsu.**

Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner

Kunst und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**

Anfang 8 Uhr.

**!Auf - in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u.

Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Viktor Hollaender.

Rauchen in all. Räumen gestattet.

Sonnabend, den 20. Januar cr.:

**II. großer Metropol-Theater-Ball.**

**Folies Caprice.**

Budapester Possen-Theater

132 Liniestr. 132, Ecke Friedrichstr.

zum 122. Male:

**Nach dem Zappentreich.**

Vorher: Der Behemo

u. d. ausgezeichnete Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Vorher: tägl. v. Wertheim u. an der

Theaterkasse v. 10 Uhr normittags an.

**Waldhalla-Theater**

Nach Afrika, nach Kamerun.

Kunst-Bosse mit Ges. u. Tanz in 6 Bild.

Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Residenz-Theater.**

Direktion: Richard Alexander.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

**Der Prinzgemahl.**

Satirischer Schwank in 3 Akten von

L. Karroff u. A. Chancel.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlaf-

wagenkontrollleur.

**Carl Weiß-Theater.**

Or. Frankfurterstr. 132.

Täglich abends 8 Uhr

Die lebende Brücke auf Ruha.

Sensationelles amer. Lustspiel-

stück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern

von James Fox.

Sonnabend, den 20. Januar, nach-

mittags 4 Uhr Kindervorst.: Aschen-

brödel.

**W. Noacks Theater.**

Direktion: Rob. Oll. Dramenstr. 16.

zum letztenmal:

**Maria Stuart.**

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich

v. Schiller.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: Benefiz für Artur

Saalen: Winterkürne oder: Der

Liebe Nacht.

**Kasino-Theater**

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.

**Die goldene Brücke.**

Schauspiel in 3 Akten v. H. Stowronski.

Im Neuen Theater 3. m. sensation.

Erfolg gegeben!

Vorher: Das brill. bunte Programm.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das

Opferlamm.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

**Ueber unsere Kraft.**

(I. Teil.)

Schauspiel von Björnsterne Björnson.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Ueber unsere Kraft.** (I. Teil.)

Freitag, abends 8 Uhr:

Zwei glückliche Tage.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Mittwoch, abends 8 Uhr:

**Cyprienne.**

Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien

Sardou und G. de Najac.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

**Hans.**

Freitag, abends 8 Uhr:

Cyprienne.

Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.  
Sonnabend, den 20. Januar 1906, abends 8 Uhr:  
**Großes Kostüm-Fest**  
arrangiert v. Norddeutsche Schleife M. d. Gesangvereins A.-S.-B.  
Eine Sängerfahrt nach dem Riesengebirge mit diverser Begleiterschulungen.  
Natürliche dekorative Darstellung des Riesengebirges  
Teilnehmerkarten mit vollständigem Programm a 75 Pf. vorher zu haben; Restaurants: R. Schaller, Grafestr. 4. M. Richter, Adalbertstr. 3. Zigarrengeschäfts: Brodowsky, Reichenbergerstr. 73. A. Hoffmann, Päcklerstr. 30. O. Henschel, Wrangelstr. 167. O. Wolf, Gubenerstr. 29.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Bernspracher Nr. 8. Frankfurter-Chaussee 5.  
Jeden Sonntag: unter Leitung Herrn O. Bürger.  
Jeden Mittwoch: Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.  
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bond haben Günstigkeit.  
56382\*

**Zirkus Albert Schumann**  
Heute abend prägl. 7 1/2 Uhr: Grande Soiree aquastr. Elite-Prgr. zum 2. Male:  
Eine wirkliche Sensation! Direkt aus Nord-Amerika! Absolute Neuheit!  
Mit Abie Mitchell und ihre 20 schwarzen Tennessee-Studenten  
Ferner die großartigen neuen Spezialitäten und die phänomenale Mirza-Golein-Truppe.  
Zum Schluss: Neufenerfolg! Die diesjährige große Ausstattungspantomime in 9 Aufzügen:

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
Zum 50. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:  
◆ Indien. ◆  
Orig.-Pantom. des Zirk. Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens und Elefanten-Kämpfe.  
Sensationell! Sensationell! Mr. Norton Smith, Amer. berühmtester Pferdehändler, u. a.: Die gefährliche Fahrt durch d. Teufelsbrücke d. Rauch u. Feuer.

**Femina,**  
das neue Frauenreich.  
Sieben wunderbare Bilder, mit sich von Akt zu Akt steigenden Effekten und die märchenhaft schöne Schluß-Apoptheose.

**WINTERGARTEN**  
**Otto Reutter.**  
Klein-Familie, Kunstradfahrer.  
Ernst Perzina, dressierte Affen.  
Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin.  
Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriker.  
Yulian Familie, Akrobaten.  
Die drei Holloways, Drahtseil-künstler.  
Gebrüder Schwarz, Parodisten.  
Die Meininger, Hundopantomime.  
„In Schottland“ Ballett-Divertissement.  
Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene.  
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Walter Steiner**  
Humorist.  
**Acosta**  
Kraft-Gongleur.  
Buddhas Tafel proloungt. 14 neue erstklassige Nummern.

Gebrüder  
**Herrnfeld-Theater.**  
Heute und folgende Tage die von der gesamten Berliner Presse als „der größte Schlager“ einstimmig anerkannte dreistufige Komödie  
**Familiengtag im Hause Prellstein**  
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

**Reichshallen.**  
Heute: Stettiner Sänger  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Keller,

Koppenstraße 29:

### Vertrauensmänner-Verammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Das Ergebnis der statistischen Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Berlin. Referent: Kollege Langhammer.

2. Bericht des Kollegen Maas über die Verhandlungen in der Schlichtungskommission.

Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. Jede Beschriftung muß vertretbar sein.

Achtung! Achtung!

### Bauarbeiter

der Firma H. Käbel, Baugeschäft (G. m. b. H.).

Donnerstag, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr,

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Verammlung

aller bei der Firma H. Käbel beschäftigten Träger, Einshaler und sonstigen Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: 1. Die Erhöhung des Tariflohns und ist derselbe zur Durchführung gelangt? 2. Verschiedenes.

In dieser Verammlung kommen die gedruckten Tarife zur Ausgabe. Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Der Zweigvereinsvorstand.

**Etablissement „Neue Welt“**

Hasehoids 108/114.

Heute Mittwoch, den 17. Januar cr.

Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters

**Uriel Acosta.**

Trauerpiel in 3 Akten v. R. Gutzkow.

Anf. 8 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr.

Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.

**Palast-Theater**

Burgstr. 24, 2 Min. v. Th. Hofe.

Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Riesen-Januar-Programm.**

U. a.: 8 Harders, Berliner Die 3 Harders, Ochirner, chemal. Mügl. d. Hegelmann-Truppe.

**The Baretts,**

urkomische Pantomimiker.

**Paulas Beichte,**

Urküste von W. Gericks.

Der treue Hund und 11 Elite-Nummern.

Familienkarten in allen Bardier, Pflanz- u. Jagdgeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

**Gustav Behrens**

Spezialitäten-Theater

Frankfurter Allee 85.

Der größte Schlager der Saison!

Reitler und die 8 Abenteuer auf dem Metropolball

oder:

Die kleinen Mädchen von Berlin.

Or. Ausstattungspose m. Ges. u. Tanz

Im zweiten Bilde:

Die 6 schönen Manolisigaretten.

U. h. e. d. e. m.: 16 Spezialitäten.

Bei Sammelaufträgen extra Vergünstigung.

### Hochelegante, hochmoderne Doppel-Uhrketten

Kavalierketten,

ganze Länge 45 cm.

Nur 1.50 Mk. frei ins Haus







# Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 13. Mittwoch, den 17. Januar 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonizelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zur Vollliste.** Der Sparverein „Morgengrauen“ veranstaltet am 20. d. Mts. im Restaurant Ostbahnhof einen Maskenball. Da das betr. Lokal gesperrt ist, erlauben wir, Billeits zu diesem Vergnügen entschieden zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

**Tempelhof.** Die Parteigenossen werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevorwählerliste vom 15. bis einschließl. 30. Januar d. J. im Gemeindebureau, Dorfstr. 17, Zimmer 7, ausliegt.

Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorsteher Einspruch erheben. Parteigenossen, welche nicht selbst Zeit haben, die Listen einzusehen, werden gebeten, ihre Adresse dem Genossen R. Müller, Berlinerstr. 41/42, zur Einsichtnahme zu übermitteln.

**Groß-Lichterfelde-Lankwitz.** Die Wählerlisten zur Gemeindevorwahl liegen aus für Groß-Lichterfelde: auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8; für Lankwitz: auf dem Gemeindebureau, Hauptstr. 13, Zimmer Nr. 2.

Die Parteigenossen werden dringend aufgefordert, umgesehen die Listen einzusehen. Für diejenigen Genossen, die verhindert sind, selbst die Listen einzusehen, werden dies veranlassen für Groß-Lichterfelde: Reisen, Restaurateur, Chausseestr. 104, Harring, Lagerhalter, Dürerstr. 37, Wenzel, Behndorferstraße 3, Zherow, Köpfer, Bauwerstr. 13. Für Lankwitz: Bagheimer, Kaiser Wilhelmstr. 53, III. Link, Restaurateur, Calandrellistr. 27.

**Grünau.** Zur Empfangnahme der Handzettel zu der Versammlung am 21. Januar treffen sich die Genossen Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Grünen Ede“, Köpenickerstr. 88. Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

**Der Krankenhausbau in der Kommission.** In der letzten Sitzung der Krankenhausbaukommission wurden die Grundrisse zu den einzelnen Gebäuden des neuen Krankenhauses definitiv genehmigt. Im großen und ganzen ist der Entwurf der gleiche geblieben, nur sind einige Änderungen vorgenommen, die nach Angabe des Magistrats die Kosten etwas verringern sollen, ohne die Anlage zu gefährden. So ist auch die ursprünglich angedachte Form des Badehauses aufgegeben worden, weil man die Ansicht hat, später über dem Badehaus eventuell noch ein Stockwerk für Krankenzimmer zu errichten, was bei der achtseitigen Form nicht ausführbar wäre. Da das ganze Terrain von der Britz-Rudower Chaussee nach hinten stark ansteigt, so sollen die niederen Gebäude etwas tiefer liegen, während die Wirtschaftsgebäude und die Infektionspavillons auf dem höheren Teil errichtet werden. Abgesehen von dem finanziellen Vorteil, den diese Anlage bringt, wird durch dieses Projekt etwas Abwechslung in das ganze Bild hineingebracht werden. — Der Verkehr von dem höheren zum niederen Teil des Krankenhausgrundstückes wird über zwei Rampen erfolgen. Zu gleicher Zeit wurde nun auch der Kostenschlag festgesetzt. Bei der Festsetzung von 6500 M. pro Bett wurde für den Gesamtbau von 750 Betten mit Inventar, Zentrale für Licht und Kraft, Straßenregulierung und Wassererzeugung die Kostensumme auf 5 700 000 M. angegeben. Ueber die Zahl der Betten, mit denen das Krankenhaus eröffnet werden soll, entspann sich eine längere Diskussion. Von seiten der sozialdemokratischen Vertreter wurde darauf hingewiesen, daß man bei dem rapiden Wachstum Rigdorfs und der Krankenzahl nicht in ganz Groß-Berlin mit einer hohen Bettenzahl von vornherein beginnen müßte; vier Pavillons für innere und chirurgische Kranke und zwei Pavillons für Infektionskranke würden als das Minimum bezeichnet. Ganz anderer Ansicht waren die bürgerlichen Vertreter der Stadt Rigdorf. Ein Stadtverordneter, der schon oft von sich reden machte, jener, der sich durch seinen Prozeß um das Hausbesitzerprivileg einen so eigenartigen Ruhm verschafft hat, führte aus, daß die Stadt Rigdorf das Krankenhaus gar nicht klein genug bauen könnte; mit anerkannter Offenheit erklärte er, daß er und seine Freunde den Krankenhausbau noch lange hinauschieben würden, wenn nicht die Behörden so danach strebten. Je mehr Betten wir im Krankenhaus haben, um so mehr würden sie belegt, denn mer jetzt einen starken Schnupfen hätte, ginge ins Krankenhaus, besonders die Armenärzte schicken meist deshalb die Patienten ins Krankenhaus, damit sie gute Verpflegung bekommen. Man sieht, daß dieser Herr weder von den Ideen der modernen Gesundheitspflege noch irgend welcher Menschenfreundlichkeit angefaßt ist. — Vom Magistrat wurde dann ein Kostenschlag vorgelegt, der für 362 Betten (zwei innere und zwei äußere Pavillons) 3 870 000 M. ergab. Bei einem Anbau von drei Pavillons mit 304 Betten kommt der Preis auf 3 680 000 M. zu stehen. Es ist ersichtlich, daß bei der vorherigen Anlage der Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude für 750 Betten sich der Preis des einzelnen Bettes um so höher stellt, mit je weniger Betten das Krankenhaus belegt wird. Bei der Abstimmung über die Frage, ob 362 Betten oder 304 Betten ausgebaut werden sollten, stimmten die drei antretenden Vertreter der bürgerlichen Stadtverordneten natürlich für die niedrigere Bettenzahl; besonders interessant war, daß auch ein bürgerlicher Stadtverordneter, der Arzt ist und eigentlich die Krankenzahl kennen sollte, für die niedrigere Bettenzahl stimmte; Magistrat und Sozialdemokraten stimmten für die höhere Bettenzahl, die denn auch angenommen wurde. Freilich kamen die bürgerlichen Stadtverordneten sofort mit der Drohung, im Plenum der Stadtverordnetenversammlung doch die niedrigere Bettenzahl durchzusetzen zu wollen, damit nur ja nicht die „Gehäre“ eintrete, daß wir 362 Betten belegt hätten, wo wir doch bloß 304 belegen brauchen. — Fürwahr, vorzügliche Vertreter einer Stadtverwaltung, die es nicht einmal für die Pflicht einer Stadt von über 180 000 Einwohnern halten, dafür zu sorgen, daß die kranken Mitbürger eine Zufluchtsstätte in Krankheitsfällen haben. Für die Sozialdemokratie trat es in dieser Sitzung wieder aufs deutlichste hervor, daß nur ununterbrochene Agitation für das Krankenhaus den endlichen Beginn des Baues erzielen kann. Von den bürgerlichen Vertretern wird man, das ging aus der Sitzung wieder einmal deutlich hervor, immer wieder verladen, der Bau hinauszuschieben und so wenig wie nur irgend möglich für dieses wichtige Institut leisten. — In betreff der Heizanlagen, der Wassererzeugung und Elektrizitätsanlagen beschloß man, zunächst Gutachten von Spezialfachverständigen einzuholen, bevor man die Frage

entscheidet, ob Wasser und Elektrizität von der Stadt selbst produziert werden, oder Privatgesellschaften die Lieferung von Wasser und Elektrizität übertragen werden soll; allgemein herrschte die Ansicht vor, daß die Stadt diese Produktion selbst zu übernehmen habe.

### Wilmerdorf.

Die Gemeindevertretung genehmigte in letzter Sitzung für die Reform-Realschule die Mietung eines Grundstücks bis zum 1. Oktober 1909 zu einem jährlichen Mietpreis von 11 300 M. Auf Antrag der Aufsichtsbehörde werden statt der festgesetzten 10 000 M. die Sparsparlagen der Gemeinde-Sparkasse von einer Mark bis 5000 M. festgelegt. — Für Mehrarbeiten von gärtnerischen Anlagen werden dem Etat 8000 M. für Löhne nachbewilligt. — Die erforderlichen Mittel zur besseren Beleuchtung der Sigmaringen- und Kantenerstraße, sowie des Ludwigsplatz und Kaiserplatzes wurden bewilligt. — Den größten Teil der Sitzung nahm die Debatte über die Errichtung eines Gymnasiums mit Vorschule sowie einer Realschule zu Ostern dieses Jahres in Anspruch. Das Provinzialschulkollegium macht die Erteilung der Konzession von folgenden Bedingungen abhängig: Die Gemeinde hat die Pflicht, die Anstalt ohne jeglichen Staatszuschuß zu erhalten. Die Aufsichtsbehörde regelt die Anstellung der Lehrkräfte, der Pensionsberechtigung etc. Ferner wird verlangt: der erforderliche Grund und Boden des Schulgrundstücks geht in den Besitz der juristischen Korporation über. Hiergegen erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Gemeinde errichtet und unterhält die Anstalt, wogegen ihr das Eigentumsrecht entzogen wird. In der Debatte wurde von dem Gemeindevorsteher Direktor Haberland und dem Schöffen Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Veyhlag die rechtliche Grundlage zu einer solchen Forderung bestritten, die Forderung als ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommune und als eine Unbilligkeit der Schulbehörde bezeichnet. Mit großer Mehrheit wurde die Forderung des Provinzial-Schulkollegiums abgelehnt und der Gemeindevorstand beauftragt, erücut mit der Schulbehörde wegen Errichtung der beiden Anstalten zu verhandeln. Der Gemeindevorstand teilte sodann mit, daß der Kreisrat am 13. Januar d. J. dem von der Gemeinde beschlossenen Abkommen hinsichtlich der Bedingungen über das Auscheiden von Wilmerdorf aus dem Kreisverbande zugestimmt habe, und daß die Angelegenheit der Stadterweiterung nur noch der Genehmigung des Kaisers bedürfe. Der Antrag des Joachimsthalschen Gymnasiums seitens der Gemeinde hat die ministerielle Genehmigung erhalten.

### Schöneberg.

Die Stadtverordneten hielten am Montag nur eine kurze Sitzung ab. Ruher der Magistratsvorlage betreffend Errichtung einer Oberlehrerinnenstelle an der höheren Mädchenschule stand nur die Wahl der ständigen und der besonderen Ausschüsse auf der Tagesordnung. Von unseren Parteigenossen sind darin vertreten: Obit und Däumig in je drei, Käter, Frisch und Hoffmann in je zwei und Wollermann und Kämler in je einem Ausschusse. Den Rekord in der Höchstzahl der Zugehörigkeit zu den Ausschüssen hat der bürgerliche Stadtverordnete Dr. v. Gordon erreicht; derselbe gehört bis jetzt sechs Ausschüssen an, während es sein Kollege R. Schneider nur auf vier gebracht hat. Ob es bloßer Zufall ist, daß manche bürgerliche Stadtverordnete gar keinem Ausschusse angehören?

Im nichtöffentlichen Teile wurde sodann noch über die Anstellung von Schweflern zum neuen Krankenhaus verhandelt.

### Lichtenberg.

Ich mache es eben so! Die Gemeindearbeiter in Lichtenberg erfreuen sich wirklich einer recht patriarchalischen Behandlung! Vor kurzem richteten die Straßenreinigungsarbeiter an den Gemeindevorstand „die gehorsamste Bitte“, gleich den Gasanstaltsarbeitern einen „Arbeiterausschuss“ bilden zu dürfen. „Ich bin dagegen. Wenn die Arbeiter etwas wollen, dann können sie es selbst sagen.“ So äußerte sich der Degenerent und knüpfte daran noch einige Bemerkungen, die an die guten alten Lichtenberger Sitten erinnern sollten: „Ich würde eine Kommission schon leuchten, wenn sie sich etwa auf meinem Plage (der Herr ist Zimmermeister seines Zeichens) mit so einem Hauptpolz von Agitator Biden (heh!)“ Der Antrag wurde wohl in der Straßeneinigungs-Kommission angenommen, aber im Gemeindevorstand abgelehnt. Der Gemeindevorstand wurde er gar nicht erst vorgelegt. Derselbe Herr handelt auch in anderer Beziehung recht selbstherrlich. Zwei Arbeiter der Straßenreinigung erhielten anstatt des im Etat vorgesehenen und beschlossenen Lohnes von 24 M. pro Woche nur 21 M. Die so entstandene Differenz von 3 M. aber wurde einem Stallmann als „Zulage“ gewährt, der nun anstatt 24 M. 30 M. Wochenlohn erhielt. Diese Handlungsweise rechtfertigte er mit den Worten: „Na, wenn das auch nicht beschaffen ist, ich mache es eben so!“ Auf die Behauptungen, daß das doch eine willkürliche Wirtschaft wäre, hatte der Gemeindevorstand nur noch die Bemerkung: „Na, ich mache es nicht anders!“ Und wie die „Alten“ jungen, so juchend die „Jungen“. Der Betriebsführer an der Kläranlage scheint den Arbeitern dieselbe „Burschaftigkeit“ entgegenzubringen.

Zwei Streckenarbeiter sind auf bisher nicht aufgeklärte Weise ein Ring Durchzugsdraht von etwa 2 Meter Länge abhanden gekommen. Der Meister Markow, dem der Verlust gemeldet wurde, macht die Arbeiter kurzerhand erschaftlich. Bis zum Betrage von 10 M. werden ihnen einfach pro Woche je 1 M. vom Lohne in Abzug gebracht. Und am Sonntag wurde die erste Rate bereits abgezogen. Auf den bescheidenen Hinweis, daß zunächst einmal mit dem Herrn Degenerenten darüber sprechen zu dürfen, gab der Herr Meister die lakonische Erklärung ab: „Wenn Sie dahin gehen wollen, werden Sie entlassen!“ Die Arbeiter wurden nun aber doch vorstellig und erhielten die Antwort: „Wer etwas verliert, muß es ersuchen! Nun hatten aber die Arbeiter einen um 6 Meter längeren Ring Draht von angeblich noch besserer Qualität als der abhanden gekommene durch einen Menschenfreund zur Verfügung gestellt erhalten und dem Meister Markow gebracht. Das muß nicht 10 M. müssen bezahlt werden! Und das, obwohl ein Eisenwarenhändler am Orte erklärt, daß der Wert des Drahtes mit 1,50 M. vollständig ersetzt sei.

Das sind ja recht niedliche Zustände in der Lichtenberger Gemeinde. Man glaubt sich nach Ostpreußen versetzt, wo der Gutsherr über Leib und Leben „seiner“ Arbeiter und Tagelöhner „süßigt“. Mit den Arbeitern wird hier umgesprungen, als ob es Kulis wären. Es wird wirklich Zeit, daß die Arbeiter selbst dafür Sorge tragen, daß ihnen eine menschenwürdige Behandlung zu teil wird. Das kann aber nur geschehen, wenn sie sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen und vereint kämpfen, dergestaltige Zustände, unter denen sie leiden, zu beseitigen.

### Friedrichshagen.

Eines Handschuhes wegen in den Tod. Ein bedauerndwertes Unglücksfall hat sich gestern nachmittag auf der Wororibahn zwischen Friedrichshagen und Dirschgarten zugetragen. Eine Lokomotive von Arbeitern war dort auf dem Bahnkörper mit dem Ausstoßen der Gleise beschäftigt. Als von Köpenick kommend eine Rangiermaschine nahte, wurde das übliche Warnungssignal gegeben, worauf die Leute sich auch von dem Gleise entfernten. Der 50 Jahre alte Bahnarbeiter Kaiser aus Köpenick hatte auf dem Schienenstrang einen Handschuh zurückgelassen und da er besichtigte, daß das Wellenstück durch die Räder der Lokomotive vernichtet würde, sprang er schnell noch einmal zum Gleise zurück. Kaum hatte er jedoch nach dem Handschuh gegriffen, so erhielt er von der vorbeifahrenden Maschine einen derartigen Stoß in den Rücken, daß er die Höhe hinabgeschleudert wurde und sofort tot war.

Am Dienstag, den 9. Januar, hielt Genosse Knüpfer in Berlin in einer von hiesigen Gewerkschaftsvertretern einberufenen Gewerkschaftsversammlung ein Referat über Bauarbeiterbeschäftigung. In seinem anderthalbstündigen Vortrag schilderte er in Kürze die Nachlässigkeit auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes, insbesondere kritisierte er die Ungleichheit der zum Schutz der Bauarbeiter getroffenen gesetzlichen Bestimmungen. Im Gegensatz zu Norddeutschland sind in Süddeutschland bereits Fachleute als Bauarbeiterkontrolleure vom Staate angestellt. In einer Reihe von Beispielen legte er dar, daß die Vergütung resp. die Ausführung der Arbeiten im Accord ganz erhebliche Gefahren mit sich bringe. Am Schluß seines Referates ermahnte er die Bauarbeiter zu strenger Befolgung der schon bestehenden Bauunfallvorschriften, sowie die gewerkschaftliche und politische Organisation hochzubalden, und diejenigen, welche noch fernstehen, heranzuziehen. Endlich ersuchte er die anwesenden Bauarbeiter, die von der Zentralkommission für Bauarbeiterschutzes ausgearbeitete Petition zu unterzeichnen.

### Zyndan.

Protest gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. Eine gutbesuchte Versammlung, welche am Mittwoch im Saale von Rauske tagte, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung nicht allein gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, sondern gegen die Steuerpolitik der Regierung und der herrschenden Klassen überhaupt. Zigarettenmacher Genosse Pieper eröffnete die Versammlung und teilte mit: Der Vertreter des Reiches, Reichstagsabgeordneter Pauli, habe einer zweimaligen Einladung zur Versammlung leider nicht Folge geleistet. Die Antwort des Herrn habe gelaute: Er würde zu der geplanten Versammlung nicht erscheinen. Wollte man eine derartige Versammlung haben, so empfehle er, sich an den Vorsitzenden des neuen Wahlvereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Herrn Rechtsanwalt Lübbke, zu wenden. Genosse Pieper geißelte das Verhalten des Herrn Pauli in gebührender Weise.

Abdamm erhielt Genosse Max Müller-Berlin zu seinem Referat das Wort. Zunächst schilderte er die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie und wies nach, daß in dieser Branche Rot und Elend am allerbedeutlichsten zutage treten. Um so unbegreiflicher sei es, daß die Regierung jenen Kernsten der Armen noch mehr Lasten aufhalsen wolle. Die bestehende Klasse habe es stets sehr gut verstanden, der minderbemittelten Klasse die Steuerlast aufzuwälzen. Redner geht nun im allgemeinen auf die Steuerpläne der Regierung ein. Die deutsche Reichsregierung brauche Geld zu ihrer Kolonial- und Flottenpolitik. Um das Geld flüssig zu machen, sei sie in den Mitteln nicht wählerisch. Im Landtag sowohl wie im Reichstag haben die Reichsparteien stets Interessenpolitik getrieben. Nur die sozialdemokratische Partei habe die Interessen der Armen und Unterdrückten vertreten. Die Verfassungskommission hätten hieraus die Lehre zu ziehen, so schloß Redner seinen Vortrag, sich dieser Partei anzuschließen. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme:

„Die heute bei Rauske tagende Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von Steuern und Zöllen auf Tabakfabrikate. Die Gesetzesvorlagen stehen in einem unlöslichen Widerspruch mit dem Schutze zugunsten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, der die Grundlage der deutschen Sozialreform bilden soll. Die geplanten Steuern und Zölle sind ruiniös für die Tabakindustrie und vernichtend für die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern, die mitfam ihren Familien der Not und dem Elend preisgegeben werden. Sie wirken aber auch lobenswürdig für diejenigen, die unter den neuen, bedeutend verschlechterten Erwerbsverhältnissen in der Tabakindustrie noch Beschäftigung finden; endlich werden diese Steuern und Zölle in der Hauptfrage von den heillosen Klassen aufgebracht. Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß derselbe die ihm vorliegenden Gegenwürfe ablehnt, die für erhöhte militärische Rüstungen zu Wasser und zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen zu legen, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Rüstungen gemacht worden, und zwar durch Einführung direkter Reichsteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft.“

### Potsdam.

Arbeiterriß. Von einem Neubau abgestürzt und dadurch getötet ist am Montag in Potsdam der Maurer August Schulz aus Schöneberg, welcher als Puffer auf dem Grundstück Leinigerstr. 8 beschäftigt war. Im dritten Stockwerk auf dem Vangerüst stehend, entfiel ihm eine Latte, die er schnell noch aufhalten wollte, wobei er das Gleichgewicht verlor und durch das Mästungsgeländer kopfüber in die Tiefe stürzte. Mit gebrochenem Schädel und Genick blieb er tot auf dem Hof liegen. Schulz war Familienmutter. Seine Angehörigen wurden sofort von dem Unfall in Kenntnis gesetzt.

## Berliner Nachrichten.

Gegen die Theaterbilletsteuer wenden sich ganz entschieden die Theaterdirektoren. Am Montag fand eine Sitzung des Verbandes der Berliner Theaterleiter statt, in der Herr Rafael Bödenfeld mitteilte, daß vielleicht schon in zwei bis drei Wochen eine diesbezügliche Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelangen werde, nachdem sie inzwischen von der Steuerdeputation beraten worden sei. In den Beratungen, an denen Mitglieder des Verbandes teilgenommen haben, sei es wenigstens gelungen, die Steuerdeputation von der Undurchführbarkeit der rigorosesten Bestimmungen des Entwurfs zu überzeugen. So war ursprünglich geplant, auch die Freibillets einer Steuer von zehn Prozent zu unterwerfen; ferner sollten die ermäßigten Eintrittskarten zu den in Berlin üblichen Nachmittagsvorstellungen nach den Abendpreisen der entsprechenden Plätze besteuert werden. Diesen Plan hat man dank der Bemühungen der Direktoren fallen lassen, auch beabsichtigt



Die Steuerdeputation, die Plätze bis zum Preise von einer Mark von der Steuer auszunehmen. Direktor Dr. Löwenfeld führte aus, daß Berlin die einzige deutsche Stadt sei, die für die Zwecke der dramatischen Kunst kein Geld übrig habe, die vielmehr noch eine Million aus den Ertöngnissen der Theater für sich beanspruche. Die wenigen Städte, die eine Theaterdirektion eingeführt haben, lassen deren Ertöngnisse wieder in anderer Form dem Theater zugute kommen, so stelle z. B. die Stadt Frankfurt a. M. ihrer Theaterdirektion nicht nur zwei große Theatergebäude, sondern auch noch einen jährlichen Barzuschuß von mehr als 300 000 M. zur Verfügung. Als des pikanten Interesses nicht entbehrende Neuigkeit erwähnte Direktor Löwenfeld noch, daß die königlichen Bühnen, unbeschadet der Rechtsfrage, ob sie tatsächlich zu der geplanten Villeresteuer herangezogen werden könnten, sich bereit erklärt haben sollen, den auf sie entfallenden Steuerbetrag zu tragen. Die Generalintendant erwartete dagegen von der Stadt, daß sie bei dem bevorstehenden Neubau des Opernhäuses nach Kräften zu den Kosten beizutragen werde. Oberbürgermeister Kirchner sei übrigens ein eifriger Verfechter der neuen kunstfeindlichen Besteuerung, und es sei erforderlich, in eine energische Propaganda gegen die Steuer einzutreten, da ihre Annahme in der Stadtverordnetenversammlung durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege. Demnach soll eine große öffentliche Versammlung einberufen werden, in der gegen die Besteuerung der Kunst und der Volksbildung Stellung genommen werden soll.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat sich schon gegen dieses Steuerprojekt gewandt als es auftauchte und wird, als grundsätzliche Gegnerin jeder indirekten Steuer, auch diesen Standpunkt zum Ausdruck bringen, wenn eine diesbezügliche Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelangt. Daneben aber trägt die Theaterdirektion so sehr den Charakter der Schwächlinge an der Stirn, daß man sich wundern muß, daß es in Berlin noch Leute gibt, die ein derartiges Steuerprojekt gutheißen können.

Die Post an Kaisers Geburtstag. Bei den Postanstalten im Bezirke der Oberpostdirektion Berlin werden am 27. Januar, dem Geburtstage des Kaisers, die Schalter aus nachmittags in der Zeit von 5 bis 7 Uhr geöffnet sein. Die Zweigstellen, die Sonntags für den Verkehr mit dem Publikum nicht geöffnet werden, bleiben auch am 27. geschlossen. Vormittags sind die größeren Postämter von 8-9, mittags von 12-1 Uhr geöffnet. Die Briefbefreiung findet am 27. Januar zweimal vormittags statt. Pakete und Geld werden einmal bestellt.

Das Märkische Provinzial-Museum ist zurzeit bis zur Wiedereröffnung im neuen Gebäude für die öffentliche Besichtigung geschlossen; dagegen bleibt der Geschäftsverkehr in den provisorischen Räumen, Zimmerstr. 90, im Gange.

Zu den Vorbereitungen zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars wird bereits mit Hochdruck gearbeitet und zwar — in der Decker- und Bärenstein, wo zu Amt und Frommen aller Patrioten ein Gruppenbild der kaiserlichen Familie hergestellt wird. Um diese freudige Heberausführung der gesunden patriotischen Welt auch rechtzeitig unterbreiten zu können, sind jetzt in dem genannten Betriebe Überstunden an der Tagesordnung. — Für die eifrige Tätigkeit seiner Leute wird hoffentlich Herr Bärenstein den Lohn in Gestalt einer hübschen Dekoration im Ansploß erhalten.

Ein geriebener Schwindler. Auf das Mitleid seiner Mitmenschen hat ein Gauner spekuliert, welcher seit längerer Zeit die Bewohner der westlichen Vororte gebrandschätzt hat. Er gab an, ein Fuhrunternehmer Schürbig aus Potsdam zu sein und behauptete unter Tränen, daß ihm durch Hoch und Niedrig seine sämtlichen 18 Pferde verloren gegangen seien und daß er jetzt völlig mittellos und verarmt dasthe. Außerdem habe er schwere Schicksalsfälle in der Familie gehabt. Der Schwindler verband es stets, seine Leidensgeschichte so glaubwürdig und rührend darzustellen, daß der Erfolg, namhafte Geldunterstützungen, niemals ausblieb. Gestern erzielte den Pseudo-Schürbig jedoch das Schicksal. Als er in einem feinen Restaurant des Westens ein splendides Dinner einnahm, wurde er von einem Polizeibeamten erkannt und vom Tisch weg verhaftet. Auf dem Polizeibureau entpuppte sich der Schwindler als der 37jährige „Gelegenheitsarbeiter“ Otto Reier aus Friedenau.

Aus der besten der Welten. Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen ist gestern Abend der Bauarbeiter Robert Bodamer aus der Linientstraße 201a. B. war schon seit langer Zeit ohne Beschäftigung gewesen, und trotz aller Bemühungen wollte es ihm nicht gelingen, wieder Arbeit zu erhalten, um für sich und seine Familie das tägliche Brot verdienen zu können. In der Verzweiflung beging B. Selbstmord. Er erhängte sich in seinem Schlafzimmer. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus eingeliefert.

Automobilomnibus-Verbindung zwischen Berlin und Friedenau. Die Verkehrsprojekte, welche Verbindungen zwischen Berlin und den Vororten durch den Automobilomnibus herbeiführen wollen, häufen sich jetzt immer mehr. Das letzte betriebsfähige Projekt behauptet eine Automobilomnibus-Verbindung zwischen Friedenau, Schönberg und Berlin. Ein Unternehmen, ist bereits mit den maßgebenden Stellen in Unterhandlungen getreten. Es ist geplant, die Automobilomnibuslinie aus, während der Nachtstunden aufrecht zu erhalten.

Zwei Opfer der Bootskatastrophe auf dem Seddiner See sind am gestrigen Tage durch abtuhende Fischer geborgen worden. Es sind dies die Leichen des Kaufmanns Radtke, Friedrichstr. 250, und des Buchhändlers Reumann, Arnststr. 39. Radtke war noch mit dem vollständig durchwachten Militärmantel bekleidet. Reumann, der ein Aubertrikot trug, war am Sonntagmorgen vom Ufer aus beobachtet worden, als er, mit dem Wellen kämpfend, sich vergeblich an das Boot anklammerte und schließlich in die Tiefe sank.

Ueber einen Selbstmord einer Frau eines im Westen Berlins sehr bekannten Baumeisters teilten wir vorige Woche nach der „Welt am Montag“ mit, daß das Motiv zu diesem Schritt darin zu suchen sei, daß ihr perverser veranlagter Ehemann die Frau infolge seiner Neigungen derart quälte, daß sie das Opfer derselben geworden sei. Gestern nun berichtet sich, die „Welt am Montag“ dahin, daß die letztere Behauptung nicht aufrecht zu erhalten sei, sie habe sich vom Gegenteil überzeugt. Wir nehmen auch hier von Notiz und bemerken, daß, wie uns noch berichtet wird, das Motiv zu dem bedauerlichen Schritt in schweren Erkrankungen in der Familie zu suchen sei, und angenommen werden muß, daß die Frau infolge der Aufregung in geistiger Unmacht gehandelt habe.

In das Kassenlokal der Ortskrankenkasse der Maler, Spandauerstraße 5, wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein Einbruch verübt. Die Einbrecher nahmen ihren Weg durch einen kleinen Fensterhaken des ziemlich hohen Parterre von der Straße aus, um in das Zimmer zu gelangen, in dem das Geldspind stand. Dieses wurde angebohrt bezw. mit Gewalt erbrochen. Erbeutet haben die Spitzhaken 3018,00 M. Das Geld war bereits in Rollen bei der Deutschen Bank eingewechselt worden, um am Sonnabend an frange Mitglieder ausbezahlt zu werden. Außerdem haben die Einbrecher eine Kasse mitgenommen, in welcher sich Depositscheine der Seehandlung, einer des Gewerkschaftsvereins, die Police der Feuerversicherungsanstalt, die Police der Versicherungsanstalt gegen Einbruch, Mietkontrakte usw. befanden, Sachen, die für die Diebe vollständig wertlos sind.

Ein Schlafstellen-Schwindler, angeblich namens Franke, hamburgischer Dialekt sprechend, scheint gegenwärtig eine Gastrolle in Berlin zu geben. Mittwoch gegen 3 Uhr nachmittags kam zu einem Tapezierermeister am Luisen-Ufer ein etwa 42-44 Jahre alter, mittelgroßer Herr mit schmalem Gesicht, dunklem, stark ergrautem Haar und dunkelblondem Schnurrbart und mietete ein Zimmer. Seine Kleidung bestand aus einem dunklen Leberzieher, dunklem An-

zug und schwarzem Schlapphut. Gleich nachdem er das Zimmer gemietet, entnahm er seinem grauen Handbrett einen größeren Posten Wäsche, legte dieselbe in die Kommode, daburh das besondere Vertrauen der Zimmervermieterin erweckend. In den folgenden Tagen verließ der Fremde gegen 9 Uhr vormittags sein Zimmer und kehrte immer gegen Abend zurück. Gelegentlich erzählte er, daß er verheiratet gewesen sei, Frau und Tochter wären jedoch gestorben. Am Sonnabend, den 18. Januar, erkrankte der Mann heftig an Magenbeschwerden, den Fremden um Angabe seiner Personalien, worauf letzterer erwiderte, daß er die Anmeldung selbst besorgen wolle. Gleich darauf verließ der p. Franke das Zimmer, da er einen notwendigen Gang besorgen müsse, kehrte dann zu einer Zeit zurück, während der die Wirtsleute vom Hause abwesend waren, und verließ es dann wieder unter Mitnahme seines Handbretts nebst mitgebrachtem Inbalt sowie eines dem Tapezierermeister gehörigen neuen Leberziehers, mehrerer Wästen und einiger Schultornister.

„In Freien Stunden.“ Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser Wochenchrift, die in Hefen zu je 10 Pf. erscheint, liegt der zweite Band des neunten Jahrganges nunmehr gebunden vor. Sein Inhalt ist: „Der Kurier des Jaren“, Roman von Jules Verne; „Das Vermächtnis des Bedlars“, Roman von Otto Rupius; „Am Kolanger Fjord“, Erzählung von Theodor Rügge und „Wie der Großvater die Großmutter nahm“, Erzählung von Hermann Kurz. Daneben bietet ein „Kleines Feuilleton“ allerlei kurze unterhaltende und belehrende Notizen. Der reichhaltige Inhalt begiebtener Unterhaltungslektüre dieses und der bisher erschienenen Bände der Zeitschrift sollte die Parteilosen veranlassen, auf selbe zu abonnieren und auch in ihrem Freundes- und Bekanntenkreise Abonnenten zu werben. Gerade jetzt ist für diese Agitation der richtige Moment, denn in dem ersten Heft des soeben beginnenden zehnten Jahrganges ist ein Roman: „Der verlorne Sohn“, enthalten, der zweifellos in den Kreisen der Arbeiterschaft viel Anklang finden wird.

Die Bibliotheken gewerkschaftlicher und politischer Verbände machen wir auf die bisher erschienenen Bände besonders aufmerksam, dieselben bieten den Mitgliedern gern gelesene Romane, Erzählungen und sonstige Unterhaltung.

Jeder Band kostet gebunden in Halbfranz 4 M., in Leinen 3,50 M. In Wochenheften abonniert kostet jedes Heft 10 Pf. Bestellungen auf die Bände sowohl als auch auf die wöchentlichen Lieferungen nimmt jede Parteibuchhandlung, in Berlin auch alle Parteipeditionen und Zeitungspeditionen entgegen.

„Die Bedeutung des Sauerstoffes für Technik und Wissenschaft“ wird Herr Dr. Sauerbmann am 15. Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Dreptow-Sternwarte am Mittwoch, den 17. Januar 1906, abends 8½ Uhr, in einem Vortrag, der durch zahlreiche Experimente unterstützt wird, behandeln. — Zur Vorlesung gelangen einige alte Kupferstücke, welche Herr Model dem Astronomischen Museum als Geschenk überwiesen hat. — Sie stellen Alexander von Humboldt, J. S. Bailly, Maximilian Hell und J. Verduille dar. — Mit dem großen Fernrohr wird vor und nach dem Vortrag Jupiter beobachtet. — Gäste haben Zutritt.

## Gerichts-Zeitung.

Widbraufschaffner. Daß der üble Ruf der Schlächterfuhrwerke nicht ganz zu Unrecht besteht, ergab wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wegen fahrlässiger Tötung war der Schlächtermeister Richard Holzmann angeklagt. — Eines Tages im November v. J. unternahm die in der Dresdenerstraße wohnhafte 77jährige Witwe Selig einen kleinen Spaziergang. Als die Grotten der Straßendamm kreuzen wollte, bemerkte sie nicht, daß ein Schlächterfuhrwerk in dem üblichen unruhigen Tempo vor rechts sich näherte. Sie setzte ihren Weg ruhig fort. Der Führer des Schlächterfuhrwerks, der jegliche Angellage, mähtigte trotzdem nicht seine Fahrgeschwindigkeit, sondern fuhr drauf los, als ob der Straßendamm lediglich für ihn vorhanden sei. Als ihn Passanten durch Rufe aufmerksam machten, verlor der Angeklagte noch die Gleichgewichtsgegend und fuhr nunmehr direkt auf die Grotten zu. Beide Räder des schwerbeladenen Fuhrwerks gingen über die unglückliche hinweg, die schließlich befehlungslos von Passanten aufgehoben und in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban geschafft wurde. Hier verstarb Frau S. nach kurzer Zeit an den Folgen der schweren inneren Verletzungen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, keinerlei Schuld an dem allerdings höchst bedauerlichen Tode der Frau S. zu haben, diese sei ihm direkt in den Wagen hineingelaufen. Die Beweisaufnahme ergab indessen, daß S. in unglücklich fahrlässiger Weise gehandelt hatte. Der Gerichtshof hielt aus diesem Grunde eine empfindliche Strafe für angebracht und erlachte auf drei Monate Gefängnis.

Ein Kassierer für Kerze. Wegen Körperverletzung ist am 15. Februar vom Landgericht Köln der Kassierer Gerhard Bläser zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war Kassierer des Kerzevereins zu Köln und kam zu dem Zeitungsvorleger R., um eine Arztrechnung einzulassen. R. erklärte, er habe schon bezahlt und komplimentierte den Angeklagten hinaus. Das ging nicht ohne Wortwechsel ab. Draußen schimpfte der Angeklagte. R. trat vor die Tür und erhielt dann vom Angeklagten einen Messerstoß, dessen Heilung drei Wochen in Anspruch nahm. — Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Eigentümliche ländliche Sitten. Wegen Körperverletzung wurden am 30. September v. J. vom Landgericht Bonn ein gewisser Post zu vier Monaten, der Schuhmachermeister Theodor Wischerath, der Steinbrucharbeiter Heinrich Diez und der Pferdeschnecht Michael Eichbach zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Dorfe, in welchem die Angeklagten wohnen, besteht die Sitte, daß im Mai ein junges Mädchen versteigert wird. Derjenige Bursche, dem sie zufällt, muß sie im Mai dreimal besuchen und etwas zum besten geben. Ein gewisser B. aus einem Nachbarorte hatte im vorigen Jahre die Apollonia S. versteigert, war aber anscheinend seinen Verpflichtungen nicht voll nachgekommen. Die Angeklagten unternahmen es daher am Abend des 21. Mai, ihn zu bestrafen. Das Ende vom Liede war, daß B. gründlich verhäuten wurde. — Post hatte sich bei dem Urteile beunruhigt, die übrigen hatten Revision eingelegt. Das Reichsgericht hielt die Gemeinschaftlichkeit nicht für genügend festgestellt und hob am Montag das Urteil im vollen Umfang auf, also auch soweit es Post betrifft, weil die Aufhebung eines Urteils aus materiellen Gründen für alle Angeklagten erfolgen muß, wenn der Verurteilung dieselbe Straftat zugrunde liegt.

Mangelnder Schutz in Ziegeleien. Die Klagen über mangelnden Schutz in Ziegeleien sind außerordentlich zahlreich. Die Umgehung der wenigen Schutzvorschriften wird durch die Annahme, die Ziegelei sei nur ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb, außerordentlich erleichtert. Es wird unter dieser Annahme häufig die Beschäftigung ausländischer Arbeiter durchgesetzt. Diese Umgehung der erlassenen Vorschriften ist wiederholt im Reichstage beklagt worden. Mit welcher Hartnäckigkeit selbst gegen kleine Schutzvorschriften große Ziegeleibesitzer sich wenden, zeigt ein am Montag vor dem Kammergericht abgefolgter Prozeß gegen den Ziegeleibesitzer Mann in Herzfelde (Wart Brandenburg, Kreis Niederbarnim).

Paragrah 138 der Gewerbeordnung bestimmt unter anderem: „In jeder Fabrik hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß in den Fabrikräumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, an einer in den Augen fallende Stelle ein Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter unter Angabe ihrer Arbeitstage, sowie des Beginns und Endes ihrer Arbeitszeit und der Pausen ausgehängt ist. Ebenso hat er dafür zu sorgen, daß in den bezeichneten Räumen eine Tafel ausgehängt ist, welche in der von der Zentralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter ent-

hält.“ — Der Ziegeleibesitzer Mann war wegen Uebertretung dieser Vorschriften angeklagt worden, weil er die beiden Ausgänge nur am ordentlichen Zugange zu seiner Ziegelei hatte andringen lassen. Das Landgericht sprach ihn freigesprochen, weil es dies als den Vorschriften des § 138 genügend erachtete. Das Kammergericht hob dann im verfloßenen Sommer das Urteil auf und verwies die Sache damals zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es sich dahin aussprach: Die Auffassung des Landgerichts sei irrig. Es widerspreche dem § 138, daß die Ausgänge am ordentlichen Zugange zur Ziegelei genügen sollten. Sünde die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter an verschiedenen Stellen oder in verschiedenen Räumen des Fabrikbetriebes (hier der Ziegelei) statt, dann seien eben die genannten Ausgänge in jedem der betreffenden Räume und an jeder der betreffenden Arbeitsstellen anzubringen. — Demnach verurteilte dann das Landgericht den Angeklagten wegen Uebertretung der angezogenen Bestimmungen zu einer Geldstrafe von 10 M. Es nahm als festgesetzt an, daß in einem Schuppen, an den sogenannten Strichen und in den Maschinenräumen, wo jugendliche, zum Teil nur gelegentlich, beschäftigt würden, die Ausgänge fehlten. Herr Mann legte abermals Revision ein. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel.

## Vermischtes.

Eine verkrachte Ordnungstruppe. Unter dieser Epithete meldeten wir kürzlich, daß über das Vermögen des früheren Gesandten Reichherrn von Gramm-Burgdorf der Konkurs verhängt ist. Zu dieser Affäre geht dem „Berl. Tagebl.“ aus Hamburg folgende Zuschrift zu:

„Im Sommer 1905 kaufte der Baron von Gramm-Burgdorf von dem auf sehr schwachen Füßen stehenden Bauunternehmer Sch. in Hamburg vierzehn unsertige Etagenhäuser zum Preise von einer Million und vierhunderttausend Mark. Die Häuser liegen in Hamburg-Eimsbüttel an der Westfälischstraße, Grundstraße und Voigtstraße. Die an diesen Bauten beschäftigten Handwerker und Lieferanten waren nicht wenig erfreut, daß die Häuser aus den Händen des schwachen Besitzers in die des angehenden Herrn v. Gramm gerieten, und arbeiteten mit doppelten Kräften. Um so mehr fielen sie aus allen Himmeln, als sie von dem plötzlich eingetretenen Konkurs des Herrn Memmsin erhielten. Zur Illustration dieses merkwürdigen Häuserankaufes diene, daß der Wert der genannten vierzehn Grundstücke, wenn sie in allen Teilen fertiggestellt sind, was heute noch nicht annehmbar der Fall ist, im allerhöchsten Fall 950 000 Mark beträgt.“

In die Sache ist auch eine Baronin von Königswarter in Hannover verwickelt, die beabsichtigt wird, Wechsel auf den Namen des Herrn von Gramm-Burgdorf gefälscht zu haben. Mit ihr wird sich die Staatsanwaltschaft in Hannover beschäftigen. Ueber letztere Angelegenheit wird berichtet:

Die Verhandlungen gegen die Baronin von Königswarter und Reichherrn von Gramm — gegen letzteren ist vorläufiglich eine Anklage nicht zu erheben, er wird wohl nur als Zeuge in dem Prozeß auftreten — werden, wie uns unser hannoverscher Korrespondent schreibt, vor der Strafkammer zu Hannover stattfinden. Vorläufig sind die Untersuchungen noch nicht beendet. Noch liegen die Sachen bei der Staatsanwaltschaft, auch ist noch gar nicht bestimmt, welche Anklage der Untersuchungsrichter aus dem Aktenmaterial konstruieren wird. Die Höhe der Summe der ausgesprochenen Wechsel ist noch nicht genau festgestellt. Wie die Verhältnisse liegen, wird das Gericht unstreitig gegen einige der Geldgeber und Vermittler vorgehen, denn Bucherzinsen sind von der Baronin wiederholt gezahlt worden.“

Ermordet wurde acht Tage nach der Hochzeit in Neubielar in Schlesien der 52 jährige Produktenhändler Löhner von seiner um fünf Jahre jüngeren Ehefrau. Ueber diese Tat werden folgende Einzelheiten gemeldet: L. lernte vor einiger Zeit durch eine Annonce die Privatfrankensplegerin Schmidt aus Kottwitz kennen, die sich dort eines guten Reumunds erfreute und sich trotz eines schweren körperlichen Leidens ihres Bräutigams, insofern begeben dieser eine künstliche Nase tragen mußte, entschloß, mit ihm die Ehe einzugehen. Die Hochzeit des Paares fand am 6. d. M. statt; kurz vor der Trauung war notariell festgelegt worden, daß die zukünftige Frau L., im Falle der Mann vor ihr stirbt, außer einer Rente von 3000 Mark die Ruhnichtung von 10 000 Mark erhalten solle. Als kürzlich der in Frankenstein wohnende Sohn des L. zur Besuch des Vaters in Neubielar eintraf, fand er diesen leblos im Bette vor. Ein sofort herbeigerufener Arzt konstatierte, daß der Tod bereits vor einiger Zeit eingetreten sei, als naturgemäß Todesursache wurde Erbrochense festgestellt, da am Halse der Leiche Druckstellen vorhanden waren. Aufschneidend ist L. während des Schlafes überfallen und erstickt worden; doch deutete die Lage des Toten auf einen erbitterten Kampf hin. Die Frau des Ermordeten war inzwischen aus dem Hause vertrieben, nachdem sie einige Photographien von sich vernichtet hatte. Sie wurde in Wroslowitz verhaftet und hat bei der ersten Vernehmung eingestanden, ihren Mann ermordet zu haben.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ha 54-60, IIIa 48-52, IVa 40-46, Kalbfleisch Ia 82-90, Ha 70-80, IIIa 58-68, Hammelfleisch Ia 65-75, Ha 56-64, Schweinefleisch 68-75, Rotmilch 0,40-0,50 Pf. Kalb 3,00-3,40, mittel 2,00-2,80, Kaminchen 2,00-2,50, Hühner pro Stück, alte 1,50-2,30, junge Ia 0,70-0,90, da. IIa 0,00-0,60, Lauben, junge 0,55-0,60, alte 0,50, Enten 2,00-2,80, Gänse Ia 0,00-0,00, Ha 0,00-0,00, russische 0,40-0,55 Pf. Schellfisch 19-26 Pf., Hühner 16-22 Pf. pro 100 Pf. Hechte 112-120 Pf. Schlei unsortiert 104-109 Pf. Kalle, groß 00-00, mittel 102-103, klein 0,00 Pf., Wölgen 34-37 Pf., Karpfen um 0,00 Pf., Laub 1,50 Pf. Schellfische Vollheringe (gefroren) 40-44 Pf. Eier, Schaf 5,00, Butter pro 100 Pfund Ia 114-117, Ha 110-114, IIIa 105-110, abfallende 00-00, Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, Rollen 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,50-2,00, Wirtshausbrot pr. Schaf 7,00-12,00, Weizenbrot pr. 100 Pf. 2,50-3,25, Roggenbrot pr. Schaf 6,00-10,00, Hüll 14-17 Pf. Saure Gurken, Schaf 2,00 Pf., Pfefferkörner 2,00 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Kell.

Verlebensger. 10. Rem. — G. M. Keine Klage hätte leider keine Aussicht auf Erfolg. — 21. W. Der Mietsstempel für Mieten von mehr als 500 bis 1000 M. beträgt eine Mark. — G. A. S. 1. Das kann ausnahmsweise gemindert werden. 2. Nur die militärische Wehrungskommission wäre zuständig. — C. 2. Ist auch unendlich nichts vereinbart, so läßt der Vertrag am 1. Oktober 1906 ab. — 666. Charlott. 1. Die Revision in Zivilsachen ist innerhalb eines Monats durch einen Anwalt einzulegen. 2. Ratshof und Schenckel: Erläuterungen des Richter Programms. — S. 2. 75. 1. Die Polieren sind verfahrensartig. 2. und 3. Da der Vertrag der allgemein hier übliche ist, können Sie leider mit Aussicht auf Erfolg nichts machen. 4. Uns nicht bekannt. — A. Turmstr. 1. Berufung gegen ein Strafurteil ist innerhalb einer Woche nach der Verkündung einzulegen. Die Zustellung erfolgt später. 2. Waschen Sie sich an den Verhand. 3. Sie müssen laden. Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken anliegenden „Arbeiterrecht“. — S. 1. Wackerstr. 1. Rem. — C. R. 100. Der Verein als solcher kann nicht klagen, wohl aber der Kassierer. — Erbchaft. Können Sie sich nicht gültig außergerichtlich einigen, so kann jeder Erbe erst an das Amtsgericht, dann an das Bezirksgericht sich wenden. — C. H. Der Beschäftigungsort ist maßgebend, falls nicht das und nicht bekannte Ortstatut etwas anderes vorschreibt. — Gustav Köstner. Uns ist kein Anwalt dort bekannt. — Friedrichsberg. 1. Der Vertrag können beide Teile jederzeit lösen. 2. Verlebenspflicht liegt nicht vor. 3. Ja, wenn es erforderlich ist. — Ronnenbamm 87. Ja. — C. R. 100. Ja, 1899. — 100. A. B. Der Antrag auf sogenannte Ehrenlohn ist an das Polizeipräsidium zu richten. — S. 2. in S. Die Klage ist aussichtslos, zumal sie spätestens am 8. Januar anhängig zu machen war. — A. B. G. Ja, im einzelnen entscheidet das Statut. — S. 2. 49. Die Annahme bei der Erbkrankheit ist erforderlich. — Falken Schneider. 1. Keiner. 2. a) Lebenslanglich, b) Ja. 3. Urteile lauten nur, dann so, wenn mehrere Straftaten vorliegen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Januar 1906.

Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.